

Protokoll der 44. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Montag, dem 10. November 1997; Beginn: 10.00 Uhr; Berlin, Informationszentrum zur Hauptstadtplanung (ehem. Staatsratsgebäude), Schloßplatz 1; Vorsitz: Abg. Siegfried Vergin

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Demokratische Erinnerungskultur

Inhalt

Eröffnung

Siegfried Vergin 102

Vorträge

Erinnern in der Demokratie

Klaus von Dohnanyi 105

Joachim Gauck 110

Bernhard Vogel 127

Diskussion 134

Vortrag

Lebendige Erinnerungskultur in der Demokratie

Reinhard Rürup 149

Vortrag

Geschichtsbilder und Geschichtsvermittlung in historischen Museen

Hermann Schäfer 157

Diskussion 162

Kurzvorträge 180

Klaus-Dietmar Henke – Peter Reichel – Manfred Overesch – Peter Fischer

Diskussion 199

Vorsitzender Siegfried Vergin: Sehr geehrter Herr von Dohnanyi, sehr geehrter Herr Gauck, liebe Kolleginnen und Kollegen der Kommission und sehr geehrte Damen und Herren. „Wir Deutschen waren heute Nacht das glücklichste Volk der Welt“, so freute sich am 10. November 1989, heute vor acht Jah-

ren, der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper. In der Nacht zuvor war die Berliner Mauer gefallen, jene mörderische Grenze, die die Kommunisten schamlos „antifaschistischer Schutzwall“ nannten. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ rief Willy Brandt den Berlinerinnen und Berlinern zu. Die Nacht der Freude der Berlinerinnen und Berliner wurde zum Beginn der Vereinigung Deutschlands.

„Es ist tiefe, tiefe Nacht (...) ich will niederschreiben (...) wie man uns zu Grunde gerichtet hat“, notierte die Berliner Ärztin Hertha Nathorff am 10. November 1938, also heute vor 59 Jahren, in ihr Tagebuch, „ich will mich legen, das Licht löschen, wie heute in mir ein heilig glühend Licht ausgelöscht wurde, mein Glauben, daß der Mensch doch gut sei.“ In der Nacht zuvor hatten Deutsche die Gotteshäuser ihrer jüdischen Landsleute geschändet, tausende Geschäfte zerstört und Menschen in den Selbstmord getrieben. In den folgenden Wochen beschlossen die Spitzen des NS-Staates jenen Weg, der im Völkermord endete, ein Weg, den allzu viele Deutsche bereitwillig mitgingen.

Alljährlich erinnert uns der 9. November an diese Gegensätzlichkeit der deutschen Geschichte. Kein anderer Tag steht so eindrücklich für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts. An diesem Tag müssen wir diese ganze Geschichte annehmen, wir dürfen keiner Erinnerung ausweichen.

Wie gehen wir heute in einem vereinten und demokratischen Deutschland mit diesem Tag, mit unserer Geschichte überhaupt um? Darüber wollen wir heute gemeinsam nachdenken. Gedenktage, meine Damen und Herren, machen Erinnerung konkret. Gemeinsam mit den Gedenkstätten an authentischen Orten verlangen sie das genaue Hinsehen, sie fordern und erfordern Wahrhaftigkeit. Dies ist im Grunde der Kern einer demokratischen Erinnerungskultur, nach der wir heute fragen. Wir dürfen die Erinnerung nicht durch Interpretationen verstellen oder gar durch ideologische Vorgaben verbiegen. Erinnern in der Demokratie heißt, sich der ganzen Wahrheit zu stellen. Das Grundprinzip der demokratischen Erinnerungskultur ist Aufklärung, denn Aufklärung steht gegen Lügen und Legenden.

Der stärkste Pfeiler in dieser demokratischen Erinnerungskultur sind die Gedenkstätten an den authentischen Orten beider Diktaturen. Dort soll das Ergebnis seriöser Forschung genau dokumentiert werden. Die Schicksale der Opfer berühren aber auch unmittelbar unser menschliches Empfinden, sie wecken Scham und Trauer. Viele Gedenkstätten sind auf dem Boden riesiger Friedhöfe. Sie sind dem Andenken der Völker Europas verpflichtet. Heute und noch viel mehr in der Zukunft sind Gedenkstätten unersetzbar. Sie entwickeln sich verstärkt zu modernen zeithistorischen Museen, aussagekräftiger als inszenierte Museen am beliebigen Ort.

Gerade gestern konnte ich selbst zweifach die Aussagekraft authentischer Orte erleben: in der Gedenkstätte Sachsenhausen wurde die Ausstellung zur Geschichte der jüdischen Häftlinge des KZ Sachsenhausen eröffnet, in jenen Baracken, die Neo-Nazis vor fünf Jahren in Brand steckten. In Berlin wurde fast

zeitgleich symbolisch der Bau an der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Berliner Bernauer Straße begonnen. An beiden Orten wurde gestern eindrucksvoll an die jeweiligen Opfer erinnert; an beiden Orten wird künftig in Ausstellungen über die jeweilige Geschichte aufgeklärt. Aber reicht die historisch-politische Aufklärung aus?

Meine Damen und Herren, „Man kann aber nicht wirklich gedenken, ohne auch zu fühlen. Wir erinnern mit dem Kopf, aber wir gedenken mit dem Herzen“, dies hat uns Klaus von Dohnanyi am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, dieses Jahr im Deutschen Bundestag mit auf den Weg gegeben. Wir brauchen ein Fühlen, um die Schmerzen der Opfer und ihrer Nachfahren zu verstehen. Wir brauchen aber auch ein Gefühl, um die Haltung von Anstand und Zivilcourage zu verstehen, die Menschen widerstehen ließ. Joachim Gauck berichtet immer wieder über Beispiele von Anstand und Zivilcourage einfacher Menschen, die sich in den Akten der Stasi finden lassen.

Aufklärung und menschliche Haltung als Eckpunkte einer demokratischen Erinnerungskultur, aber auch als Tugenden des demokratischen Zusammenlebens – darüber wollen wir heute vormittag mit Klaus von Dohnanyi und Joachim Gauck nachdenken und diskutieren. Ich freue mich, daß sie beide heute bei uns sind und begrüße sie auch für meine Kolleginnen und Kollegen der Enquete-Kommission ganz herzlich.

Meine Damen und Herren, es ist ein dritter Redner vorgesehen, Herr Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel. Er kann leider noch nicht hier sein, weil die Anschlüsse in Frankfurt nicht geklappt haben. Er wird aber im Laufe der nächsten Stunde hier eintreffen, so daß ich Ihnen vorschlage, daß Herr Dr. Vogel nach den beiden Herren, die jetzt hier bei uns sind, reden wird, und daß wir dann, wie vorgesehen, die Diskussion nach den drei Referaten führen.

Meine Damen und Herren, wir können heute sicher nicht mehr einfach über eine aktuelle Verdrängung von Geschichte sprechen. Diskussionen über Ausstellungen und Bücher über die NS-Zeit haben erst jüngst unser Land bewegt. Zwei Kommissionen des Deutschen Bundestages befaßten und befassen sich mit Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur – dies übrigens auch, weil die Parlamentarier der 12. Wahlperiode aus den großen Versäumnissen der Aufarbeitung der NS-Diktatur die richtigen Schlüsse zogen und weil die Bürgerrechtler aus der ehemaligen DDR im Deutschen Bundestag dazu die wesentlichen Vorarbeiten geleistet hatten. Besonders ermutigend für unser Thema ist das vielfältige Engagement von Menschen in Vereinen, Geschichtswerkstätten und Gedenkstätten, die sich mit der sogenannten „kleineren“ Aufarbeitung der Geschichte vor Ort beschäftigen. Die Politik sollte diese Vielfalt als Reichtum anerkennen und entsprechend unterstützen und fördern, wo immer möglich auch finanziell. Gerade die vielen „kleinen“ Initiativen und Gedenkstätten machen Geschichte anschaulich und sind Zeichen eines lebenden antitotalitären Konsenses. Hier sind die Kommunen, Länder und auch der Bund in der Pflicht. Eines gilt es dabei zu bedenken: die Politik kann und darf

keine verbindlichen Vorgaben des Erinnerens geben. Gedenken und seine Formen lassen sich ohnehin nicht verordnen. Wie verhängnisvoll dies sein kann, hat uns die DDR lange genug vor Augen geführt. Einer Demokratie ist eine solche Verordnung nicht würdig.

Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt Herrn Dr. von Dohnanyi uns seine Überlegungen vorzustellen und danach bitte ich dann Herrn Gauck aus seiner Sicht an das Thema heranzugehen.

Dr. Klaus von Dohnanyi: Ich möchte beginnen mit der Feststellung, daß die Erinnerung an die Herrschaft der Nationalsozialisten und Kommunisten und das Gedenken ihrer Opfer uns vor sehr unterschiedliche Fragen stellt. Während die Erinnerung an die totalitäre Herrschaft der SED eine Erinnerung an Gefangenschaft ist, bleiben in der Erinnerung an die Nazierrschaft die Worte Mord und Völkermord das Bezeichnende, die bezeichnenden Worte. Während man die Erinnerung an Gefangenschaft in Mauerstücken und Sprache faßbar machen kann, bleibt der Massenmord der Nazis in seiner Unermeßlichkeit in jedem Sinne dieses Wortes unfaßbar. Ich sage das zu Beginn, weil ich meine, so sehr wir uns hier am 9. November mit unterschiedlichen Erinnerungen verschiedener Zeitabschnitte der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert befassen, so sehr müssen wir uns doch immer wieder klar sein, wie unterschiedlich die beiden Systeme waren. Auch wenn beide natürlich totalitär waren, aber man kann diesen Unterschied zwischen Gefangenschaft und Mord nach meiner Meinung eben nicht gewissermaßen durch den Vergleich eibebnen.

Zweitens, ich befasse mich hier in erster Linie mit dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Ich denke, für Herrn Gauck spielt das auch eine Rolle, aber die anderen, die Jahrzehnte danach werden für ihn sicherlich mehr im Vordergrund stehen. So hatte ich unsere Parität hier heute morgen verstanden.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende der Schreckensherrschaft Deutschlands über Europa ist die Erinnerung an die Jahre des Naziterrors nicht aus dem Gedächtnis der Völker gewichen. Diese Erinnerung hält die Menschen der Welt wach für die Gefahren erneuter Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und die Deutschen müssen ertragen, daß mit jedem neuen Vergehen in anderen Teilen der Erde der Holocaust und die damaligen deutschen Verbrechen wieder genannt und erinnert werden. Das, meine Damen und Herren, bedeutet nicht, daß die heutige deutsche Generation, also diejenigen, z. B. die hier sitzen, welchen Alters auch immer, für Holocaust und die deutschen Verbrechen „schuldhaft“ in Anspruch genommen werden können. Und ich habe auch am 27. Januar dieses Jahres im Deutschen Bundestag sehr deutlich darauf hingewiesen, daß aus meiner Sicht die Deutschen heute in jeder Beziehung gleichberechtigte Bürger Europas sind, auch mit der Last der Geschichte, die wir tragen, die aber keine deutsche Schuld für heutige Bürgerinnen und Bürger ist, sondern eine Verantwortung für die Erinnerung an das, was war.

Drittens, es besteht nach menschlichem Ermessen keine Gefahr, daß diese warnende Erinnerung an die Verbrechen der Nazijahre in historischer Zeit, al-

so in einer Zeit, die wir nach vorne gesehen überschauen könnten, verdrängt oder gar vergessen werden kann. Schulbücher, Gedenktage, öffentliche Debatten, sowie Stätten der Erinnerung halten die geschichtlichen Tatsachen fest. Und ich denke, die Erinnerung wird um so wacher bleiben, auch in unserem Volk, je weniger der Eindruck erweckt wird, als seien die Deutschen auch heute noch nicht in jeder Beziehung gleichberechtigt und gleich gut oder gleich schlecht, wie die Menschen anderer Völker Europas.

Viertens, Deutschland hat, zunächst wohl sehr viel klarer im Westen, seit 1945 seinen Anteil an dieser Erinnerungsarbeit geleistet. Es gibt in Deutschland über 60 Gedenkstätten, die am historischen Ort mit Personal ausgestattet Ausstellungen betreuen und dergleichen. Es gibt eine viel größere Zahl allgemeiner Gedenkstätten. Eine Aufstellung der Gedenkstätten über die Verbrechen des Nationalsozialismus allein für Westdeutschland, die gemacht worden ist, umfaßt 750 Seiten. Und da ist der ostdeutsche Teil noch gar nicht dabei. Man sieht daran, wie breit diese Erinnerungsarbeit in Form von Gedenkstätten ist. Blickt man auf die Selbstprüfung anderer Völker, ihrer Geschichte und auch ihrer Rolle während der Naziherrschaft, so erweist sich die deutsche Bereitschaft und Fähigkeit zur kritischen Selbstprüfung als besonders intensiv. Die Deutschen hatten wegen der Naziverbrechen hierzu allerdings auch besondere Gründe. Es scheint mir aber unverantwortlich, wenn, wie das neulich Günter Grass in der Paulskirche gemacht hat, heutige demokratische Politik, über die man urteilen mag wie man will, als Barbarei in einen Zusammenhang mit dieser Geschichte Deutschlands gestellt wird. Und es scheint mir nicht nur unverantwortlich, es scheint mir auch das Gegenteil von dem zu bewirken, was er möglicherweise – man weiß es ja nicht – bewirken wollte. Jedenfalls ist eine Assoziation der demokratischen Asylpolitik, die sich in Europa mit allen anderen Ländern durchaus messen kann, an die Nazizeit, aus meiner Sicht eine unverantwortliche Feststellung.

Fünftens, der Erinnerung an die Naziverbrechen durchaus bewußt, spüren wir Deutschen zugleich, daß historische Erinnerung eine menschliche Anteilnahme noch nicht sichert. Der Vorsitzende hat das eben noch einmal ausdrücklich hervorgehoben. Aber ohne die menschliche Anteilnahme wiederum ist eben ein wirkliches Gedenken nicht möglich. Es bleibt Wissenserinnerung, nicht Herzenserinnerung oder eben „Gedenken“. Denn so wenig wie es genügt, der Vorfahren durch Kenntnis ihrer Geburts- und Todestage zu gedenken, so wenig wie ein Grabstein das Gefühl des Verstehens und Mitfühlens ersetzen kann, so wenig sind Geschichtsdaten oder steinerne Gedenkstätten ein Weg zu dem eigenen Herzen eines wahren Gedenkens.

Sechstens, zu einem solchen Gedenken kann aus meiner Sicht nur eine persönliche Trauer führen. Es gibt zwar ganz offenbar kollektive Trauergefühle, wie wir sie kürzlich nach dem Tod der Prinzessin Diana ausdrucksvoll erfahren haben, aber derartige gemeinsame Trauergefühle, die dann auch zu gemeinsamen wirklichen Gedenken führen können, sind offenbar nur möglich, wenn sie persönlich, also wenn sie individuell erfahren werden. Um das zu

bewirken, muß eine menschliche Vorstellung von den Personen bestehen, die wir betauern und derer wir gedenken. Also genügt nicht die Abstraktion von Zahlen, es genügt nicht die Abstraktion von Gruppen, es bedarf einer menschlichen Vorstellung von den betroffenen und leidenden Menschen der damaligen Zeit.

Siebtens, die Unfaßbarkeit der Millionenmorde während des Terrors des Nationalsozialismus und der Deutschen in Europa, steht einer solchen Personalisierung des Gedenkens an sich entgegen. Die Größe der Verbrechen macht die Opfer historisch anonym und beraubt sie eines individuell erfahrbaren Mitgefühls. Die schreckliche Dialektik, die sich daraus ergibt, ist, daß die Größe des Verbrechens, die Größe der Zahl die Verbrechen zugleich von uns wieder entfernt, weil wir sie uns nicht vorstellen können in Form einzelner Menschen und einzelner Schicksale. Es wird erinnert, weil die Tatsachen dazu zwingen, aber wegen der Größe der Verbrechen „gedenken“ wir kaum. Und ich füge auch hier hinzu, ich finde es bedauerlich, daß – für mich auf jeden Fall – die deutsche Literatur bisher nicht in der Lage war, diese Personalisierung von Schicksalen der damaligen Zeit zugänglicher zu machen, so wie dies beispielsweise den Tagebüchern von Viktor Klemperer gelingt. Jeder, der diese gelesen hat, weiß: sie lassen spüren, was damals empfunden wurde. Auch ein Roman, wie „Die schöne Frau Seidenmann“ von Andrzej Szczypiorski läßt etwas verstehen von der damaligen Zeit.

Ich glaube, ein Hauptgrund für diesen Mangel in der deutschen Literatur, sich mit der damaligen Zeit wirklich so zu befassen, daß wir uns davon erfaßt, ergriffen fühlen, liegt darin, daß wir in Deutschland zu ängstlich sind, in unserem Erinnern und Gedenken mit der damaligen Normalität umzugehen. Günter Grass hat mit „Katz und Maus“, so scheint mir, vielleicht das einzige Buch geschrieben, das – für mich auf jeden Fall – in der deutschen Literatur eine Möglichkeit des Verstehens des Faschismus auf der literarischen Ebene erkennbar macht. Aber sein Ausweichen in Figuren oder Tiere, die uns nicht wirklich ansprechen können, bedeutet eben doch ein Ausweichen vor der damaligen Wirklichkeit; das ist jedenfalls meine Überzeugung. Es gibt ein wundervolles Buch des Engländers Ewing, „Black Dogs“, was auch diese damalige Zeit auf eine besondere Weise erkennbar macht. Ich glaube, wenn wir uns lösen wollen von dem Blick auf den Massenterror und auf die Millionenzahl von Opfern, wenn wir wirklich versuchen wollen, die Individuen wieder in unser Gedenken aufzunehmen, daß wir dafür auch eine Literatur brauchen, die sich mit der damaligen „Normalität“ befaßt. Und diese Normalität war eben vielfältig. Der Mensch kann liebenswert sein und trotzdem feige. Ich hatte vor ein paar Tagen ein Gespräch mit einem guten jüdischen Freund, der während der Nazijahre nicht in Deutschland war, und wir unterhielten uns über Arnoldt Bronnen und seinen merkwürdigen Weg von der Linken zur Rechten und dann wieder zurück in der DDR zur Linken. Mit Empörung sagte mir dieser jüdische Freund, Arnoldt Bronnen habe zu Beginn der Nazijahre versucht, seinen jüdischen Vater zu leugnen und zu sagen, er sei das uneheliche Kind eines arischen Deutschen. Ich habe zu meinem Freund gesagt: Das war eine ganz übliche

Praxis in Deutschland in dieser Zeit. Jeder durch diesen verrückten rassischen „Ariernachweis“ Betroffene versuchte natürlich, dem zu entgehen, um sein Leben zu sichern. Mein Freund, ein, wie gesagt, weiser kluger Jude, hatte überhaupt kein Verständnis für diese, sage ich einmal, deutsche Normalität. Aber jeder, der hier, auch im Widerstand, in Deutschland gelebt hat, würde volles Verständnis haben, für diese „Normalität“. Ich sage das, weil ich glaube, daß eben die Personalisierung des Geschehens notwendig ist, um aus dem Erinnern ein Gedenken zu machen, und daß die Literatur dabei helfen könnte und müßte. Es ist schade, daß wir zu „Black Dogs“ oder „Die schöne Frau Seidenmann“ greifen müssen, um aus dieser Zeit Literatur über Deutschland zu haben. Es müßte eine deutsche Literatur geben, die die „Normalität“ der damaligen Zeit einbezieht und die zeigt, daß es damals sehr wohl sehr liebenswerte Menschen gab, die feige waren und sich gedrückt haben, und es gab andere, die Widerstand leisteten, das war die kleine Minderheit. Es war ja auch lebensgefährlich und es hat ja faktisch keiner der Widerstandsleute überlebt. Ich glaube, daß man ein Gedenken nicht herstellen kann, ohne daß man diese „Normalität“, also das, was wirklich war, wahrheitsgemäß beschreibt.

Achtens, die formalisierte Praxis der Erhaltung und sogar Rekonstruktion von KZ-Gedenkstätten und Machtplätzen in Deutschland fördert nach meiner Meinung die Tendenz zur Abstraktion. Ich sage das etwas im Widerspruch zu dem, was der Vorsitzende eben gesagt hat. Ich befürchte, es kann der Tag kommen, wo diese Gedenkstätten nur Routinewegmarken für Touristen darstellen, vielleicht wie der Tower in London. Sie wären dann nur noch aufwendige Stätten der Absolution durch schauerlich anschauliche Erinnerung, die allerdings durch Unterrichtsbücher, Film und Fernsehen und – so hoffe ich – auf Literatur sehr viel wirksamer gemacht werden kann. Das bedeutet nicht, daß diese Gedenkstätten nicht bestehen sollten, aber ich will als eine Alternative vortragen, was ich in Hamburg für das Konzentrationslager Neuengamme als Bürgermeister vorgeschlagen hatte. Ich bedaure immer noch, daß wir es nicht gemacht haben. Ich habe damals gesagt: laßt uns doch das Gelände des Konzentrationslagers mit einem Stacheldraht einzäunen, der allerdings nicht nach innen, sondern nach außen gebogen ist in seiner Rundung. Laßt es uns Tag und Nacht beleuchten in seiner ganzen Grausamkeit. Laßt es zuwachsen und verfallen. Laßt uns nicht den Versuch machen, eine schreckliche Rampe neu zu bauen, die damals zwar bestand, aber die eben auch ein Teil der Zeit sein sollte. Mein Vater ist in Sachsenhausen verscharrt in einem Grab, das ich nicht finden kann. Dennoch glaube ich nicht, daß die große Vielzahl von heute erhaltenen Konzentrationslagern, wie z. B. Bergen-Belsen, wirklich dahin wirken kann, daß wir erinnern und gedenken. Dies bringt uns auch in die Gefahr, die Erinnerung zu formalisieren und sie damit wie mit einer Absolution von uns zu wenden.

Neuntens, monumentale Denkmäler wie sie in Berlin geplant sind, werden diese Tendenz noch weiter verstärken. Denn dann kann man eben sagen: Nun hat man getan, was zu tun war. Die unvollständige Einschreibung von Namen, wie sie einmal geplant war, würde ein übriges bewirken. Die Amerikaner gedenken

seit dem Vietnamdenkmal in Washington ihrer geliebten Verwandten. Aber wer von den Überlebenden der Juden oder ihrer Nachkommen würde dafür nach Berlin fahren wollen? Und wer in Berlin kennt die Namen? Anonymität würde durch eine solche Gedenkstätte jedem wahren Gedenken nach meiner Meinung weiter den Weg verstellen.

Und zehntens, wenn ein zentrales Berliner Denkmal ausschließlich den jüdischen Opfern des Holocaust gewidmet würde: Roma und Sinti, Homosexuelle, behinderte Kinder, aber auch behinderte Erwachsene, sie alle waren willkürliche Opfer des Naziterrors, ebenso wie alle Menschen, die nur wegen ihrer Angehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft oder einer politischen Partei, z. B. als Kommunisten verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. Berlin und Deutschland schulden diesen Opfern, so glaube ich, ein gemeinsames Denkmal. Ein Streit über die Vergleichbarkeit von Marter, Folter und Tod ist aus meiner Sicht unmöglich. Ich will aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von heute etwas zitieren, weil es mich in dem Zusammenhang berührt hat. Es hat in Hamburg eine Aufführung über das Leben Heines gegeben und Gerhard Stadelmaier schreibt: „Erinnerung muß man schmecken, fühlen, leiden, durchfiebern, sie ist ein Schock, ein Überfall“. Genau das, glaube ich, würde durch eine solche Gedenkstätte, wie sie hier geplant war oder ist, nach meiner Meinung nicht bewirkt.

Es muß aus meiner Sicht, das ist mein letzter Punkt, in Deutschland ein wahres Gedenken an die Opfer des Terrors möglich sein. Dies ist eben etwas anderes als die formale Erinnerung an die historischen Fakten von Holocaust und Verfolgung. Es muß das Gedenken in Städten und Dörfern mit Personen verbunden werden. Ich sah gestern in 3-Sat einen Film, in dem junge Menschen in Göppingen, wahrscheinlich waren es 14-, 16-jährige, einige Erwachsene über ihre Jahre in der Nazi-Zeit interviewten und zugleich Interviews und Gespräche mit jüdischen Überlebenden der damaligen Zeit führten. Die Familie Auerbacher, die in Göppingen als Kaufmannsfamilie eine Rolle gespielt hat und zum Teil ermordet, und zum Teil, durch Glück und Zufall, über Theresienstadt überlebt hat, wurde für die Gespräche dieser jungen Leute zum Mittelpunkt. Sie sprachen mit einer Frau, die als Kind nach Theresienstadt verschleppt worden war. Heute eine Frau von Mitte 60, nehme ich an, beschrieb sie „Normalität“ in Deutschland und ihr Schicksal so wundervoll und so eindringlich, daß man wirklich beginnt, traurig zu gedenken und in diesem Sinne zu erinnern. Sie sprach davon, wie die sogenannten Christenkinder alle mit ihr freundlich und unverändert gespielt hatten, trotz der Trennung der Familien. Als sie aber auf die Schule kam, nach Stuttgart geschickt wurde und dazu von ihrem Ort aus morgens erst einmal eine halbe Stunde durch den Schnee zu Fuß hingehen mußte – sie waren umgesiedelt worden aus Göppingen –, verstand sie nicht, warum sie nicht mit den anderen Kindern auf die selbe Schule gehen konnte. Und dann blieb sie in dieser jüdischen Schule in Stuttgart, bis sie 1942/32 nach Theresienstadt verschleppt wurde.

Ja, meine Damen und Herren, wenn man Gelegenheit hat, einen solchen Film in Ruhe zu sehen, und wenn das die Form der Erinnerung wird, in der über Menschen und deren Schicksal persönlich berichtet wird, dann ist man nach meiner Meinung dem Gedenken ein großes Stück näher. Und viel näher, als durch Gedenkstätten, als durch vielerlei statistische Publikation und dergleichen mehr. In jedem Ort in Deutschland gibt es gewissermaßen eine Anne Frank, auch wenn sie oder er uns ihr Leben nicht so eindringlich hinterlassen hat wie Anne Frank. Aber nur über diese Personen und über die Wiederentdeckung ihrer Schicksale wird es möglich werden, der gefährlichen Routine des Erinnerns in Deutschland zu begegnen und zu einer deutschen Trauer im Gedenken zu kommen. Berlin, wie gesagt, sollte dazu ein zentrales, schlichtes und eindringliches Denkmal für alle Opfer des Naziterrors errichten. Kein Monument, sondern ein Gedenk-Mal und hierüber kann am Ende, so scheint mir, nur die Kunst und keine politische Kommission entscheiden. Ich habe eine eigene Vorstellung von dem, was man tun könnte, aber ich will das hier so jetzt nicht ausbreiten, vielleicht gibt es nachher in der Diskussion eine Gelegenheit, das zu erwähnen.

Was ich sagen wollte, meine Damen und Herren, ist, daß wir zwar viel getan haben, die Fakten zu bewahren, aber daß die Verstrickung der Deutschen in das, was damals geschah, durch Faktenerinnerung und Faktenmerkmale in der Landschaft nicht gerecht wird. Wir müssen darüber hinaus versuchen, Wege zu finden, um Menschen zu erinnern und auf diese Weise auch uns als Menschen zu berühren. Vielen Dank.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herzlichen Dank Herr Dr. von Dohnanyi, wir werden die Referate zusammenbinden und anschließend die gemeinsame Diskussion führen. Jetzt der Chef der Gauck-Behörde, wie man das in Kurzform ankündigen kann. Bitteschön Herr Gauck.

Joachim Gauck: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist schön, so eingeführt zu werden, durch diese nachdenklichen Reflexionen. Ich stimme dem eigentlich zu, soweit ich überhaupt einen Zugang zu den angesprochenen Dingen habe. Anders als bei Ihnen, Herr von Dohnanyi, würde ich mir nicht erlauben, im Grunde in bestimmte Tiefendimensionen einzudringen, weil ich mir da Dinge angelesen habe, die bei Ihnen aus eigenem Erleben kommen. Deshalb, so sehr ich Ihnen bei der Erwägung dessen, was machbar ist und was vielleicht in die Literatur, in die Kunst gehört, folgen will als Person, muß ich gleichzeitig die Aufgabe der Öffentlichkeit, dieser Abgeordneten hier und auch meiner Institution bedenken. Man muß für diejenigen, die sich nicht in dieser existentiellen Tiefe, sogar der persönlichen Trauer, wenn das überhaupt möglich ist angesichts fremder Schuld, hingeben wollen, so etwas wie Lehrpfade der Geschichte eröffnen und diese museumspädagogischen Konzepte debattieren, mit denen wir wenigstens in die Köpfe kommen. Die Herzen mögen dabei auch berührt sein, manchmal gelingt es ja, daß ein museumspädagogisches Konzept durchaus diese Dimension erreicht, die Sie angesprochen haben. Ich

erinnere mich an meine Besuche im Holocaust-Museum in Washington. Ich war zweimal dort und jedesmal ist mir nicht vor den ganzen Tafeln und Statistiken und Fotos mit den Greueln das widerfahren, wovon Sie wohl gesprochen haben. Es war vielmehr in einem Gang, in einem Zwischenraum, wo die ganzen unkommentierten Fotos hängen aus gebräunten und vergilbten Fotoalben, die eine ganz eigene Sprache sprechen. Nicht das Informiert-werden geschieht hier, sondern da spüren wir plötzlich, das könnten die Bilder aus unserem großväterlichen Fotoalbum sein, zufälligerweise sind sie es nicht. Plötzlich halten die Menschen inne und viele von ihnen weinen. Die Museumspädagogen haben das vielleicht gar nicht gewußt vorher oder wenn ja, waren sie weise. So etwas wünscht man sich natürlich – ein Gelingen dieser Art.

Die Enquete-Kommission hat mich gebeten, über die Notwendigkeit der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu sprechen, auch über die Förderung der Demokratie durch Erinnern und Verarbeiten, so würde ich das einmal übersetzen und ich will das in einigen Anmerkungen tun. Erstens, vergessen wir nie, daß Vergessen Normalität ist. Wenn wir die Psychen der Menschen so nehmen wie sie sind, dann gehört die Fähigkeit zum Vergessen zu einer sehr wichtigen Ausstattung des Menschen ebenso wie das, was uns als aufklärerische Menschen immer so stört, die Lektion des Erinnerns und ebenso das, was uns noch mehr stört, das Verdrängen. Uns begegnen, wenn wir den Menschen so begegnen, wie es sich gehört, nämlich mit einer offenen, realistischen Sicht, ganz natürliche Voraussetzungen. Psychische Voraussetzungen, die dem entgegenstehen, was wir volkspädagogisch oder als Demokraten für richtig halten. Es ist die Normalität des psychischen Haushalts, die wir feststellen müssen. Ja so ist das, daß wir verdrängen können und daß wir aus schlechten Vergangenheiten nur das Positive erinnern, das hat eine Funktion im Überlebenskampf des Menschen, gerade in Zeiten, wo es an sein Leben geht. Deshalb werden wir das nie verändern können. Kein noch so aufklärerisches Programm wird die Menschen davon abhalten, selektiv zu erinnern und zu verdrängen. Ich will das nur benennen, das ist vielleicht eine Banalität, rutscht uns aber oft weg, weil wir bei jeder Art von Verdrängen und ich beziehe mich da durchaus mit ein, gleich politisches Kalkül vermuten, allerdings ist es dies auch oft. Und das ist das zweite, was wir dann sehr nüchtern anschauen müssen. Man kann mit menschlichen Schwächen oder mit menschlichen Gegebenheiten eben sehr wohl Politik machen. Die Strukturkonservativen der gesamten Farbenscala des politischen Instrumentalisierens nutzen natürlich diese ganz normale menschliche Technik des Vergessens, des selektiven Erinnerns und des Verdrängens. Deshalb werden wir auch immer von Verführungsprozessen sprechen, die Interessierte starten, um anzuknüpfen bei unseren Möglichkeiten, Politik mit dieser Fähigkeit des Verdrängens zu machen. Wir erleben dann die Fülle nachträglicher Selbstrechtfertigung und die läßt sich sehr gut in der allgemeinen Mentalität der Leute plazieren, eben wegen dieser psychischen Voraussetzungen.

Zweitens, gelehrt durch politische und historische Traumata der Nachkriegszeit, wo diese Fähigkeit des Vergessens politisch eine sehr starke Rolle spielte, besteht die aktuelle Absicht der deutschen Politik nicht darin, dies zu fördern,

sondern sie will aufarbeiten statt zu vergessen. Sie formuliert das mannigfaltig, sie hat das dokumentiert durch die Einrichtung dieser wichtigen Institution Enquete-Kommission im Parlament und unter anderem durch die Errichtung der Behörde des Bundesbeauftragten. In dem Gesetz, das die Arbeit des Bundesbeauftragten leitet, haben die Abgeordneten formuliert, daß wir die Akten öffnen für die politische, juristische und historische Aufarbeitung der Vergangenheit. Diese Absicht stammt schon aus der Volkskammer. Am 24. August 1990 hat es den Willen aller Abgeordneten, wenn ich mich richtig erinnere, übrigens damals noch bis hinein in die PDS, gegeben, so mit dieser letzten deutschen Vergangenheit zu verfahren, daß wir nichts unbearbeitet lassen. Alle Akten sollten geöffnet werden und damit sollten diese Prozesse befördert werden. Es ist schön, daß diese Koalition der Vernunft auch in dieser Legislaturperiode gehalten hat. Wir sind dankbar dafür, daß die Opposition, daß die Sozialdemokraten und die Bündnis-Grünen hier zu dem stehen, was sie einmal beschlossen haben und freilich etwas besorgt, daß nur noch Minderheiten in der PDS dieser Absicht zuzustimmen vermögen.

Drittens, der Arbeitsertrag, wir könnten auch sagen der Diskursgewinn für uns alle, für die Zeitgenossen, ist mannigfaltig. Ich sprach eben von der Öffnung der Akten. Das klingt ja sehr nüchtern, und gleichzeitig ist mit der Aktenöffnung eine ganz bewußte Entscheidung vom Gesetzgeber vorgenommen worden, daß die gesamte Gesellschaft in einer neuen und vorher so nicht möglichen Weise Fakten neu sichern und damit bewerten kann, und damit die Realität in anderer Weise annehmen und bearbeiten kann, als es nur durch die Vermittlung der Meinungen der politisch Aktiven – damals wie heute – geschieht. In dieser Neugewinnung eines Zugangs zur unverstellten Realität und in der Neubewertung von Fakten sollten wir mit Hannah Ahrendt mehr erkennen, als nur eine organisatorisch-methodische Hilfeleistung. Wir sollten in ihr – ich zitiere Ahrendt: „einen Versuch sehen, den Verlust an Wirklichkeit, den jede Diktatur nach sich zieht, auszugleichen durch das aufklärerische Element des Wissenserwerbs für jeden einzelnen. Wenn als Folge der Diktatur beschrieben werden kann, daß die Menschen sich weniger nach den Fakten und der Realität, sondern mehr nach den Meinungen der Herrschenden über Fakten und Realität richten, wenn sie somit nurmehr einen vermittelten Zugang zur Realität haben, so werden wir folgern können, daß damit die Würde der Fakten selbst außer Kraft gesetzt worden ist.“ Wir haben in besonders zugespitzten Entfremdungssituationen der beiden Systeme, über die wir hier sprechen, erlebt, daß sogar in die Naturwissenschaften hinein der Verlust an Wirklichkeit umgesetzt wurde. Wir haben noch nicht ganz die sozialistische Mathematik erfunden gehabt, aber in der Wirtschaftswissenschaft, auf dem Felde der Ökonomie, waren wir dicht dran, und meine Altersgenossen erinnern sich, daß wir sogar in der Biologie dort erhebliches geleistet haben. Das war die Zeit, als die Vererbungsgesetze von Gregor Mendel in der Sowjetunion abgeschafft und durch die dubiosen Lehren von Lyssenko und Mitschurin ersetzt worden waren. So etwas funktioniert. Wir Deutsche haben auch erlebt, was Medizinprofessoren alles an naturwissenschaftlichen Rasselehren losgelassen haben. Also

das kann ungeahnte Folgen haben. Ich habe diese kleinen Beispiele noch einmal benutzt, um diesen Begriff Verlust von Wirklichkeit zu erläutern. Deshalb erscheint mir, neben der emotionalen Annäherung, auf die ich gleich zu sprechen komme, etwas ganz wesentlich zu sein, daß der Gesetzgeber alles tut und auch finanzielle Mittel einsetzt, um diesen defizitären Zugang zu Realität und Fakten durch neue Möglichkeiten zu beenden und damit im Grunde die geistige Selbstbefreiung, d. h. einen neuen Prozeß aufklärerischer Annäherung des Subjektes des Gemeinwesens, des Ichs an seine eigene Möglichkeiten, zu befördern.

Wenn wir uns nun fragen, und damit gehe ich stärker auf das ein, was mein Vorredner gesagt hat und was auch der Vorsitzende in seiner Einleitung erwähnt hat, daß das Wissen und die Entfremdung des Wissens nur ein Teil von Aufarbeitung ist, gibt es dann auch Diktaturfolgen für den Bereich des emotionalen, des psychischen Seins des Menschen, denen wir ebenfalls abhelfen können? Das können wir natürlich weniger gut, weil ein Gesetzgeber und weil politische Aktivisten im Grunde keine Ingenieure der Psychen sind. Es wäre furchtbar, wenn sie das wären. Wir können nur ein Klima schaffen, das Menschen erlaubt – ohne daß sie dafür diskriminiert werden – ihre Betroffenheit und ihre Trauer zu zeigen und sie nicht zwingt, diese Haltung zu verbergen. Das wird man erwarten dürfen von der Gesellschaft. Aber es ist uns nicht in die Hand gegeben, wann wir den emotionalen Verlust, den Diktaturen auch nach sich ziehen, wann wir den insgesamt auszugleichen vermögen. Es muß die Widerstandsfamilien, Herr von Dohnanyi, es muß auch Juristen wie Fritz Bauer, es muß einen Mann wie Alfred Anderstedt, der desertiert war, weil er dies Morden nicht mehr mitmachen wollte, es muß diese Minderheit der Deutschen ja unglaublich gekränkt haben, daß es so eine Verabredung zum Schweigen, zur Taubheit und zum Nichtempfinden dessen gegeben hat, was die Opfer erlitten hatten nach dem Krieg. Es ist erstaunlich, in wie hohem Maße nach einer Diktatur das Selbstmitleid grassiert. Und wir können das nur verstehen, wenn wir diese massenhafte Ausbreitung von Selbstmitleid als Kompensation für einen Verlust begreifen. Und es wäre somit von einem zweiten Verlust zu sprechen, nämlich von einem Verlust der ganz kreatürlichen Fähigkeit, Sympathie, ich sage es auch einmal mißverständlich, Mitleid, und ich sage es politisch, Solidarität mit den Opfern des jeweiligen Systems zu empfinden. Und es ist eine immer wiederkehrende Erscheinung, daß es sich offensichtlich in einer gesamtgesellschaftlichen Optik nicht lohnt, mit Zivilcourage, Nächstenliebe und Mut eine Position der Minderheit zu leben. Ja, es ist leider so, wir machen das immer wieder fest und deshalb sind unsere Mittel so begrenzt auf dem Wege der emotionalen Annäherung, diese Bekehrung der Herzen, die uns ja wohl vorschwebt, zu erreichen. Da hilft Klugheit allein nicht, jedenfalls ich habe da keine Methoden, die ich anbieten kann. Eine haben Sie genannt, Herr von Dohnanyi. Die Abstraktion, die die Wissenschaft braucht und betreiben muß, darf nicht der einzige Weg sein, sondern es muß eine Annäherung an Lebensvollzüge geben.

Ich werde nie meine Attacken gegen meine Eltern vergessen: Sie sollten mir endlich sagen, wie das war bei den Nazis und welche Juden sie gekannt hatten. Ich hatte als junger Theologe alle Bücher gelesen, die man da lesen muß und das hat eigentlich nichts genutzt. Ich habe immer nur verstockte Ausreden bekommen. Meine Eltern waren überhaupt nicht schuld, mein Vater hatte so einen komfortablen Job im Krieg, daß er nie auf jemanden schießen mußte. Der konnte Leute in Nautik und Mathematik belehren, das war eigentlich nun wirklich luxuriös. Sie hätten eigentlich locker darüber sprechen können, haben sie aber nicht. Sie hätten aber wenigstens etwas fühlen können und ich habe davon auch nichts gemerkt. Und dann kam diese merkwürdige Geschichte, als im Westfernsehen diese Holocaust-Serie kam. Die hat Raul Hilberg und andere natürlich maßlos geärgert, denn er hatte die großen Wahrheiten ja alle schon früher aufgeschrieben. Diese Serie kam nun aus Amerika und meine Eltern saßen dann da, wie in vielen Familien das wohl gewesen ist, so habe ich das gehört, und weinten. Und dann ist 10 oder 20 Jahre nach meinen Attacken etwas bei ihnen angekommen, was ich viel früher bei ihnen finden wollte. Aber auf einem anderen Weg ist das eben geschehen. Es wurden Geschichten aus dem Leben erzählt und die konnten sie nachvollziehen. Und nun passierte das Merkwürdige. Plötzlich fielen ihnen Namen ein, die ich noch nie gehört hatte. Man erinnerte sich an Klassenkameraden und auch an den jüdischen Doktor und überhaupt waren das nicht alles nur, wie das früher so in den Redensarten der Familien war, Leute, die bestimmte Nasen hatten oder eine bestimmte Neigung zum Eigentum, sondern plötzlich gab es Individuelles zu hören.

Können wir das nun planen? Das ist eben meine Frage, wenn wir so etwas machen. Ich will damit nur sagen, wir haben Entfremdungsprogramme zu bearbeiten, die in umfassender Weise den Menschen intellektuell und emotional verwandelt haben und darüber hinaus auch die Strukturen. Das heißt – das wäre nun ein eigenes Programm, auch eher der wissenschaftlichen Bearbeitung, dies noch einmal ganz nüchtern nachzuvollziehen – welche Strukturen, auch welche Konventionen, die die Demokratie in zwei Jahrhunderten in einer bürgerlichen Gesellschaft entwickelt hat, sind im Grunde durch die Diktatur abgeschafft worden. Wie hat sich aus einer bürgerlichen Verfahrenskultur eine Unkultur der Dominanz der höchsten und allerhöchsten Ziele entwickelt und was hat das mit uns gemacht? Es ist also eine umfassende Verwüstung die Folge von Diktatur. Und wir haben noch gar nicht besprochen, was auch zu besprechen ist, daß Menschen, ob sie ein System nun ablehnen, oder ob sie es begeistert befolgen, jedenfalls durch die Tatsächlichkeit ihres Lebens in diesem System geprägt worden sind. Es ist nun von der Langsamkeit der Wandlung solcher Prägungen zu sprechen, oder es ist damit zu rechnen. Das heißt, was wir jetzt planen und was wir ins Werk setzen wollen, liebe Abgeordnete, ist ein Generationenvertrag auf Befreiung hin. Eine Gesellschaft, die sich klar macht, wie tief die Entfremdung und wie groß Verluste nach der Diktatur sind, eine solche Gesellschaft bedarf eines solchen Generationenvertrages. Und ich wähle absichtlich dieses Wort, um den Verantwortlichen des Deutschen Bundestages gleich hier mitzuteilen, was sie schon lange wissen, das Ganze kostet

natürlich Geld. Solche Dinge wollen ernst genommen werden und was man bezahlt, nimmt man ernst. Wir werden mit der Langsamkeit des Mentalitätswechsels zu rechnen haben. Wenn die Leute schon alle möglichen neuen Gesetzestexte, das Grundgesetz, die neue Hymne gelernt haben und ihre neuen Computer alle beherrschen, dann werden sehr viele von ihnen, und darüber spreche ich ja sehr oft, dann werden sehr viele noch lange in einer Mentalität der Unterwerfung gefangen bleiben. Sie werden das Subjektgefühl noch nicht erreichen. Und unsere Erinnerungsarbeit, die gleichzeitig Trauer und gleichzeitig Eröffnung einer neuen Lebenswelt ist, ist ein Schritt der Selbstbefreiung und der Befreiung dieser geprägten Menschen. Das können wir durch verschiedene Wege erreichen, durch die Therapie, durch die Lehre, wir können das, indem die Demokratie Handlungsräume eröffnet, wirtschaftlich natürlich, wie hier oft angemahnt, aber auch politisch. Wir wissen, wie nachhaltig das Wirtschaftswunder nach dem Krieg die Entwicklung zur Demokratie hin gefördert hat und wir erkennen in unserer ostdeutschen Umgebung sehr nachhaltig das Ausbleiben eines Wirtschaftswunders, was gleichzeitig die Hinwendung zur Demokratie im Geist und in der Mentalität der Ostdeutschen verzögert. Wir erwarten von den politischen Kräften, daß diese Einübungsmöglichkeiten in die Demokratie gewährt werden, daß die offene Gesellschaft diese politischen Handlungsräume für positive Gegenerfahrungen nach der Diktatur eröffnet. Das Erinnern, was wir betreiben, bietet nun an, etwa Elemente des politischen Erinnerns, wie Zivilcourage oder aufgegebene Zivilcourage, als Überlebenselemente einer funktionierenden Demokratie zu erkennen.

Ich würde ganz kurz jetzt noch einmal eingehen auf die Eingangsbemerkung von Herrn von Dohnanyi und dann noch einmal anreißen, wie das praktisch zu machen wäre. Abschließend möchte ich ganz kurz den Ertrag für die Westdeutschen ansprechen, weil ich immer das Gefühl habe, daß der Deutsche Bundestag unter Umständen so ein mehrheitliches Unbehagen in sich birgt, daß wir diesen ostdeutschen Belangen der Diktaturaufarbeitung etwas zu viel Zeit widmen und vielleicht auch etwas zu viele Mittel. Deshalb würde ich gerne mit einer Schlußbemerkung, was also auch die Mehrheit der Westdeutschen davon hat, enden.

Herr von Dohnanyi, Sie haben in Ihrem Statement davor gewarnt, daß wir, und Sie haben dafür sehr eindrückliche Worte gefunden, die beiden Diktaturen vergleichen, weil eben Massenmord etwas ganz anderes in uns aufruft als Gefangenschaft. Es war etwas anderes und es ruft andere Reaktionen und Gefühle auf. Dem würde ich zustimmen. Das, was weniger bearbeitbar ist, worüber ich im letzten Teil reflektiert habe, ist hiermit aber hauptsächlich gemeint. Wir werden in unserem inneren Haushalt das klar zu bekommen haben, daß es hier riesige Unterschiede gibt. Und zumal wir Deutsche sind, sehe ich auch gar nicht, wie das anders geht. Es ist so, daß hier ein unvergleichliches Elend, auch ein unvergleichliches Versagen dieser Nation, festzumachen ist. Das Maß des Versagens in der SED-Diktatur war nun ein gänzlich anderes. Wir sollten daher diese Unterschiede nicht durch Vergleiche einebnen. Lassen Sie mich dazu ein Plädoyer für den Vergleich anfügen. Ich möchte nicht Unterschiede eineb-

nen – das ist eben deutlich geworden –, aber ich möchte vergleichen. Es ist ganz klar, daß bei der moralischen Bewertung die Gewichtung so erfolgen muß, wie Sie es gesagt haben. Aber, wenn ich an Ihre Formulierung, Herr von Dohnanyi, anknüpfe, beide Systeme waren natürlich totalitär. Wenn wir das ernst nehmen, was folgt dann daraus für die politische Analyse? Dann fragen wir uns eben auch bei dem Vergleich: Gibt es nun bei dem Unvergleichlichen, insbesondere auf der moralischen Ebene, eigentlich Diktaturfolgen, die sich ähnlich sind? Und meines Erachtens gibt es die. Es gibt sogar Diktaturfolgen von sehr unterschiedlichen Diktaturen, die einander sehr ähnlich sind, auch wenn nicht Krieg und Massenmord die Folge der sozialistischen DDR-Diktatur waren. So sind die Auflösung der demokratischen Strukturen, die Errichtung eines Doppelstaates, um mit Ernst Fraenkel zu sprechen, die Auflösung der Gewaltenteilung, der Verzicht auf die Legitimation und die nur partielle Einräumung von Legitimität, der Verzicht auf die Gewährung von Bürgerrechten oder weitgehender Teile der Bürgerrechte und die Einschränkung des Menschenrechts sehr gewichtige politische Fakten, die wir als Diktaturfolge von sehr unterschiedlichen Diktatoren in großer Ähnlichkeit, ja fast in Identität feststellen können. Es gibt eine Reihe von politikwissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema – freilich stammen sie zum Teil aus einer Zeit, die sich angewöhnte, die politische Reflektion weniger zu schätzen als das moralische Urteil. Ich spreche jetzt von der 68er Zeit und in ihrer Folge von der modischen Verwerfung etwa des Totalitarismusbegriffes. Wir haben aber eine umfangreiche politikwissenschaftliche Ergebnissicherung und wir können höchst prominente Namen nennen. Ich nenne nur einen, das ist Eugen Kogon, der in seinem berühmten Werk „Der SS-Staat“ im Vorwort im Grunde auch auf die Parallelität von Ohnmachtserfahrung und die Ähnlichkeit der Herrschaftstechnik hingewiesen hat. Es bringt uns nichts, wenn dieses Land in politischer Korrektheit erstarrt und aus einer moralischen Not heraus, Dinge nicht vergleichen zu wollen, im Grunde eine wissenschaftliche Tugend und einen aufklärerischen Ansatz vernachlässigt. Das führt zu nichts. Es ist der Enquete-Kommission nur zu wünschen, daß sie die Ebene der Moral und der politischen Wissenschaft zu unterscheiden vermag. Ich denke aber, daß Sie, Herr von Dohnanyi, da auch überhaupt nicht widersprechen. Wir müssen aber noch einiges tun, um das auch in der Öffentlichkeit so zu plazieren. Ich habe da jetzt schon eine Hornhaut bekommen, denn immer, wenn ich über die Diktaturerfahrung in dieser Weise spreche, heißt es von dem Lager der Unaufgeklärten und strukturkonservativen Linken, ich setze die Diktaturen gleich. Das ist natürlich nicht der Fall. Was für ein Schwachsinn! Also, ich bin Deutscher und habe Abitur, außerdem habe ich ein Herz.

So, und jetzt zurück zu meinem eigentlichen Vorhaben. Ich möchte noch kurz daran erinnern, daß ich der Enquete-Kommission im April diesen Jahres Überlegungen zur Einrichtung und zum Unterhalt von Gedenk- und Dokumentationsstätten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zugeleitet habe. Es ist mir wichtig, zu betonen, daß wir historische Orte wie Hohenschönhausen erhalten und zwar nicht nur als Orte des Gedenkens, sondern auch als Orte des

Lernens, wenn das beides zusammen möglich ist. Gerade die nachfolgenden Generationen, die dort nicht eingewachsen sind, wollen sich über den Charakter dieser Herrschaft informieren und etwas davon erleben, worunter 17 Millionen Deutsche über Jahrzehnte gelebt und gelitten haben. Und nun sind viele dieser Orte der sozialistischen oder sich sozialistisch nennenden Diktatur bereits unwiederbringlich verloren. Hier in der Nachbarschaft gibt es ein sehr wichtiges Gebäude, eigentlich das wichtigste Gebäude über lange Etappen der DDR, das Gebäude des Zentralkomitees, das einer anderen Nutzung zugeführt wird. Das ging ja wohl auch nicht anders. Ich will das nicht bekritteln, aber es ist so, daß viele Orte der tatsächlichen Herrschaftsausübung nicht mehr eine museale Wiederbegegnung darstellen können. Sie sind weg, gehören einer anderen Nutzung an. Aber wir müssen, gerade in Berlin, das ist nämlich der zentrale Ort von NS-Herrschaft und SED-Herrschaft, eine Art Topographie der zweiten Diktatur in Deutschland schaffen. Wir brauchen dazu ein Ensemble miteinander verbundener Gedenk- und Dokumentationsstätten, die an wichtigen historischen Orten über die deutsche Variante kommunistischer Parteidiktatur sowjetischen Typs informieren. Ein wichtiger Teil dieser Topographie, eine Ausstellung und Dokumentation zur SED-Herrschaft im engeren Sinne, müßte erst noch eingerichtet werden. Die früheren Tatorte, die Parteizentralen in der damaligen Lothringer Straße bzw. am Werderschen Markt – ich sagte es ja – sind leergeräumt, anderweitig verplant, und die Chancen sind hin. Erhalten geblieben und zu Gedenkstätten geworden sind dagegen die Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen und die Befehlszentrale des MfS, die Mielke-Suite in der Normannenstraße. Dort im Haus 1, der früheren Geheimdienstzentrale, beabsichtigte, vielleicht beabsichtigen wir es auch noch, der Bundesbeauftragte ein Zentrales Informations- und Dokumentationszentrum einzurichten. Damit würden wir dann unseren gesetzlichen Auftrag, den Sie uns gegeben haben, nachkommen. Ich muß, davon haben Sie gehört, davon berichten, daß das im Moment nicht so aussieht, als wenn das etwas werden könnte. Der Vorstand des Vereins ASTAK, der dort im Haus arbeitet, mag sich einer Darstellung unserer Tätigkeit in der vom Gesetzgeber geforderten Weise nicht so recht anschließen und würde gerne seine eigenen Möglichkeiten dort weiter extensiv nutzen. Man sieht möglicherweise eine gewisse Gefährdung dadurch, daß wir in dem Hause auch tätig werden. So sind wir dazu gekommen, eine Alternative behördenintern zu entwickeln, die davon ausgeht, daß wir an einem anderen Ort in Berlin-Mitte unser Zentrales Informations- und Dokumentationszentrum errichten. Es wird interessant sein, ob die Mittelzuweisung, die dem Verein die Möglichkeit seiner Unabhängigkeit gegeben hat, weiterhin gewährt bleibt, oder ob andere Einnahmequellen zur Verfügung stehen. Der Bundesbeauftragte schätzt es, wenn neben seiner gesetzlich geordneten und geforderten Tätigkeit private Initiativen und Vereine sich dieses Anliegens der Erinnerung annehmen. Und wir schätzen auch hoch die wissenschaftlichen und museumspädagogischen Leistungen, die hier in Berlin und Leipzig von Bürgerkomitees geleistet werden. Gleichzeitig wäre es möglicherweise auch ein Problem, wenn wir mit unseren Aktivitäten und andere mit ihren Aktivitäten in eine gewisse Konkurrenz gerieten. Das muß nicht sein,

aber es ist auch nicht ganz auszuschließen und ich muß Ihnen einfach hier diese offene Situation schildern. Mir ist wichtig, daß der Bundestag und daß die Bundesregierung ihrem Vorhaben, ein Stiftungsdach zu errichten, entschlossen näher treten. Es ist nötig, das Mauermuseum oder die Gedenkstätte, die wir gestern in der Bernauer Straße eröffnet haben – das heißt wir haben sie nicht eröffnet, sondern den Baubeginn gefeiert – mit einbezogen werden. Mit dem verdienstvollen Rainer Hildebrandt ist darüber zu sprechen, wie seine Aktivitäten im Haus am Checkpoint Charly daneben oder unter dem Dach einer solchen Stiftung beheimatet wären. Hier gibt es viele Empfindlichkeiten und das muß man ernst nehmen. Viele Regierungsstellen brauchten sehr lange, um wichtige politische historische Anliegen als solche zu begreifen. Und deshalb muß man hier äußerst sensibel sein und die frühe Sensibilität von Einzelpersonen wie Rainer Hildebrandt oder Bürgergruppen nicht verprellen. Aber angesichts der Haushaltslage muß man auch realistisch sein. Und deshalb begrüße ich so Ihre Bemühung um dieses Stiftungsdach. Wir sollten solche Erinnerungsstätten wie das Notaufnahmelager Marienfelde dabei nicht vergessen. Es ist auch wichtig, die Dinge außerhalb Berlins anzuschauen und nicht zu vergessen. Der Rote Ochse in Halle, die Gedenkstätte Bautzen II, das Kontrollareal in Marienborn, das Grenzmuseum Hötensleben in Sachsen-Anhalt und weitere noch zu benennende Initiativen müßten unter das Dach kommen, nicht um sie zu dominieren, aber um sie zu sichern. Was geschieht mit den Unterlagen der Erfassungsstelle Salzgitter, in denen über 42.000 Fälle von Justizvergehen registriert sind? Was geht uns verloren, wenn wir das in nicht-zugänglichen Archiven verbuddeln? Es ist sehr interessant, daß die Mitteilungen, die dort archiviert sind, oft erstaunlich dicht an den Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaften sind, die heute zutage liegen, so daß sich die Rechercheure manchmal wundern, wie korrekt die Flüchtlinge damals berichtet haben. Wo bleibt das, das ist doch wichtiges Quellengut für die historische Forschung? Aufgabe der Stiftung sollte dann die thematische Koordinierung der Aufarbeitungsprojekte sein und die Sicherung ihrer Lebensfähigkeit. Es gibt viele Karteien, die wir haben und damit will ich dann auch schließen, weil Ihnen das ja zum Teil klar ist. Es gibt die Absicht oder den Versuch, so etwas wie einen Thesaurus dieser ganzen Verfolgungschicksale zu schaffen. Ist dieses Volk nur ein Volk von Untertanen? Ist es nicht vielmehr so, daß die Staatssicherheit sich zwanzig-, dreißigtausend operative Vorgänge anlegen mußte, daß besonders in den 80er Jahren eine Zunahme auch an Zivilcourage festzustellen ist, daß viele Menschen nein zu sagen lernten? Und wollen wir das nicht im kollektiven Bewußtsein aufbewahren? Wollen wir als Täternation in einer Doppelvariante dastehen? Wir brauchen die Kultur des Erzählens der gelungenen Dinge in einer nicht gelungenen Gesellschaftsordnung. Wir brauchen diese Zeugnisse von Zivilcourage. Natürlich ist das immer richtig, wenn wir die Diktatur delegitimieren und Leute wie Sie wissen das, aber wir müssen neben der Praxis der Delegitimierung der nichtlegitimierten Herrschaft eine Erzähltradition des gelungenen Lebens und der kleinen, niedrigen Widerstandsschwellen begründen. Es ist doch sehr eindrucksvoll, daß meine Eltern, von denen ich vorhin sprach, und Ihre vielleicht auch, und sehr viele öffentliche Pädagogen, für politische

Bildung Verantwortliche, diese Erzähltradition nicht lieben. Sie haben vielleicht die Angst, daß wir uns dann zu gut vorkommen. Aber inzwischen sind wir dort, wo wir unsere eigene Verantwortung und Schuld ausreichend bearbeiten. Deshalb müssen wir auch erzählen, was Menschen können, auch unter der Diktatur. Was nicht mehr ins Wort kommt, wird eines Tages auch nicht mehr gelebt. Deshalb haben nicht nur die Ostdeutschen, sondern die Deutschen insgesamt etwas davon, wenn Aufarbeitungsprozesse stattfinden. Auch gerade wegen einer zu begründenden Berichts- und Erzählstruktur über zivilcouragiertes Verhalten. Wir gewinnen, wenn wir die Diktatur vorurteilsfrei und offen bearbeiten eine deutlichere Annäherung an die eigene Demokratie. Wir nehmen sie ernster trotz der sie prägenden Widersprüche. Wir erkennen in ihr das wirklich fundamentale Gegenangebot gegenüber jeder Art von autoritärer oder totalitärer Herrschaft. Und diese stärkere Selbstvergewisserung bei dem beschädigten Demokratiemodell, das ist es, was Selbstbewußtsein in der Demokratie fördert. Selbstbewußtsein und Zivilcourage gibt es in diesem Land ja offensichtlich noch nicht genug. Danke für Ihre Geduld.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Zunächst ein herzliches Danke an Herrn Gauck und dann eine sehr freundliche Willkommensadresse an Herrn Dr. Vogel, den Ministerpräsidenten des Landes Thüringen, der das Pech hatte, in eine Maschine zu geraten, die nicht in der Lage war, zu starten. Aber Sie konnten damit auch nicht herunterfallen. Wir haben also vollstes Verständnis dafür, daß Sie durch diesen Mißstand zu spät kommen mußten. Ich möchte der Kommission jetzt folgendes vorschlagen: Da Herr von Dohnanyi um 12.15 Uhr diesen Raum verlassen muß, sollten wir zunächst eine Diskussions- und Fragerunde mit Herrn von Dohnanyi durchführen. Anschließend würde dann Herr Ministerpräsident Vogel zu Wort kommen und dann die Aussprache mit Herrn Dr. Vogel und Herrn Gauck. Sind Sie so einverstanden? Dann eröffne ich die Runde mit Herrn von Dohnanyi. Herr Professor Weber hat das Wort.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich bin Ihnen sehr dankbar für die nachdenklichen Überlegungen, die Sie eingebracht haben, Herr von Dohnanyi. Das gilt auch für das, was Herr Gauck gesagt hat. Es ist alles sehr einleuchtend und überzeugend. Allerdings weiß ich nicht, ob man nicht noch einen Schritt weitergehen sollte in dieser Einschätzung. Ich habe in der letzten Anhörung in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, daß ich einige Befürchtungen habe, gerade was das Erinnern und Gedenken an Widerstand und Opfer von Diktaturen angeht. Einmal fürchte ich, daß wir zunehmend in der Traditionslinie der Bundesrepublik nicht mehr so sehr die radikalen Demokraten von 1848 sehen, sondern daß Bismarck verstärkt reinkommt. Damit bekäme natürlich auch das Untertanendenken des Bismarckschen Reiches stärkeres Gewicht. Noch mehr irritierend ist natürlich, daß bei uns ein Zeitgeist herrscht, wo unter dem Deckmantel der Globalisierung ein Rückgang von Solidarität bei vielen zu sehen ist und das geht rein bis ins Regierungslager. Ich nenne so etwas Manchester-Kapitalismus, also anstelle von Solidarität eine Ellenbogenenge-

sellschaft. Und ich denke, wenn wir so etwas bekommen, wo jeder nur zusieht, wie er selber vorankommt, dann sagen diese Leute, daß diejenigen, die abgewichen sind von der Norm, die also keine Untertanen waren, die nicht Ellenbogen für sich einsetzen, sondern sich für andere eingesetzt haben, eben dumm waren. Warum haben die das gemacht? Das paßt ja gar nicht zum Zeitgeist. Und das ist meine größte Befürchtung über all das hinaus, was Sie richtig gesagt haben. Müssen wir eigentlich nicht ankämpfen dagegen, daß wir in eine solche Gesellschaft geraten, wo es geradezu selbstverständlich wird, daß man nur für sich sorgt und nur für sich da ist. Dann ist natürlich nicht zu erwarten, daß bei einem solchen Zeitgeist Erinnern und Gedenken an Opfer, an Widerständler gegen Diktaturen vorankommt.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Professor Maser.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Meine Frage geht im Grunde genommen auch an beide Herren. Mir ist bei diesen Referaten ja vielleicht nur durch die Akzentuierung ein gewisser Dissens aufgefallen, über den wir hier aber gewiß sprechen und auch später noch nachdenken müssen. Auf der einen Seite registriere ich sehr starke Erinnerung und Trauer, persönliche Erinnerung und Trauer, und auf der anderen Seite dann eben politische Bildung, Aufklärung und Unterrichtung darüber, wie die Systeme ihre Opfer produziert haben. Für mich wäre das etwa deutlich zu machen an der Zweipoligkeit, die man in Yad Vashem erleben kann. Auf der einen Seite das Denkmal der Kinder, das zunächst einmal doch rein die Emotion anspricht, mit großer Wirkung. Gerade, wenn man mit Studenten einmal dort gewesen ist, merkt man, daß dieses Denkmal auch Barrieren niederreißt. Auf der anderen Seite dann aber eben auch die wissenschaftliche, politisch bildende Tätigkeit; eine Einrichtung also, in der das, was Emotion ist, nun auch durch Wissen und Einsicht unterfüttert wird. Dazu würde ich gerne noch einmal etwas hören: wie muß man sich das vorstellen? Ich habe den Eindruck, daß es zum Wesensmerkmal des verordneten Antifaschismus in der DDR gehörte, daß die Grenze zwischen dem Emotionalen und dem Politisch-Historischen ständig verwischt wurde. Wir waren als DDR-Schüler zutiefst beeindruckt bei dem Besuch in Buchenwald durch Filme, die uns durchaus emotional auch angesprochen haben. Gerade all die frühen DEFA-Filme waren ja auch von hervorragender Qualität. Aber es wurde natürlich auch eine Situation geschaffen, in der eigentlich nicht zurückgefragt werden konnte: Wieso, Warum, Wer und so weiter und so fort. Zu diesem Dissens von Erinnerung und Aufklärung würde ich gerne noch einige vertiefende Anmerkungen hören.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Und die wird jetzt Herr von Dohnanyi machen.

Dr. Klaus von Dohnanyi: Ich will gleich bei Ihnen, Herr Professor Maser, beginnen. Also, das, was Herr Gauck gesagt hat, über die Notwendigkeit des Erinnerns an die Tatsachen, da gibt es bei mir überhaupt keine Einschränkung. Ich habe gesagt, ich will das nur noch einmal zurückrufen, Schulbücher, Gedenktage, öffentliche Debatten, Stätten der Erinnerung usw. halten die ge-

schichtlichen Tatsachen fest. Das halte ich natürlich auch für wichtig und bedeutsam. Meine Frage an uns war, ob das reicht und nicht ob das nötig ist. Also nötig ist das bestimmt. Ob es reicht, dazu habe ich dann hinzugefügt, daß diese zahlreichen Denkmäler und Topographien nach meiner Meinung eine Wirkung der Absolution und der Abstraktion haben, die ich für gefährlich halte. Ich will das ganz offen sagen. Also, wenn ich mich umschaue in anderen Ländern, die auch ihre – sicherlich nicht vergleichbare – aber auch ihre tragische Geschichte haben: ich nenne nur einmal die Sklaverei in den USA und den Sklavenhandel, den Import von Sklaven. Auf den Schiffspapieren, auf den Transportpapieren stand, daß man mit dem Verderbnis eines Fünftels der Ware rechnet, das war in der Kalkulation des Sklavenhandels so ganz offen einbezogen. Die Leute wurden nicht getötet, aber man rechnete mit 20 % „verderblicher Ware“. Die Ware waren schwarze Menschen, die man in Afrika gefangen hatte. Es gibt in den USA zwar eine große Bewegung der Afro-American-culture, aber nach meiner Kenntnis nicht eine einzige topographische Erinnerung. Es soll in Baltimore ein privates Museum – kein öffentliches – über das Thema Sklaverei geben. Und trotzdem gibt es diese große Bewegung über die Erinnerung an Afro-American-Schicksale in den USA. Und diese Bewegung wird immer stärker. Ich habe meine Zweifel, ob wir durch das Besetzen unserer Landschaft an immer mehr Plätzen, die immer nur an einen Teil der deutschen Geschichte erinnern, uns und denen, an die wir erinnern wollen, einen Gefallen tun. Ich sage aus meiner Sicht deutlich Nein. Ich bin nicht dafür, daß das einzige, was wir in Deutschland ständig pflegen und erkennbar erinnern, diese sogenannten Topographien sind. Da bin ich wirklich auch im Widerspruch zu Herrn Gauck. Ich glaube nicht, daß das richtig ist, und ich glaube auch nicht, daß es notwendig ist: Ich fürchte, daß es eben zu einer Formalisierung des Gedenkens führen wird und führen muß. Das war mein Einwand an dieser Stelle. Deswegen bin ich auch so vehement gegen diesen Entwurf des Holocaust-Denkmal, wie er hier in Berlin einmal gedacht war. Das ist, finde ich, nichts als ein Erledigen von Gefühlen durch Stein.

Ich will dann doch einmal etwas hinzufügen und ich bin sicher, ich werde in diesem Kreis nicht parteipolitisch mißverstanden: Wenn wir diesen Platz, der in Berlin für ein solches Denkmal gedacht ist, zu einer großen, betretbaren Fläche machen würden und darauf eine sehr skizzenhafte Kopie des Denkmals im Warschauer Getto, also der Warschauer Erinnerungsstätte und einen Künstler beauftragen, eine Figur des knienden Willy Brandts in diesem Zusammenhang zu bringen, würden wir wesentlich mehr bewirken, als mit allen diesen Steinen und allem, was da aufgestellt werden soll. Das ist ja kein Zufall, daß der kniende Willy Brandt ein Vorgang in den Köpfen der Welt und in den Köpfen der Menschen ist. Es war eben ein Mensch, der zwar eine bedeutende staatspolitische Funktion hatte, aber in seiner Demut eben doch nur ein Mensch. Und mit diesem Bild wird etwas verbunden in der ganzen Welt, was weit über das hinausgeht, was wir mit irgendwelchen wundervollen Steinen und Marmor usw. jemals erreichen können. Ich will das nur als ein Beispiel

nennen für etwas, was ich versuchen würde zu tun, wenn ich hier in Berlin zuständig wäre.

Es geht darum, ein Symbol zu finden, das Deutschland in seiner Demut und seinem Bekenntnis festhält und das dann doch zugleich eben auch auf ein menschliches Maß wieder zurückbringt. Deswegen bin ich gegen diese ganzen riesigen Stätten von Erinnerung. Es beklemmt mich auch, durch Sachsenhausen zu gehen, ich muß es offen sagen. Es war vor einem Jahr eine sehr bewegende Ausstellung in Sachsenhausen über meinen Vater, mit Bildern, die er gezeichnet hatte, und vielem anderen, auch mit seiner Haftzelle. Aber man weiß ja nicht, wo man geht. Die Menschen wurden ja am Ende irgendwo verscharrt. Man weiß nicht wo man geht, weiß nicht wo man steht. Ich finde das alles äußerst problematisch, äußerst fragwürdig. Und deswegen bin ich nicht dafür, daß wir all diese „Topographien“ bewahren. Wenn in einem Gebäude die Stasi war, ja um Gottes Willen, dann laß sie da gewesen sein, und was Anständiges dann hinterher daraus machen. Unmittelbar nach dem Krieg haben in Hamburg Bürgermeister Max Brauer, der vertriebene Jude, und Herbert Weichmann, die beide aus der Emigration zurückgekommen waren, sich entschieden, aus Neuengamme das zu machen, was es vorher auch war, nämlich ein Gefängnis. Das hat eine riesige Debatte ausgelöst in Hamburg. Ich finde die Entscheidung noch immer richtig und ich habe sie dann auch verteidigt. Das ganze Deutschland war ein Schrecken damals und man kann einfach nicht überall festhalten, wo Schrecken und Terror gewesen sind. Ich finde auch, man sollte das nicht. Wie gesagt, das ist eine sehr persönliche Auffassung von mir, sie ist sicherlich auch umstritten. Aber ganz offen: ist es nicht auch ungeheuer bequem Denkmäler zu bauen? Man hat das denn erledigt und das ist es dann. Mir ist es zu bequem, ehrlich gesagt und ich streite darüber. Ich streite deswegen auch über dieses Mahnmal, das hier in Berlin gebaut werden soll. Ich kann mich damit nicht versöhnen. Auf dem Platz der Bastille steht die Guillotine nicht mehr. Und das ist kein Zufall, daß sie da nicht mehr steht. Und diese erste schreckliche totalitäre Schreckenherrschaft, die Europa gehabt hat, nämlich die der Jakobiner wird heute historisch sogar vergoldet. Auf der Bastille wird am 14. Juli getanzt, aber die Guillotine steht nicht mehr da. Und ich bin der Meinung, man sollte sich an all diesen Dingen auch nicht immer wieder festhalten. Das ist halt meine persönliche Auffassung.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Professor Weber. Herr Weber, ich möchte Sie eigentlich trösten in der Frage Zeitgeist. Wenn Sie einen Blick nach Amerika werfen: das ist ja nun wirklich eine sehr individualistische Gesellschaft und wenn Sie so wollen, die erste vielleicht in diesem Sinne globalisierte Wettbewerbsgesellschaft. Unterstellen wir das einmal, aber die Bewegung für human rights und die Bewegung für das Erinnern an die Black American History, ist dort ganz stark. Also ich würde mich nicht davor fürchten, daß der Zeitgeist uns das vertreibt. Das glaube ich eigentlich nicht. Es kommt vielmehr darauf an, daß wir Wege finden, damit die nächste und die übernächste Generation sich menschlich erinnern können und nicht an Steinen vorbei gehen und sagen: Das war es.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich bin in einer schwierigen Situation. Dieser Gedankenaustausch verdiente es eigentlich ungestört fortgesetzt werden zu können. Wir können es aber nicht, wenn nicht alles zusammenbricht, was wir heute abarbeiten wollen, wie man so sagt. Vielleicht können wir noch die Fragen von drei Kollegen machen, aber wir werden keine Antwortrunde mehr einrichten können. Also ich bitte die drei, die sich noch gemeldet haben, wirklich jetzt auf den Punkt zu sprechen. Herr Fricke, dann Herr Meckel und Herr Faulenbach.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ja, ich möchte also ganz kurz auf Herrn von Dohnanyi eingehen, seine Ausführungen haben mich tief beeindruckt. Ich bin aber in einem Punkt etwas irritiert und das gestehe ich genauso freimütig, nämlich als Sie auf die Frage der Vergleichbarkeit zu sprechen kamen. Natürlich kann man die beiden Systeme in Deutschland nicht gleichsetzen durch Vergleich – im Gegenteil. Herr Gauck hat das ja auch schon angedeutet. Aber ich warne davor, den Blick auf die Diktatur der SED zu verengen. Erstens einmal war die Diktatur der SED nicht denkbar ohne die Anwesenheit der sowjetischen Truppen in der DDR. Ein Großteil der politischen Verfolgung in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, in der frühen DDR geht zu Lasten der Verantwortung der Sowjets. Mindestens vierzigtausend Menschen sind von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt und in die Sowjetunion deportiert worden. Ich spreche gar nicht von den Internierten und letztlich war es dieselbe politisch-ideologische Basis, auf der beide Diktaturen, die in der Sowjetunion und die in der DDR aufbauten. Bautzen war nicht Auschwitz, aber was ist Workuta?

Abg. Markus Meckel (SPD): Meine erste Frage schließt sich unmittelbar an das von Herrn Fricke Gesagte an. Ich glaube schon, daß die Differenz, die Unterschiede von Nationalsozialismus und der zweiten deutschen Diktatur auf der Hand liegen und daß diese auch klar benannt werden müssen. Ich bin aber nicht sicher, ob das Stichwort Gefangenschaft für die Zeit nach 1945 die präzise und ausreichende Bezeichnung ist. Ich glaube, daß dieses Leben in der Diktatur und auch der Terror, der ja in den 50er Jahren sehr viel stärker war als z. B. in den 70er oder 80er Jahren, noch genauer erfaßt werden muß, auch in den Folgen. Wichtig ist mir aber auch die internationale Dimension. Der Nationalsozialismus begann in Deutschland, er ging von hier aus. Gewiß gab es auch andere Völker, die Schuld auf sich geladen haben in dieser Zeit, aber hier waren wir das Zentrum. Für die Zeit nach 1945 waren wir dagegen Teil und Ausläufer eines Systems, das woanders sein Zentrum hatte, wenn auch ein nicht unwichtiger. Das gesamte GULAG-System der Sowjetherrschaft, aber auch alles an sonstigen Verbrechen Stalins, muß in die vergleichende Betrachtung dieser Systeme einbezogen werden. Diese Verbrechen Stalins vollzogen sich nicht nur an den Deutschen, sondern auch an den Völkern der Sowjetunion und nicht zuletzt, sondern zuerst an den Russen. Daher ist die Frage der Aufarbeitung und des Gedenkens eine europäische Aufgabe. Ich glaube, daß es wichtig ist, sich dieser europäischen Dimension bewußt zu werden.

Im zweiten Punkt will ich doch noch einmal kurz an Hermann Weber anknüpfen. Klaus von Dohnanyi sprach in seiner Rede im Bundestag von Mut und Anstand, die notwendig seien. Ich glaube, daß das eine ganz wesentliche Aussage ist. Herr Gauck hat von Zivilcourage gesprochen. Ich denke beides gehört sehr eng zusammen und gibt Orientierung. Es ist wichtig, nicht nur von Opfern zu sprechen, sondern wirklich auch von dieser Freiheitsgeschichte, von dem Widerstand und daß dies durchaus zu unterscheiden ist von der Opfergeschichte. Opfer konnte man auch ganz willkürlich werden durch Zufälle und Kriterien, die die Nazis aufstellten. Dies gilt auch in der Zeit danach. Dies war vielfach nicht durch den Einzelnen verursacht. Aber diese Freiheits- und Widerstandsgeschichte ist ein Erbe, das in unsere nationale Tradition gehört, auf das wir uns berufen und das für die Zukunft wichtig ist. Ich denke, dafür braucht man dann auch Orte, an denen man dies fest macht. Aber man braucht Personen. Die sind ja auch nicht abstrakt und nur in Büchern zu finden. Es ist gut, für dieses Gedenken an Personen dann auch angemessene Orte zu schaffen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Meckel. Jetzt Professor Faulenbach als letzter mit der dringenden Bitte, die Uhr im Kopf zu haben.

Sv. Prof. Bernd Faulenbach: Ich verzichte darauf, die Frage der Vergleichbarkeit hier noch einmal aufzuwerfen, das können wir vielleicht nachher noch einmal diskutieren. Die Kollegen wissen, daß ich da eine sehr differenzierte Position habe. Ich würde aber gerne zur Frage der Erinnerungskultur an Herrn von Dohnanyi noch einmal Fragen stellen. Wäre es nicht sinnvoll, neben der schwarzen Linie deutscher Geschichte, wenn ich das einmal so sagen darf, aus der NS-Zeit, der Diktaturerfahrung, daneben eine zweite Erinnerungslinie, sagen wir demokratischer Traditionen, Freiheitstraditionen stärker zu institutionalisieren? Gustav Heinemann hat ja vor Jahren dieses Museum in Rastatt gegründet. Im nächsten Jahr spricht ja manches dafür, daß wir uns – neben Bismarck, der auf einmal merkwürdig in den Vordergrund getreten ist – auch wieder mit den Bewegungen von 1848 und ähnlichen Phänomenen beschäftigen werden. Ist es nicht sinnvoll auch in einer Demokratie wie der unseren, sich auch der demokratischen Traditionen zu erinnern? Zweite Bemerkung zur Gedenkstättenkultur: Herr von Dohnanyi, braucht denn Erinnerung nicht ihrerseits auch bestimmte Kristallisationskerne, an denen sie sich festmachen muß oder kann? Braucht sie nicht bestimmte Orte, braucht sie nicht vielleicht sogar bestimmte Rituale, damit die Erinnerung nicht gänzlich verschwindet? Wir alle sehen natürlich die Gefahr der Veräußerlichung, die aus solchen Ritualen gegeben ist, auch die Gefahr, daß durch Symbole Geschichte und Erfahrungen geradezu zugedeckt werden. Insofern kann ich die Bedenken gut nachvollziehen, aber wir müssen zugleich auch sehen, es gibt ein Bedürfnis nach Beglaubigung, daß dies Geschehen nicht irgendwo war, sondern konkret in Deutschland. Da sind dann die authentischen Orte eben doch wichtig. Es hängt sehr wohl davon ab, wie man etwa diese Gedenkstätten gestaltet, ob Personen als Personen vorkommen und ähnliche Dinge. Darüber läßt sich ja reden, aber noch einmal: brauchen wir nicht diese Orte und auch die Rituale trotz all der

Gefahren, denen man sich da ausgesetzt sieht? Letzte Bemerkung: Ich glaube, es ist sehr vernünftig ein bescheidenes Denkmal hier in Berlin zu errichten und von diesen weit überfrachteten Ansprüchen an ein solches Monument herunter zu kommen. Man sollte das Ganze in einem Ensemble von verschiedenen Gedenkstätten und anderen Institutionen sehen. Dies Monumentale zurückzunehmen, das scheint mir eine sehr plausible Sache zu sein, die – glaube ich – auch hier bei uns eine Resonanz findet. In dem Punkt würde ich ausdrücklich zustimmen wollen. Bei den anderen Punkten würde ich gerne doch ein paar Fragezeichen machen. Nebenbei gesagt: ganz so pauschal würde ich die Literatur nicht sehen. Christa Wolf und andere haben sich doch auch mit der Normalität im Dritten Reich beschäftigt. Aber dies führt jetzt zu weit und ist keine Kernfrage.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr von Dohnanyi eine kurze Antwort.

Dr. Klaus von Dohnanyi: Ich will Herrn Faulenbach Recht geben. Ich habe nicht gemeint, wir sollten gar keine Gedenkstätten haben. Mir ging es nur darum, daß wir immer noch neue hinzufügen und immer mehr uns mit dem Stein dabei zufrieden geben. Daß es solche Stätten geben muß, ist gar kein Zweifel. Aber die Frage ist, wieviel und in welcher Weise. Und wir müssen darauf achten, daß nicht eines Tages in den Kommunen die Frage auftritt, ob man das noch pflegen kann, wieviel Geld man dafür ausgibt usw. Mein Vorschlag, Neuingamme sozusagen einfach sterben zu lassen, aber eben sichtbar für alle, war der Versuch, auch der Geschichte hier wieder Platz zu machen. Auch Rituale sind wichtig. Auch was der Bundespräsident am 27. Januar eingeführt hat – ich hatte die Ehre im Bundestag zu sprechen – ist wichtig. Aber die beiden großen Fernsehsender hatten keine Zeit, das zu übertragen. Frau Süsmuth wurde kürzlich mitgeteilt, daß ja nun Phönix eingerichtet sei und man das sozusagen im Spartensender bringen könne. Es ist wahr, so ist die Berichterstattung bei uns. Ich habe mich beim Bundespräsidenten eingesetzt, vielleicht kann jemand von Ihnen sich beim Bundespräsidenten auch noch einmal einsetzen. Es wäre ja lächerlich, wenn nicht einer der beiden großen Fernsehsender diese eine Stunde bringen könnte. Es ist nur eine Stunde und die einzige, die wir bundesweit zur gemeinsamen Erinnerung haben. Da war aber eine Kindersendung, die konnte nicht abgeblasen werden. Ich fand es schon absurd, daß die einzige Liveübertragung, die es damals gab, in den USA mit Simultanübersetzung stattfand. Meine Freunde in den USA haben gesagt: Wir haben Dich gesehen; Du hast da eine Dreiviertelstunde etwas gesprochen und wir haben die ganze Rede gehört und sie ist simultan übersetzt worden. Nur in Deutschland konnte man es nicht zeigen.

Zu Herrn Meckel will ich sagen: die Orte des Widerstandes sind wichtig. Da gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Auch nicht in der Frage, daß die SED ein Teil eines Gesamtsystems war. Nur die Auseinandersetzung ist eine andere, da beginnen auch die Fragen der Vergleichbarkeit. Hier war ein besiegt Land unter sowjetischer Herrschaft, die ihrerseits auch viel zu rächen hatte, das muß man ja sehen. Rache hat auch eine berechtigte Rolle gespielt. Das System

war dennoch nicht vergleichbar, trotz GULAG und alledem. Es war eben nicht vergleichbar mit einem Auftrag für Mord, und zwar vom Staat abgezeichnet. Das hat es in der SED und in der DDR so nicht gegeben. Auch wenn man an der Grenze geschossen hat, war das nicht vergleichbar. Ich will deswegen noch einmal sagen, was ich gesagt habe: Man kann mit solchen Denkmälern die Gefangenschaft faßbar machen, weil es ein faßbares Verbrechen ist. Aber die Naziverbrechen sind unfäßbar, sind auch für uns noch immer unbegreiflich. Die Tatsache, daß Menschen an ihren Schreibtischen Befehle organisiert haben, bei denen Kinder einfach wie Gemüse vernichtet wurden, das ist unfäßbar, und das werden wir auch nie begreifen. Das bleibt unbegreifbar. Ich will nicht dagegen sprechen, daß man auch vergleicht. Aber diese beiden Systeme waren nicht vergleichbar und sie sind deswegen auch von der Erinnerung her unterschiedlich anzugehen. Man kann eben mit der großen Zahl der Ermordeten nicht so abstrakt umgehen. Ich glaube, da braucht man eben den tieferen Bezug und das habe ich versucht zu sagen.

Es tut mir leid, daß ich die Ursache dafür bin, daß wir etwas kürzer in der Diskussion sind als es mir selber lieb gewesen wäre, aber ich muß morgen früh einen Vortrag in Hamburg halten über einen Freund meines Vaters, der mit ihm zusammen gearbeitet hat und als Jude aus Hamburg vertrieben worden ist. Ich habe das sehr kurzfristig übernehmen müssen und muß da noch etwas tun und muß deswegen zurück. Es tut mir aufrichtig leid. Danke schön.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Um so mehr haben wir Ihnen zu danken, Herr von Dohnanyi, daß Sie trotz dieser Belastung der Enquete-Kommission zur Verfügung standen. Ich glaube, Sie haben erreicht, uns sehr nachdenklich gemacht zu haben und Anregungen gegeben zu haben, die wir bei Erfüllung unseres Auftrages jetzt noch verstärkter einbeziehen werden, als das bereits geschehen ist. Recht herzlichen Dank, daß Sie da waren. Wir wünschen Ihnen einen guten Heimweg.

[Beifall]

Damit möchte ich noch einmal Herrn Ministerpräsident Dr. Vogel begrüßen. Sie als Ministerpräsident des Freistaates Thüringen sind immer wieder gefordert, mit den Orten Weimar und Buchenwald umzugehen. Es sind Orte von wahrhaft europäischer Dimension, die von Hoffnung und Scheitern der Demokratie, von Terror und Unrecht Zeugnis ablegen. In vorbildlicher Weise fördert der Freistaat Thüringen gemeinsam mit dem Bund die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora. Das bisherige Ergebnis kann man unter anderem in zwei neuen Ausstellungen in Buchenwald besichtigen. Schon in Ihrer langjährigen politischen Tätigkeit in der alten Bundesrepublik haben Sie deutlich werden lassen, daß Ihnen Erinnerung und Gedenken nicht nur staatliche Pflichtaufgabe, sondern wirkliche Herzenspflicht sind.

Was können wir tun, um Erinnern und Gedenken wach zu halten? Das ist unsere Fragestellung. Wie kann die Erinnerung an die schmalen, aber doch vorhandenen demokratischen und freiheitlichen Traditionen unserer Geschichte

aussehen, für die symbolisch die Daten des 20. Juli und des 17. Juni stehen mögen? Wir sind sicher, Herr Ministerpräsident, daß Sie uns wichtige Anregungen geben werden. Daher haben wir Sie heute eingeladen und freuen uns sehr, daß Sie zu uns gekommen sind. Ich darf Sie nun bitten, zu uns zu sprechen.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: Sehr verehrter Herr Vergin, verehrte Abgeordnete Gleicke, meine Herren Abgeordneten und meine Herren Sachverständigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch von mir noch einmal: entschuldigen Sie, wir standen abflugbereit in Frankfurt, aber ein technischer Defekt hat uns nicht abfliegen lassen und wenn nicht die Geschicklichkeit des Abgeordneten Koschyk gewesen wäre, hätten wir auch im nachfolgenden Flugzeug keine Plätze mehr bekommen. Die anderen sind noch in Frankfurt, entschuldigen Sie.

Zunächst Dank für die Einladung, hier zu sprechen. Schon der Ort macht einen nachdenklich. Ich war hier schon zweimal beim Staatsratsvorsitzenden, auch hier in diesem Saal. Ich spreche heute zunächst als Angehöriger einer Generation, die noch direkt Erinnerung an Krieg und Nationalsozialismus hat, an Eltern, die ich nicht verstand, weil ich nicht „antreten“ durfte, weil man behauptet hat, ich sei asthmakrank und ich war gar nicht asthmakrank. Insbesondere die Erinnerung an diese Zeit war für mich in der alten Bundesrepublik motivierend. Jetzt kommt die Erinnerung an den SED-Staat, an Bautzen und an Buchenwald, an Mauer und Todesstreifen hinzu. Eine Erinnerung, die sehr viel mehr Menschen noch gegenwärtig ist. Es tut mir leid, daß ich die Diskussion, die Beiträge von Herrn Dohnanyi und von Herrn Gauck nicht voll gehört habe, zwei Persönlichkeiten, die Wichtiges dazu zu sagen haben, wie ich weiß. Ich möchte der Enquete-Kommission, deren Arbeit ich aufmerksam verfolgt habe bei ihren Besuchen in Erfurt und Buchenwald, ausdrücklich danken. Von Vaclav Havel stammt der Satz: die Dinge müssen auf den Tisch gelegt werden, damit man sie wegräumen kann. Ich danke Ihnen und ich denke, ich darf das für alle Ministerpräsidenten tun, daß Sie sich bemühen, die Dinge auf den Tisch zu bringen. Ich danke der Enquete-Kommission für die Arbeit, mit der sie eine Barriere gegen das Vergessen, auch gegen Verdrängungsmechanismen errichten wollen, um festzuhalten was war und wie es dazu kommen konnte und vor allem, um dafür Sorge zu tragen, daß es nie wieder geschieht.

Heute im achten Jahr der Einheit gibt es manche Bestrebung, die DDR-Diktatur zu verharmlosen. Es ist die Rede vom demokratischen Sozialismus, der nur schlecht realisiert wurde. Die erlebte Wirklichkeit war anders, die Öffnung der Archive der Zugang zu den Quellen ermöglicht ein präzises Bild dieses DDR-Sozialismus. Wir dürfen bei aller Dringlichkeit der alltäglichen Aufgaben, die uns in der Tat noch immer voll und ganz täglich fordert, die Vergangenheit nicht auf sich beruhen lassen. Wir dürfen nicht meinen, durch Vergessen vorgeblichen Frieden stiften zu können. Das Stasi-Unterlagengesetz und die Errichtung der im Volksmund als Gauck-Behörde bezeichneten Institutionen haben sich als Glücksfall erwiesen. Beides sind Notwendigkeiten, die sich

aus der friedlichen Revolution von 1989 ergeben. Und mich erreichen täglich Briefe von Menschen, die heute noch unter den Folgen des damals geschehenen Unrechts leiden. Es ist notwendig, den vollen Umfang des Unrechts zu erkennen, ehe man an einen Schlußstrich denken kann. Und ihn müssen die Opfer und ihn dürfen nicht die Täter ziehen. Ich selber füge aus meiner Situation heraus hinzu, dies ist eine Frage, bei der wir auf die Menschen hören müssen, die in der DDR gelebt haben und bei der wir, die dort nicht gelebt haben, uns mit Urteilen und Empfehlungen sehr zurückhalten sollten. Wir wissen nicht, was wir sagen würden, wenn wir unter den Bedingungen gelebt hätten, unter denen die Menschen bis 1989 in der DDR gelebt haben. Es ist wichtig, daß die Opfer rehabilitiert werden, daß sie, wo das möglich ist, entschädigt werden: häufig wird eine solche Entschädigung nicht möglich sein, wir stehen vor der Schwierigkeit klar zu machen, daß man nicht alles, was geschehen ist, entschädigen und wiedergutmachen kann. Um so notwendiger ist es, Zeichen zu setzen. Vor ein paar Tagen habe ich den ersten Zwangsausgesiedelten aus dem ehemaligen Grenzgebiet der DDR sogenannte Zuwendungsbescheide übergeben, d. h. einen Scheck von 4.000 DM. Meine Damen und Herren, niemand soll sagen, das sei eine Wiedergutmachung für die „Aktion Ungeziefer“ und für die „Aktion Kornblume“ und für die Vertreibung von einer Stunde auf die andere aus dem Sperrgebiet, nur weil man die Häuser und Gärten schleifen wollte, um Schußfeld frei zu machen. Aber es ist ein Zeichen, daß wir das heute als Unrecht erkennen und daß wir wenigstens guten Willen zeigen wollen, das ist notwendig. Mich hat bewegt, daß die, die da bei mir waren und sich hinterher bedankt haben, gesagt haben, bitte tun Sie eines, sagen Sie das in ganz Deutschland, damit dieses Zeichen nicht nur im Freistaat Thüringen, sondern in allen deutschen Ländern, die Grenzberührung hatten, gesetzt wird. Wir müssen alles daran setzen, daß dies alles nicht dem Vergessen anheim fällt. Deswegen bin ich auch der Meinung, es ist richtig, die Verjährungsfrist noch einmal zu verlängern. Wir haben diesbezüglich im Thüringer Landtag in der großen Koalition gemeinsam Initiative ergriffen, wir haben im Bundesrat Initiative ergriffen und ich hoffe, daß Bundesregierung und Bundestag das aufnehmen. Ich weiß, der von mir sehr geschätzte Herr Gauck ist hier anderer Meinung, aber das macht ja nichts. Meine Damen und Herren, es geht mir nicht um die Zahl der Fälle, sondern es geht mir um das Respektieren des Wunsches der Menschen in Thüringen, respektive der anderen Länder. Setzt ein Zeichen und verlängert um zwei Jahre!

Ich erinnere an 1989, Ende des Kalten Krieges, Ende der Nachkriegszeit, aber sicher nicht das Ende der Geschichte, auch nicht der Auseinandersetzung mit der Geschichte dieses Jahrhunderts. Jorge Semprun, der spanische Dichter und spanische Kulturpolitiker, der wesentlich in Frankreich lebt, Häftling in Buchenwald war, 1994 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekam, hat in seiner Rede aus diesem Anlaß in der Paulskirche darauf hingewiesen, daß das deutsche Volk das einzige Volk Europas sei, das sich mit beiden totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts auseinandersetzen muß. Wie notwendig diese Auseinandersetzung mit der Geschichte in Deutschland, aber auch in Euro-

pa und darüber hinaus ist, hat beispielsweise die Kontroverse um das Buch von Goldhagen gezeigt, aber auch die Debatte um Denkmäler wie das Holocaust-Denkmal in Berlin, um Museen, Gedenkstätten und Symbole, auch die Kontroverse um die deutsch-tschechische Erklärung. Ich halte diese Erklärung zwar für bedeutsam, aber nicht für einen Abschluß. Hinter ihr steht ein Doppelpunkt, kein Ausrufezeichen. Die Erklärung hat aber auch die auf beiden Seiten verdrängten Tabus sichtbar gemacht. Ich sehe in der Erinnerungsarbeit, in der abschließenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine wesentliche Aufgabe unserer Gesellschaft, die durch die teilweise Ungleichzeitigkeit der Wahrnehmung, durch die Unterschiede in der Erinnerungskultur in den alten und den jungen Ländern nach 40jähriger Trennung natürlich nicht einfacher geworden ist. Aber auch wenn sie nicht einfacher geworden ist, wir können unsere gemeinsame Zukunft nicht auf Irrtümern, Erinnerungslücken, Beschönigungen, Legenden oder gar Lügen aus Unkenntnis der Fakten aufbauen, aber auch nicht auf historisch-politisches Desinteresse. Wer das Feld der Vergangenheit der Zeit des Nationalsozialismus wie der Zeit der jüngsten deutsch-deutschen Geschichte nicht aufarbeiten will, überläßt es dem Unkraut der Legendenbildung und durch solche Legenden entfalten sich bekanntlich negative, zersetzende Kräfte. Wir hatten gestern den 9. November. Gott sei Dank wurde des Synagogenbrands gedacht, aber, meine Damen und Herren, man kann auch an den 9. November 1918 erinnern, an das Unkraut der Legendenbildung jener Zeit. „Novemberverbrecher“, „im Felde unbesiegt“, Dolchstoßlegende, alles nicht aufgearbeitete Vorgeschichte von 1932/33.

Das Erinnern hat vielfältige Formen. Gedanken brauchen auch Anlässe, brauchen Symbole, Gesten, Reden, Jahrestage, Orte, die die Gegenwart der Vergangenheit deutlich machen, wie Alfred Grosser einmal gesagt hat. Manche Daten und Orte haben ein eigenes Gewicht. Herr Vergin hat auf den 17. Juni hingewiesen, der eben mehr als ein symbolisches Datum gewesen ist. Gleichwohl halte ich es persönlich für richtig, daß wir ihn nicht als Feiertag nach der Wiedervereinigung beibehalten haben. Obwohl es der Mentalität der Deutschen schon entspräche, keinen Tag zu wählen, über den man sich freuen kann. Der 20. Juli ist benannt worden. Der Tag, an dem der Widerstand gegen den Nationalsozialismus einen dramatischen Höhepunkt im Attentat auf den Vollstrecker des Bösen, wie Hans Bernd von Haefen formulierte, gefunden hat und der ja heute bündelt, was an Widerstand und Attentaten seit 1933 bis 1945 unternommen worden ist. Aber auch er eignet sich nicht als Nationalfeiertag. Gott sei Dank gab es den 20. Juli, aber er war erfolglos. Gestern der 9. November, ein Tag, ich sagte es gerade, der mehrfach besetzt ist: die Judenpogrome, die „Reichskristallnacht“, der Tag des Mauerfalls. Auch er wäre als Feiertag denkbar, aber, meine Damen und Herren, es ist nicht gut, einen mehrfach besetzten Tag zum gemeinsamen Feiertag aller Deutschen zu machen, weil die Gefahr besteht, daß Unterschiedlichem gedacht wird. Und schließlich der 3. Oktober, der Tag der deutschen Einheit, er wird sicher noch auf Jahre dazu dienen, an 1989 zu erinnern, sich damit auseinanderzusetzen, was damals geschah und zu fragen, wie weit die Einheit fortgeschritten ist. Und doch mei-

ne ich, als einer, der jetzt seit 1990 an diesem Tag zu reden hat, wir sollten daran denken, diesen Tag nicht nur zum Erinnerungstag an den 3. Oktober 1990 zu machen, sondern zu überlegen, ob es nicht langsam an der Zeit ist, den Tag zu einer Ortsbestimmung der Situation unseres ganzen Vaterlandes werden zu lassen und einen Tag der Zukunft Deutschlands aus ihm zu machen.

Die Erinnerungslandschaft wird durch Gedenktage, aber eben auch durch Orte des Gedenkens strukturiert. Konzentrationslager als Mahnmale des Terrors, als Orte der Erinnerung an die Opfer, als Orte der Trauer für die Angehörigen, Orte, für deren Erhaltung wir eine besondere Aufgabe und Verpflichtung haben. Meine persönliche Meinung stimmt offensichtlich mit der von Herrn Dohnanyi überein. Ich habe in Amerika und anderswo immer gegen ein Holocaust-Museum argumentiert. In Amerika ja, aber hier, wo wir so schreckliche Originale des Verbrechens haben, darf ein Holocaust-Museum nicht in Gefahr geraten, daß man nicht mehr nach Buchenwald und Sachsenhausen und Dachau und die anderen Stätten geht, das ist mein Grund. Dazu gehören die Orte des Gedenkens hier in Berlin, es ist wohl schon davon gesprochen worden, Plötzensee, Wannsee-Villa, der Bendlerblock, die ehemalige Gestapozentrale. Dazu gehören im anderen Sinn – und bei einer Frage vorhin wurde das schon angeschnitten und deswegen freut es mich, das zu unterstreichen – aber bitte auch Orte wie die Paulskirche, das deutsche Nationaltheater in Weimar und zuvor die Wartburg und das Hambacher Schloß. Es gab eine intensive Diskussion zur Amtszeit von Bundespräsident Heinmann, der damals zu Besuch auf dem Hambacher Schloß gewesen ist. Er hat sich für Rastatt entschieden. Wir haben dann 1982 das Hambacher Schloß doch aufgebaut und es ist eines der besuchtesten Orte in der Bundesrepublik Deutschland. Und die Wartburg, die ja nicht zugänglich war: 60 Millionen Deutschen waren bis heute dort. Es ist heute, ich glaube nach Neuschwanstein, der zweitbesuchteste Platz dieser Art in ganz Deutschland. Schwarz-Rot-Gold schwingt in die Wartburg, in das Hambacher Schloß, in die Paulskirche mit hinein. Natürlich muß man auch das Brandenburger Tor nennen, das die Geschichte zum Symbol der Einheit und der Freiheit und der Demokratie gemacht hat. Ich glaube, wir brauchen solche Symbole und ich möchte übrigens darauf aufmerksam machen, sie sind auch keineswegs vergessen und unbeachtet, sondern zumindestens für die genannten kann man sagen, daß eine Großzahl von Deutschen jedes Jahr zu ihnen kommt.

Zum Erinnern gehören Gesten, Reden, Zeichen. Es war vorhin von Brandts Kniefall in Warschau die Rede. Man könnte, was Reden betrifft, auch an die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 erinnern, man könnte an Kennedy's Satz „Ich bin ein Berliner“ erinnern, man könnte auf die nach wie vor beeindruckenden Besuch von Reagan auf dem Hambacher Schloß mit 10.000 Jugendlichen erinnern. Vor ein paar Wochen war ich aus Anlaß einer Präsentation in Prag. In der deutschen Botschaft steht noch ein Trabi als Symbol und Erinnerung an jene Trabis, mit denen die Menschen im Herbst 1989 nach Prag kamen und die dann verlassen überall in der Stadt zurückblieben. Dort steht in der deutschen Botschaft der Baum, an dem

die Botschaftflüchtlinge ihre Hausschlüssel gehängt haben, zum Zeichen, daß es kein Zurück mehr gab. Jetzt zum 3. Oktober habe ich 30 dieser Leute, die die Schlüssel dort hingehangen haben, eingeladen, wieder mit zu diesem Baum zu kommen. Ganz anders als diejenigen, die die DDR früher verlassen mußten, sind sie nahezu alle natürlich wieder nach Hause zurückgekommen, denn es waren ja nur Monate, daß sie das nicht konnten. Auch das ist, glaube ich, eine Geste, die zum lebendigen Zeichen wird, das fortwirkt und das etwas auslöst.

Peter Steinbach, der wissenschaftliche Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand hier in Berlin, hat einmal gesagt, Erinnerung ist kein Sonntagsgeschäft. In der Tat, das ist es nicht. Auch Denkmälern an symbolischen Orten, beispielsweise in den Innenstädten, kommen Bedeutung zu, weil sie das Gedenken in den Alltag holen. Nur, meine Damen und Herren, wir leben in einem Land schrecklichen Mißbrauchs mit Denkmälern in den Städten und wir sollten beim Aufbau neuer Denkmäler nach dem sie teilweise zweimal in 50 Jahren abgeräumt werden mußten, sehr vorsichtig sein. Symbolische Orte des Geschehens können aber, so bedeutsam sie auch sind, authentische Orte nicht ersetzen, wie Volkhard Knigge, der Direktor der Gedenkstätte Buchenwalds einmal zu Recht gesagt hat. Salomon Korn vom Zentralrat der Juden in Deutschland hat einmal gesagt, sofern nicht religiös gestützt, gilt für das Gedenken Friedrich Nietzsches Feststellung, „nur was nicht aufhört weh zu tun, bleibt im Gedächtnis“. Seit der Wende sind Denkmäler, Gedenkstätten und Ausstellungen hinzugekommen, Grenzlandmuseen, die wir als Bezugspunkte bewahren und erhalten sollten, es gibt solche an der sehr langen Grenze, die Thüringen zum Westen hat, die Hälfte der Grenze der DDR zur Bundesrepublik ist Thüringisches Gebiet. Es sind solche Gedenkstätten zu finden, in Teilstungen beispielsweise, in Mödlareuth, an einem geteilten Ort an der Grenze zu Franken oder auch Point Alpha, der östlichste Punkt der amerikanischen Armee, wo sich als einzigem Punkt in der ganzen Welt auf Sichtweite amerikanische und russische Soldaten lange Zeit gegenüber standen. Übrigens nicht in Thüringen, sondern natürlich, weil es amerikanische Truppen waren, in Hessen gelegen.

Für mich laufen viele Fäden dieses Dialogs, der Vorsitzende hat es freundlicherweise schon angedeutet, in Buchenwald zusammen, das mit seiner doppelten Vergangenheit, auf die Semprun hingewiesen hat, an beide Diktaturen in Deutschland erinnert. Buchenwald, besser gesagt, das Binom Buchenwald ist der historische Platz, der diese doppelte Aufgabe am besten symbolisiert, die der Trauerarbeit um des Vergangenen kritisch Herr zu werden, die der Aufarbeitung von Grundsätzen für eine europäische Zukunft, damit die Irrtümer der Vergangenheit vermieden werden können. Das ist Zitat Semprun. Buchenwald, ein Steinwurf von Weimar entfernt, war eine der planmäßig als Hölle angelegten Gesellschaften, wie Robert Anthelme in seinem erschütternden literarischen Selbstzeugnis des Menschengeschlechts schreibt. Buchenwald war die Hölle, in der Opfer versklavt, bestialisch gequält, geschunden und getötet wurden, Buchenwald war der Ort, an dem das Grauen in menschenverachtender und demütigender Weise seinen Ausdruck fand, einge-

schmiedet in das Tor des Lagers der zynische Spruch: „Jedem das Seine“. In Buchenwald haben etwa eine Viertelmillion Häftlinge unter der Unmenschlichkeit der Täter gelitten und etwa 56.000 haben es nicht überlebt. Bei Nordhausen, in einem der vielen Außenlager von Buchenwald, kamen 20.000 Menschen aus ganz Europa in Mittelbau-Dora um. Eine furchtbare Stätte des Grauens. Jeder möge bitte verstehen, daß ich allen Aufforderungen dort technischen Fortschritt auszustellen, ein ganz entschiedenes Nein entgegensetze. So groß kann kein technischer Fortschritt gewesen sein, daß man ihn in Mittelbau-Dora darstellen könnte.

[Beifall]

Für andere Lager war im Frühjahr 1945 das Ende gekommen, nicht so Buchenwald. Zu unserer Erinnerung an Buchenwald gehört auch, daß nach 1945 Menschen auf dem Ettersberg unmenschlich behandelt wurden. Das Lager hieß ja nur deswegen Buchenwald, weil der erste Kommandant von Buchenwald an Himmler 1937 geschrieben hat, man könne das nicht Lager Ettersberg nennen wegen des Dichters Goethe und er erbete Weisung, wie man es nennen solle. Es kam die Weisung, es Buchenwald zu nennen. Aber dieses Buchenwald ist 1945 nicht untergegangen. Im sowjetischen Speziallager waren von 1945 bis 1950 etwa 28.000 Menschen ohne Prozeß interniert, über 7.000 von ihnen sind gestorben an Entkräftung, an Hunger, an Krankheit. In Buchenwald entwickelte die DDR ihre Geschichtslegende, das Unkraut ihrer Geschichtslegende. Der jüdischen Opfer als der größten Opfergruppe wurde auf der Straße der Nationen nicht gedacht, Israel ist erst nach 1990 dort eingefügt worden und das sowjetische Internierungslager hat es bis 1989 speziell nicht gegeben.

Gedenkstätten als Lernobjekte erinnern an die Verletzlichkeit von Freiheit und Demokratie und sie mahnen Zivilcourage, Toleranz und Respekt an. Sie sind keine Orte, an denen Geschichte abgelegt oder umgeschrieben werden darf. Die Glaubwürdigkeit der Gedenkstätten hängt entscheidend von dieser Unabhängigkeit und der Verpflichtung zur Wahrheit ab. Die Geschichte des Lagers Buchenwald mußte nach der Wende neu dokumentiert werden und die Instrumentalisierung mußte überwunden werden und mit Hilfe herausragender Historiker ist das auch gelungen. 1995 ist die Gedenkstätte und die Ausstellung über die Jahre bis 1945 anlässlich des 50. Jahrestags der Befreiung eröffnet worden. Natürlich muß das den Vorrang haben und natürlich ist das zweite Buchenwald ohne das erste Buchenwald nicht zu erklären. In diesem Jahr haben wir dann eben einige Jahre später die Ausstellung Speziallager II eröffnet. Damit hat das in der DDR motivierte Verschweigen endgültig ein Ende gefunden. Was wir jetzt noch wollen, ist eine dritte Darstellung, nämlich die Darstellung der Geschichte von Buchenwald in der Darstellung der DDR. Auch das halten wir für darstellens- und erhaltenswert, meine Damen und Herren. Buchenwald war ein Vorzeigeort im System des verordneten und staatlich zelebrierten Antifaschismus. Deswegen war für viele, die dort hin kamen, der Besuch der Gedenkstätte eben ein verordneter Besuch. Und um so erfreulicher

ist es, daß man heute feststellen kann, derzeit besuchen Buchenwald etwa 400.000 Besucher jährlich, mehr als zur Zeit der DDR.

Dieser Ettersberg, Goethe hat von ihm gesagt, hier fühlt man sich groß und frei, wie die große Natur, die man vor Augen hat, und wie man eigentlich immer sein wollte, dieser Ettersberg und das dem Verfall preisgegebene Schloss Ettersburg ist unseres Erachtens der richtige Ort, um in europäischer Dimension an Diktaturen und an die Überwindung der Diktaturen und der Gewinnung von Demokratie zu erinnern, natürlich vor allem in Deutschland, aber an alle Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Europa. Da muß man auch an Portugal, Spanien und an Italien denken und muß wohl auch Diskussionen, wie die, die gegenwärtig in Frankreich ausbricht, mit einbeziehen. Die Landesregierung von Thüringen hat deswegen eine Stiftung Schloß Ettersburg beschlossen, um am symbolträchtigen Ort das Wesen totalitärer Herrschaft und des Übergangs von Diktatur zu Demokratie in Europa des 20. Jahrhunderts dort zu lokalisieren. Ich habe den Wunsch, den ich jetzt äußere, schon öfters ausgesprochen: wir wünschen uns, daß diese Stiftung Ettersburg mit der gesamtdeutschen Stiftung, die Sie ins Leben rufen wollen und über die inzwischen Vorarbeiten vorliegen, zu einer Kooperation kommt und wir wären dankbar, wenn das bei der Ausarbeitung des Stiftungsgesetzes, was Sie vorhaben, berücksichtigt werden könnte und wenn es hier zu einem Zusammenwirken käme.

Richard von Weizsäcker hat 1985 von der Zuversicht gesprochen, daß der Untergang des Dritten Reiches und die Befreiung vom Nationalsozialismus nicht das letzte allen Deutschen gemeinsame Datum ihrer Geschichte sein sollte. Wir wissen, die Zuversicht war berechtigt, im Mai 1945 oder im Oktober 1990 war die Geschichte nicht zu Ende, sie hat allerdings auch nicht mit dem Mai 1945 und mit dem Oktober 1990 begonnen, wir tragen die Verantwortung für unsere gesamte Geschichte und diese spezifische Bürde kann uns niemand abnehmen, wir müssen sie annehmen und für die Zukunft fruchtbar machen. Meine Damen und Herren, die Deutschen in der DDR haben genauso deutsche Geschichte geschrieben, wie die Deutschen in der Bundesrepublik. Es gibt nicht eine deutsche Geschichte und ein Annex, sondern es gibt nur eine gemeinsame deutsche Geschichte, die wir uns gegenseitig erzählen müssen, obwohl das sehr schwer fällt, weil wir zu wenig voneinander wissen. Ganz unter dem Strich wissen bedauerlicherweise die Westdeutschen noch ein bißchen weniger über die Ostdeutschen als die Ostdeutschen über die Westdeutschen. Jedenfalls ist das meine Erkenntnis nach sechs Jahren Thüringen. Der Geschichtsschreiber und Geschichtsphilosoph Polybios, der 150 Jahre vor Christus lebte, hat in seinem Bild vom Verfassungskreislauf auf die Bedeutung der Erinnerung für ein Gemeinwesen verwiesen. Wenn Bürger einer guten politischen Ordnung das Bewußtsein vor den Ursprüngen ihres Systems verlören, dann sei der Boden für den Umschlag von einer guten in eine schlechte Verfassungsordnung bereitet. Auch hier wird deutlich, daß nicht Mechanismen der menschlichen Geschichte versagen, sondern die Menschen selber, wenn sie das Bewußtsein von den Ursprüngen ihres Systems verlieren. Und deswegen glaube ich, daß wir Verantwortung für unser Zusammenleben haben, daß wir es

sind, die die politische Kultur in unserer Gesellschaft gestalten. Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur, nie wieder Totalitarismus bedeutet, sich nicht dem Engagement für die heutige Ordnung zu entziehen, sondern es bedeutet Verantwortung übernehmen. Wir haben die Pflicht zu erinnern, dem Vergessen zu wehren mit den Zeichen, die uns zur Verfügung stehen und nicht das unwichtigste Motiv, das vergessen zu wäre, rührt aus der Erfahrung dieses Jahrhunderts, das zu Ende geht, daß man den Anfängen wehren muß, wenn man eine gute Ordnung behalten will. Herzlichen Dank.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Ministerpräsident Vogel, herzlichen Dank für Ihren in viele Richtungen gehenden Vortrag und Ihre Vorschläge, die Sie uns zur weiteren Debatte gegeben haben. Die Diskussion, die wie vereinbart jetzt beginnt, wird von unserem Kollegen Hartmut Koschyk geleitet. Zeitlich können wir bis 13.15 Uhr gehen, so daß wir fast eine Dreiviertelstunde haben. Ich übergebe jetzt das Wort an Herrn Koschyk.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank Herr Vergin, ich möchte gleich die erste Runde aufrufen und würde vorschlagen, daß zunächst Herr Gauck antwortet, weil ja aus der vorigen Runde, noch einige Fragen an ihn mit gestellt worden sind. Für die erste Runde rufe ich auf: Herr Poppe, Herr Professor Maser, Herr Meckel, Herr Professor Faulenbach und Herr Professor Weber.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann sehr vielem von dem, was Sie alle hier gesagt haben, zustimmen. Ich möchte aber noch einmal die Frage der Vergleichbarkeit aufwerfen, die vorhin schon kurz angerissen wurde. Mir hat sich der Vergleich zwischen den beiden Diktaturen immer aus mehreren Gründen aufgedrängt. Einmal weil der sogenannte Antifaschismus als Legitimationsgrundlage des SED-Regimes immer wieder vorgeholt und betont wurde. Das System mußte sich an diesem Anspruch messen lassen und infolgedessen drängte sich mir dieser Vergleich immer auf, auch aus biographischen Gründen. Die Frage, die Joachim Gauck seinen Eltern gestellt hat, habe ich auch meinen Eltern gestellt, aber ich habe sie auch deswegen gestellt, weil in meiner Schule und auf den Schulheften und überall das Bild von Stalin viele Jahre lang zu sehen war, und so habe ich auch die Frage nach Hitler gestellt. Ich kann direkt aus den Erfahrungen in meiner Kindheit ableiten, warum wir diese Dinge auch zusammen gedacht haben. Deshalb empfinde ich manchmal die Betonung der Unterschiedlichkeit als etwas übertrieben. Ich glaube, Gedenkstätten sollten wie alle Versuche der Aufarbeitung, egal ob justitiell oder parlamentarisch, ein Ziel haben: das ist das Ziel oder das ist die Aufgabe zu sagen „Nie wieder!“ Man sollte jede Gedenkstätte und jedes Dokumentationszentrum auch daran messen, inwieweit sie einer solchen Feststellung des 'Nie-wieder' gerecht werden, das ist auch eine Aufgabe im Blick auf künftige Generationen. Dazu gehört aber auch – wie vorhin schon von Herrn Faulenbach gesagt – die Erinnerung an die demokratischen Traditionen, an den Widerstand. Diese Aufgabe darf nicht verschwinden hinter der Dar-

stellung der Verbrechen, und man kann die Darstellung der Demokratiebewegung und des Widerstandes auch dazu nutzen, auf die aktuelle politische Problematik hinzuweisen.

Das ist ja nicht nur die Gegenwart der Vergangenheit, wie Sie vorhin zitiert haben, sondern es gibt auch den Begriff der Zukunft der Vergangenheit. Dies haben wir natürlich weiter zu beachten und das ist auch eine Aufgabe von einer europäischen und globalen Dimension. Es wird immer wieder nach der Rolle Deutschlands gefragt: Wie wird sie denn aussehen, die Rolle des wiedervereinigten Deutschlands? Und ich glaube, daß von daher gerade auch einer Gedenkstättenkultur eine erhebliche Rolle zukommt, insofern sie dann tatsächlich an diese europäische globale Aufgabe anknüpfen kann. Deshalb muß schon tatsächlich das Demokratiethema in den Vordergrund gestellt sein.

Ein anderer Punkt, den ich noch erwähnen will: Die individuelle Darstellung ist gerade das Geheimnis am Holocaust-Museum in Washington. Joachim Gauck, – ich habe das nicht zufällig gesehen – durch diesen Raum mit den Fotos müssen alle. Alle anderen Punkte kann man auswählen, da kann man hingehen, den Computer anschalten oder Bilder betrachten, Texte lesen, aber durch den Raum gehen alle. Das ist durchaus konzeptionell so gedacht und ich meine, daß dieser Versuch so geglückt ist, weil es gelungen ist, die individuellen Schicksale darzustellen, und es sollte auch unsere Aufgabe sein, die Verstärkung der Solidarität mit den Opfern und die individuellen Schicksale an solchen Gedenkstätten sichtbar zu machen.

Um noch auf einen letzten Punkt zu kommen, die Stiftungsfrage, die vorhin von Herrn Gauck angesprochen wurde. Hier sollten ebenfalls die authentischen Erfahrungen der unmittelbar beteiligten Zeitzeugen im Vordergrund stehen. Ich bin skeptisch, wenn gesagt wird, man müsse so viel wie möglich unter dieses Dach bringen, von Salzgitter bis Bautzen. Ich befürchte, daß die Intention, die wir mit dieser Stiftung verknüpft haben, nämlich die Unterstützung der individuellen Möglichkeiten der Zeitzeugen in den kleinen Aufarbeitungsinitiativen und in den Opferverbänden, zurückgedrängt würde zugunsten von großen und massiven Einrichtungen, die dann letztlich sowohl inhaltlich als auch finanziell ein Übergewicht erhielten.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank Herr Poppe, Herr Kollege Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ja, vielen Dank, ich möchte anknüpfen an die Formulierung von Herrn Gauck mit dem Generationenvertrag, wenn es um die Frage der Aufarbeitung geht und auch der Verantwortung, die wir in diesen beiden Diktaturen und den Opfern gegenüber haben. Ich möchte an dieser Stelle doch aber daran erinnern – und auch das ist von Joachim Gauck deutlich gesagt worden –, daß die Opfer bis heute diejenigen sind, für welche offensichtlich immer noch ungeheure Defizite bei der Rehabilitierung bestehen. Ich denke an Opfer des Nationalsozialismus, bei denen wir noch nach 50 Jahren bis heute vieles nicht bewältigt haben. Auch die deutsch-tschechische Situation

ist ein Beleg dafür, wie auch gegenwärtige Beziehungen zwischen Völkern von versäumten Sich-um-die-Opfer-Kümmern belastet wird. Ich denke an Opfer in der Tschechischen Republik und der Slowakei, oder auch an die in den baltischen Staaten, etwa in Vilnius aus dem jüdischen Ghetto. Herr von Stetten und andere aus dem Deutschen Bundestag bemühen sich redlich immer wieder und es ist ihnen bis heute nicht gelungen, eine befriedigende Lösung zu finden. Ich halte es für wichtig, daß wir hier heute nicht nur sagen: „Wir wollen an die Opfer denken und dies ist die Grundlage!“ – und dann solche Defizite, die seit Jahrzehnten bestehen verschweigen, bei denen wir auch heute nicht die politische Kraft finden, um dem gerecht zu werden. Wenn ich mir die Situation der Opfer der zweiten deutschen Diktatur in Deutschland ansehe, so ist hier wahrhaftig von ebenso großen Defiziten zu sprechen. Was in diesem Jahr an Novellierung herausgekommen ist im Deutschen Bundestag, halte ich für schlechthin skandalös. Ich halte es nicht für akzeptabel und muß das hier an dieser Stelle so deutlich benennen. Wenn der Kanzler zum gestrigen Tag des 9. November auch sagt, wir müssen an die Opfer des Stalinismus denken, und ich mir dann gleichzeitig die Gesetze ansehe, die in diesem Bundestag mit den entsprechenden Mehrheiten eben nicht zustandegekommen sind, dann halte ich es für eine Alibiveranstaltung an solchen Gedenktagen so etwas zu erklären, wenn dem nicht Taten folgen. Ich möchte das an diesem Tage in aller Deutlichkeit aussprechen.

Zum zweiten Punkt: Sie haben, Herr Ministerpräsident, von den Überlegungen und dem Beschluß der Landesregierung gesprochen, auf dem Ettersberg eine Stiftung zu schaffen. Wir sind hoch interessiert daran, von diesen Plänen zu hören. Sie haben vermutlich von unserem Sekretariat den Zwischenbericht zu der von uns geplanten Stiftung zugestellt bekommen. Hier hat es manche Mißverständnisse gegeben. Sie wird keine Dachstiftung, der dann viele Gedenkstätten untergeordnet werden – aber das muß man jetzt nicht im einzelnen darstellen. Mir wäre wichtig, daß es nach unserer Vorstellung Aufgabe einer solchen Bundesstiftung ist, mit den vielen Trägern politischer Bildung und Aufarbeitungsinitiativen zusammenzuarbeiten und ich kann mir durchaus vorstellen, daß eine solche, von Ihnen geplante Stiftung ein ganz wichtiger Partner dieser Bundesstiftung sein könnte. Daß man dies direkt ins Gesetz schreiben sollte, glaube ich nicht. Andere könnten das dann ebenso fordern. Ich finde es jedenfalls sehr verdienstvoll, wenn ein Land eine solche Aufgabe in solchen Dimensionen und mit solcher Klarheit versucht in Angriff zu nehmen und würde mir sehr wünschen, wenn das in Ostdeutschland insgesamt noch stärker der Fall wäre. Denn ich bin mir darüber im klaren, daß Aufarbeitungsfragen immer Minderheitsthemen sind. Das war 1945 so, das ist nach 1989 so und insbesondere in einer Situation, in der die soziale Situation sehr vieler Menschen so ist, daß sie weitgehend mit ihren existentiellen Sorgen zu tun haben. Dann stehen Fragen der Vergangenheit hinten an. Zudem sind Fragen nach eigenem Engagement und nach eigener Anpassung unbequeme Fragen. Hier wird manchmal erst die zweite Generation solche Themen wieder in den Vordergrund schieben.

Salzgitter war angesprochen worden. Wichtig erscheint mir vor allem, daß dieses Material erhalten und zugänglich bleibt und bearbeitet werden muß. Das kann natürlich weiter in Salzgitter geschehen. Ich würde einfach einmal die Überlegung hier in den Raum stellen, die wir uns dann als Kommission noch vielleicht weiterüberlegen sollten. Vielleicht könnte eine Zuordnung zur Stiftung sinnvoll sein. Eventuell wäre es auch gut, diese Archivalien nach Berlin zu schaffen. Ich möchte diesen Gedanken hier zumindest geäußert haben.

Ein letztes, auch in Aufnahme dessen, was Sie, Herr Dr. Vogel, angesprochen haben, zu dieser einen deutschen Geschichte in dieser Spannung von DDR und Bundesrepublik Deutschland. Ich fand, ich weiß nicht wer es gelesen hat, das Buch von Peter Bender sehr gelungen. Er hat dort versucht, mit ungeheurem Kenntnisreichtum beide Staaten in ihrer grundsätzlichen Verschiedenheit, aber auch in ihrem Geprägtsein durch die Nachkriegssituation und durch den Kalten Krieg darzustellen. Eine hochspannende Lektüre und wie ich denke eine ganz wichtige Weise, diese Geschichte gemeinsam zu betrachten. Auch wenn man in manchen Beurteilungsfragen dann anderer Meinung sein kann, glaube ich, daß solche Art Geschichtsschreibung, dieses aufeinander Bezogensein der Geschichte im Nachkriegsdeutschland in beiden deutschen Staaten etwas wäre, das weiter verfolgt werden muß. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: So, ich nehme jetzt noch Herrn Professor Maser in der ersten Runde dran, dann Herr Gauck und Herr Ministerpräsident Vogel. Herr Professor Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Herr Ministerpräsident Vogel, Sie haben sich ausführlich zu Buchenwald geäußert und es als natürlich bezeichnet, daß hier von einer Historikerkommission eine „Nachordnung“ der Erinnerung verordnet worden ist. Wir haben über diese Frage ja schon in Buchenwald vor Ort diskutiert vor einiger Zeit. Ich glaube, nach wie vor ist die Nachordnung der Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur bzw. des sowjetischen Gewaltsystems noch keine natürliche. Ich glaube, wenn man nicht von einer Nachordnung gesprochen hätte, sondern davon, daß hier die Aufgabe einer differenzierten Erinnerung auf der Tagesordnung steht, dann wäre man weiter gekommen. Vor allen Dingen wäre man dann vielleicht eben doch zu der Einsicht gekommen, daß jede Diktatur, ganz egal wie kommod die einzelne sein mag, eben doch niemals ohne Lagersystem und Terror auskommt, daß zur Diktatur Mauern, Stacheldraht, Hunde und Schußwaffengebrauch dazugehören. Das Lagersystem ist gleichsam ein Wesensbestandteil der Diktatur. Dann würde aus einem Ort doppelter Erinnerung tatsächlich auch so etwas wie ein Lerneffekt abzuleiten sein. So muß ich jedoch sagen, wirkt die Ausführung des Beschlusses über die Nachordnung der Erinnerung, wie man sie heute in Buchenwald sieht, also z. B. dieser Ausstellungsbunker da am Rande des Geländes, nun eben doch eher wie eine lustlose Pflichtübung. Da gibt es Fragen wie: „Wer findet das da?“ und „Wie sind hier Aufklärung und Gedenken, auch Gedenken an konkrete Menschen zusammengeordnet?“ Auch der Gedenkplatz erscheint mir noch als eine provisorische Lösung. Hier sind also an einem sehr konkreten

Ort nach wie vor, so glaube ich, Fragen offen. Wenn ich – was ich ja nur sehr gelegentlich tun kann – mal in die Thüringer Presselandschaft hinein höre und hineinlese, habe ich den Eindruck, daß die Auseinandersetzungen über das Gedenken in Buchenwald auf verschiedenste Weise immer noch heftig im Gange sind. Aber immerhin zeigt zumindest dies auch, daß es noch nicht gelungen ist, diejenigen, die sich einem demokratischen Erinnern verpflichtet fühlen, auch gegenüber zwei zu differenzierenden Diktaturen so zusammenzubringen, daß dies in einer gemeinsamen und für die Zukunft fruchtbaren Weise geschieht. Ich wäre also für eine zusätzliche Verdeutlichung von Ihrer Seite dankbar, auch wenn ich weiß, daß wir dieses Problem hier gewiß nicht in aller Ausführlichkeit diskutieren können.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: So, zunächst Herr Gauck und dann Herr Ministerpräsident Vogel.

Joachim Gauck: Ja, ich möchte zunächst einmal auf den Abgeordneten Poppe eingehen. Mir geht es darum, daß die Aktivitäten, die sich durch einzelne oder Bürgerkomitees gebildet haben, erhalten bleiben, daß die Arbeit getan bleibt. Und meine Sorge besteht darin, daß die aktuellen Konfliktlagen und Konfliktsituationen der Landeshaushalte und des Bundshaushalts so große Probleme machen, daß eben immer weniger Mittel bereit gestellt werden. Das heißt, daß zu den sonstigen Größen, die fördern können, also den politischen Stiftungen oder auch den privaten Stiftungen, daß auf die immer mehr Finanzierungsaufgaben zukommen und daß sich dort die Antragsteller für Projektförderung oder institutionelle Förderung drängeln werden in der Zukunft. Von daher bringe ich dies hier noch einmal ein, diesen Gesichtspunkt, im Grunde so ein Sicherungsgebäude für verschiedene Initiativen zu schaffen. Ich wiederhole das, was ich in meinem Statement gesagt habe: Eine freiheitliche Gesellschaft braucht Freiwilligkeit von Vereinen und Initiativen. Das ist mir Gold wert. Aber wir haben keine besonders gute Tradition der freiwilligen Initiativen, gerade in Ostdeutschland. In Amerika hat man da ein zweihundertjähriges Training und da kann man sich darauf verlassen. Also, das ist denen schnurzegal, was die Regierung da macht. Die Bürger machen ihr Ding und sie haben dazu vielfältige Vereine und Unterstützungslinien und Praktiken entwickelt und eine Fülle an Freiwilligkeit allein bei der Jagd nach Mitteln durchzieht die ganze Gesellschaft. Diese Tradition haben wir nicht. Wenn wir die hätten, würde ich dieses Thema überhaupt hier nicht einbringen. Und ich will hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir wollen nicht irgend etwas abgreifen – aber das ist hier nur eine Wiederholung. Also nicht nivellieren, sondern sichern. Das war im Grunde mein Wunsch. Ich weiß im Moment nicht genau, wo die Bestände von Salzgitter sind. Hier sind genug Fachleute unter uns, die uns das, glaube ich, beantworten können.

Ich fände das interessant, die Ausziehung der Traditionslinien, also des Erinnerns in dem Bereich des positiven Erinnerns. Das ist hier von verschiedenen angesprochen worden und auch von mir. Es ist wohl schwer machbar, aber es ist den Versuch wert, Professor Faulenbach. Wir haben ja das deutsche Erin-

nern durch das Kyffhäuserdenkmal usw. in prächtige, die Herrschaft verherrlichende Strukturen gebracht und es gab im Grunde ein Vereinsleben im wilhelminischen Deutschland, das die Deutschen dahin brachte, in einer bestimmten Weise zu erinnern. Ich meine, die Vergangenheitspolitik ist wahrscheinlich schon lange da gewesen, ehe es diesen Begriff gab. Nun sehe ich, daß es Ansätze gibt und Sie haben von Gustav Heinemanns Tip gesprochen, Rastatt zu einem Dokumentationsort zu machen. Wenn man heute nach Rastatt geht, ist man doch eher betroffen. Das ist doch eher ein kümmerliches Freiheitsmuseum. Das ist aber ein Symbol für die kümmerliche Existenz des Begriffes Freiheit im deutschen politischen Bewußtsein, so ist das. Dieses Land ist stolz, so lange es Geld hat und dieses Geld ausgeben kann, und es verliert seinen Stolz, wenn es dies nicht mehr in dem Umfang tun kann. Und es braucht eine Rückbesinnung auf die diese Gesellschaft konstituierenden Werte und das ist zuallererst die Freiheit. Die Ostdeutschen haben 1989 einen ganz starken Impuls eingebracht und sind jetzt aber im Grunde genommen bei ihrem sehnsüchtigen Marsch durch die Niederungen der Nostalgie wieder daran, nach der Gleichheit zu schielen und diese große Freiheit unter Wert zu achten. Und da müßte sich noch anknüpfen lassen, an jene Aktivitäten, die es in Südwestdeutschland etwa gibt. Dort gibt es eine lebendige Vereinstruktur, die wir natürlich im Osten so nicht haben, ich komme noch auf den Osten, wo Leute '1848' erinnern und feiern. Also das ist ganz interessant, daß in dem konservativ durchmischten deutschen Südwesten ganz fröhliche Freiheitsfeste geplant und veranstaltet werden. In Erinnerung an den Zug von Häcker und anderen Leuten in der 1848er Zeit. Also das geht, man kann so etwas machen, man muß bloß überlegen, kann man so etwas institutionalisieren.

Nun zu den Ostdeutschen: sie haben natürlich kleine Gruppen von Aktivisten, die es gerade in den Zentren, aber manchmal auch in den kleinen Städten gibt. Die sind relativ allein gelassen. Das hängt jetzt mit der Minderheitensituation und der Rezeption von Minderheiten nach den Systemumbruch zusammen, worüber ich vorhin sprach. Und da gibt es nicht so eine tragende, kräftige Vereins- und Freiwilligenstruktur, die als Frucht langer Demokratie doch da ist und das braucht eine gewisse Unterstützung.

Wie das nun zu machen ist, das weiß ich nicht, aber das wollte ich wenigstens hier noch anfügen. Leider ist Herr von Dohnanyi nicht mehr da, aber ich nehme an, daß heute Nachmittag auch noch dazu gesprochen wird. Aber er hat es ja nicht mit den Topographien. Ja freilich, Familien mit einer solchen Familientradition wie die seine bedürfen dieser Dinge nicht, und vielleicht sensible Zeitgenossen auch nicht. Aber das werden ja immer weniger. Wenn wir diese Art von innerer Einkehr nicht organisieren können, und das kann eine Gesellschaft eben schlecht, dann muß man Räume schaffen, wo diese Dimension mit reinschwingen kann, aber wo wir nebenbei einfach informieren können. Das Element der Anschaulichkeit ist bei einer Generation, die weniger Bücher liest und weniger meditiert, sondern mehr anschaut und Bilder sucht, ein wichtiges pädagogisches Erfordernis. Und deshalb sollten wir bei allem Wert einer so gefühlten Strategie sich der Vergangenheit zu nähern, wie wir es heute vorge-

tragen bekommen haben, nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern diese Orte sichern und die Chance der Wiederbegegnung an diesen Orten nutzen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herr Ministerpräsident Vogel.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: Ich soll zwar auf Herrn Meckel und Herrn Professor Maser antworten, aber gestatten Sie die eine Bemerkung. Herr Gauck, ich kenne zwar Rastatt nicht aktuell, ich war lange nicht mehr dort, aber ich habe sehr viel zu tun gehabt mit Hambach und habe sehr viel zu tun mit der Wartburg. Das sind wirklich von Hunderttausenden besuchte Stätten deutscher Geschichte von Bedeutung und was noch erfreulicher ist, wer alles Wert darauf legt, seine eigenen Gedenktage auf einen dieser beiden Orte zu feiern. Da ist von auch von den Folgen der finanziellen Schwierigkeiten nichts zu spüren. Gut, bei der Wartburg, aber das ist ja auch ein Gedenktag, da kommt Luther noch mit dazu und die Elisabeth, aber die beiden Stätten sind, glaube ich, wirklich Gedenkstätten, die beim Volk angekommen sind, wenn ich das einmal so sagen darf. Herr Meckel, weil nirgendwo sonst ein Konzentrationslager so nah bei einem Zentrum der deutschen Kultur liegt, wie in Weimar, weil es von Goethes Wohnhaus nach Buchenwald 7 Kilometer sind, und weil nirgendwo sonst in dieser Art jedenfalls auf Buchenwald I Buchenwald II folgte, bin ich persönlich der Meinung, da muß was geschehen. Zumal noch der Goethe mit dem Eckermann genau dort spazieren gegangen ist, wo dann später „Jedem das Seine“ über dem Tor stand. Die Bäume stehen noch aus der Zeit. Da muß etwas geschehen, auch weil wir 1999 die Welt in Weimar als Kulturhauptstadt Europas zu Gast haben, weil Goethe 250 Jahre geboren ist, weil die Weimarer Verfassung 80 Jahre alt ist, weil das Grundgesetz 50 Jahre alt ist und die Wiedervereinigung dann 10 Jahre andauert. Und bei jedem Besuch, und die ganze Welt kommt halt nach Weimar, ist das eine schreckliche Geschichte. Die Freude über den Besuch findet in Weimar statt, und bevor der Tag angeht oder bevor er aufhört, wird auch nach Buchenwald gefahren. Es muß irgendwie deutlich gemacht werden und es ist sehr, sehr schwer, daß das nicht zwei Teile sind, die gar nichts miteinander zu tun haben. Das ist mein eigentliches Ziel auf dem Ettersberg, das Schloß heißt Ettersburg, aber auf dem Ettersberg muß ein Zeichen sein, daß wir begriffen haben, daß da etwas unbegreifliches geschehen ist und es dürfen nicht nur die Erinnerungen an das Konzentrationslager sein, sondern das muß etwas weiter weisen. Das ist der Gedanke, den eigentlich ja nicht ich entwickelt habe, sondern der Jorge Semprun.

Meine Bitte ist: wir werden das Konzept den Mitgliedern der Enquete-Kommission zugänglich machen und wir können darüber sprechen, das muß ja nicht jetzt sein. In ihrem Zwischenbericht, den ich gelesen habe, sind wichtige Punkte und mir geht es nur darum, daß bei der Formulierung Ihres Gesetzes nicht wir da mit reinformuliert werden, ich kenne die Zielsetzung von Ihnen, aber daß da so formuliert wird, daß Kooperationen möglich werden. Verstehen

Sie, darum geht es mir bei der Geschichte, daß es zwei getrennte Stiftungen sind, aber Kooperationsformen müssen nach dem Gesetz möglich sein.

Herr Professor Maser, Nachordnung der Erinnerung. Wissen Sie, ich habe ja schon ein bißchen was in den letzten 20 Jahren erlebt, aber das Maß an Sensibilität, das Sie brauchen, um mit Menschen, die in Buchenwald bis 1945 und mit Menschen, die in Buchenwald nach 1945 waren, übersteigt das. Wir haben es gelegentlich bei bestimmten Anlässen sehr leicht, möchte man sagen. Aber eine Gleichordnung ist wirklich nicht möglich. Nein, ich muß Ihnen sagen, da sind zumindest noch auf lange Zeit Befindlichkeiten und Empfindsamkeiten vorhanden, die das nicht möglich machen, daß das zusammengeht. Und das ist natürlich richtig, jede Diktatur hat Opfer und Opfer darf man nicht bewerten. Man darf nicht zählen, daß es in Buchenwald I 56.000 und in Buchenwald II nur 7.000 Tote gab, das macht die Sache ja nur noch schlimmer. Aber eines, Herr Professor Maser ist ja nun nicht zu leugnen. Ohne Buchenwald I hätte es Buchenwald II in Buchenwald nicht gegeben. Wenn es Buchenwald I nicht gegeben hätte, wenn der Krieg nicht geführt worden wäre, wenn der Nationalsozialismus, Krieg lasse ich einmal zur Seite, nicht die Herrschaft über uns erungen hätte, dann hätte es Buchenwald II nicht gegeben. Sie müssen bitte sehen, es ist ein Gedenken an lebende Menschen. Sie haben angespielt auf diese sehr vorläufige Anbringung von Kreuzen und dergleichen über dieser Straße dort. Nur jeder, der sich damit befaßt hat, weiß doch, in Buchenwald II und das macht die Sache schlimmer und schwieriger, waren Täter und Opfer nebeneinander. In Buchenwald II ist der nationalsozialistische Oberbürgermeister von Weimar, der das alles wußte, und in Buchenwald II sind 17jährige Schüler umgekommen, von denen angeblich behauptet wurde, sie hätten etwas mit dem Werwolf zu tun gehabt, was nicht stimmte. Sie wissen ja wahrscheinlich, die Verfügung, Buchenwald II zu schließen, war verbunden mit der Verfügung, es müßten alle, die noch dort sein, vorher bestraft werden, weil sonst keine Begründung da wäre, warum sie dort gewesen sein. Nur ist auch richtig, daß die Jugendlichen, denen man den Werwolf vorgeworfen hat, natürlich in viel größerer Zahl heute noch leben, als die, die damals im Alter des Oberbürgermeisters waren. Auch dies entschuldigt nicht, daß man darüber sprechen muß, natürlich muß man darüber sprechen, aber es macht es noch schwieriger. Aus diesem Grund, die Meinung muß man nicht teilen, aber ich muß Ihnen antworten, weil Sie danach gefragt haben, rangiert für mich die Verpflichtung, zu zeigen, was war, noch über dem Wunsch, daß das in irgendeinem letztlich gemeinsamen Gedenken an Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft enden könnte. Dies geht nicht zur Zeit. Und ich muß das akzeptieren, wenn ich respektieren muß, daß jeder das Recht hat, an seine Opfer zu gedenken, bzw. selbst ja noch lebendes Opfer zu sein, alte Herrschaften selbstverständlich, aber das ändert ja gar nichts an der Problematik rundrum. Nehmen Sie mir bitte nicht übel, daß ich von einer Nachordnung spreche und dann noch das Dritte hineinnehme, was mir auch wichtig scheint, die Darstellung, wie man eine Geschichte umschreiben kann. Ich finde, es ist ein Fortschritt, daß wir solche Darstellungen nicht wie früher einfach wegräumen, sondern daß wir sie

bestehen lassen und erläutern. Es soll auch die Nachwelt noch wissen, daß es nicht erlaubt war zu sagen, daß in Buchenwald auch Juden umgekommen sind, das hat aber auch mit Israel zu tun. Das soll erhalten bleiben und nicht einfach weggeräumt werden und ich glaube, das ist sehr wichtig. Es mag sein, daß Sie das nicht ganz befriedigt. Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, mich befriedigt es auch nicht, aber es ist ehrlich, zu sagen, daß hier eine Nachordnung geschehen muß. Ich mache nur darauf aufmerksam, die Täter sind verantwortlich, daß wir uns so schwer damit tun, nicht wir.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank. Ich habe jetzt noch Herrn Professor Faulenbach, Herrn Professor Weber, Herrn Professor Mocek und Frau Gleicke. Ich habe allerdings die Bitte, daß Sie sich möglichst so fassen, damit es beiden Herren noch möglich ist, darauf zu antworten. Insgesamt haben wir noch 5 Minuten.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Erstens, zunächst zu Herrn Gauck. Ich würde gerne noch einmal ganz kurz auf die Frage der Vergleichbarkeit zurückkommen. Meine Frage wäre nur die, ob wir, wenn wir immer in Analogiezwängen bei der Aufarbeitung der beiden Vergangenheiten reden, ob wir dann nicht eventuell Gefahr laufen, die Spezifika der jeweiligen Vergangenheiten, die womöglich auch spezifische Aufarbeitungsformen benötigen, zudecken könnten. Selbstverständlich ist der politikwissenschaftliche Vergleich legitim, der auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede zeigt, wobei man übrigens dann genau sagen muß, was man vergleichen will und ähnliche Dinge mehr. Aber im übrigen wäre natürlich auch wichtig, welche Systeme wollen wir vergleichen? Zum NS-Deutschland würde der Vergleich zunächst einmal die stalinistische Sowjetunion sein, dann in zweiter Linie erst das SED-System. Vielleicht ist es auch fruchtbarer, die Frage der Kontinuität und Diskontinuität von NS-System zu SED-System oder im Hinblick auf Ost- und Westdeutschland zu diskutieren, die ja dann in mancher Beziehung vielleicht auch einige neue Fragen wieder zuläßt. Dies nur eine Bemerkung zu der Frage der beiden Vergangenheiten. Zweite Bemerkung, Prozeß der Aufarbeitung. Ich fand das sehr gut, wie Sie die Dinge klargestellt haben, Aufklärung über Vergangenheit, Tatbestände sichern usw., aber wir müßten doch auch zumindest Empathie mit Opfern zu ermöglichen versuchen, so würde ich das sagen. Wir können nichts erzwingen, aber dies ermöglichen, das könnte ein Weg sein, im übrigen aber öffentliche Diskurse über Hintergründe anregen, ist in diesem Zusammenhang für mich auch wichtig. Dritte Bemerkung. mir ist das noch nicht ganz deutlich geworden, was Sie mit dem Stiftungsdach da vorhin gemeint haben. Es waren vergleichsweise konkrete Ausführungen. Die Stiftung, die die Kommission hier vorgetragen hat, hat ja nicht so eine große Dachfunktion, sondern sehr viel konkretere Aufgaben, die in unserem Zwischenbericht geschrieben sind. Also für Bautzen, Marienborn usw. gibt es ja andere Rechtsformen. Wollen Sie die alle zusammenfassen? Vielleicht können Sie das noch einmal klären, was sie eigentlich in dem Zusammenhang anstreben. Dann zu Herrn Ministerpräsidenten Vogel: Herr Vogel, ich möchte noch einmal die Frage mit den verschiedenen Traditionen ganz kurz ansprechen, das ist ja eine Ihrer Kernfragen.

Sie sagen, wir wollen uns mit Diktaturerfahrung auseinandersetzen, Widerstandserfahrung, aber daneben auch demokratische Freiheitstradition vergegenwärtigen. Nun gibt es natürlich auch Dinge, die sich nicht ganz in diese Polarität einfügen, mit denen müssen wir auch umgehen, ich nenne einmal ein Beispiel. Die Koalition hat jetzt eine Bismarckstiftung eingerichtet und sie hat die Bismarckstiftung in eine Reihe gestellt, mit der Bundeskanzler Adenauer-Stiftung, mit der Reichspräsident Friedrich-Ebert-Stiftung, mit der Willy-Brandt-Stiftung und der Heuss-Stiftung. Da hätte ich nun meine Zweifel, ob der Bismarck in die Reihe gehört oder ist das der Versuch gleichsam, sowas wie zu einem allgemeineren Erbebegriff oder sowas überzugehen, was dann ja zumindest doch reflektiert werden müßte. Also da hätte ich Schwierigkeiten, wie in ein solches Schema dann der Bismarck da hineingehört. Vielleicht könnten Sie dazu Ihrerseits einmal Stellung nehmen, wie der dazu paßt, das hat mich immer einmal interessiert, dies genauer von Ihnen zu hören. Dann zweite Bemerkung zum Ettersberg, vielleicht daß Sie doch noch andeuten, was Sie anstreben. Streben Sie eine Akademie dort an, oder streben Sie gleichsam so etwas wie ein Kolleg an, mit Fellows, die über Vergangenheit reflektieren können? Also vielleicht könnten sie dieses Modell ein bißchen erläutern. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es um Diktaturerfahrung und es geht um die europäische Ebene, so habe ich Sie jedenfalls seinerzeit in Thüringen neu-lich verstanden. Aber ein paar Dinge, wir sind da sehr neugierig, wüßten wir gerne noch dazu.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herr Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Nach meinem Freund Faulenbach dran zu kommen, ist fast eine Katastrophe. Nicht nur weil er bereits wichtige Dinge sagte, sondern es auch so lang macht, da muß man sich kurz halten. Ich kann Herrn Ministerpräsident Vogel zwei Dinge noch einmal fragen. Das eine ist im wesentlichen angesprochen, ich will es noch etwas verschärfen. Wir haben in Deutschland nicht nur Schwierigkeiten mit unserer demokratischen Tradition. Wir müssen diese meist auf Widerstand zurückführen, weil außer der 1989er Revolution keine Revolution erfolgreich war, von den Bauernkriegen angefangen, 1848 usw. Das bringt die Frage, ob diese Bismarcknostalgie nun ein Gegentrend gegen das ist, was wir eigentlich wollen. So habe ich Sie auch verstanden. Nämlich diese demokratische Widerstandstradition stärker herauszustellen. Noch einmal zu der „Nachordnung“. Ich muß sagen, ich bin in dieses wissenschaftliche Gremium in Buchenwald hereingekommen, da war das längst beschlossen, sonst hätte ich auch meine Bedenken gehabt. Das Leid der Opfer ist das gleiche in beiden Lagern. Daß ein solches Terrorsystem überhaupt existiert, ist ähnlich. Also Nachordnung könnte sich da nur – und dieses 'nur' ist dann sehr viel – darauf beziehen, was Sie dankenswerterweise auch gesagt haben: ohne den Nationalsozialismus hätten wir die Russen nicht hier gehabt, wir hätten auch das Speziallager nicht gehabt. Diese Abfolge kann man ja nicht genug betonen, weil das manchmal auch weggedrückt wird. Also wenn Sie es so verstehen, dann glaube ich, kann man das einsehen. Ich fürchte nur, es wird nicht von allen so gesehen. Bei dieser Beurteilung des Vergleiches gibt

es, je nachdem was ich stärker heraushebe, die Gleichheit oder die Unterschiede, natürlich dann auch verschiedene Einschätzungen.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank. Herr Professor Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ich möchte nicht über Bismarck nachfragen, aber eine Reflexion sei gestattet. Die drei beeindruckenden Vorträge sind vor dem Hintergrund einer Partei, die am härtesten von dieser Thematik betroffen ist, nicht so ohne weiteres mit dem ganz klaren Ja, mit dem ganz klaren Nein ohne Emotion zu bewerten. Ein Satz geht mir nicht aus dem Kopf. Ich zitiere ihn: „Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, fragen wir kritisch im Bewußtsein unserer eigenen Verantwortung für die Stellung der sozialistischen Idee unsere geistige und politische Tradition.“ So steht es im Parteiprogramm der PDS. Und wie marginal ist das, was aus dieser Verpflichtung bislang resultiert? Das ist für mich ein echtes, ein tiefes, ein grundlegendes Problem, nicht nur für mich persönlich, denn ich mache jetzt hier eigentlich kein Sachverständigen-Statement, sondern das ist eine Abgeordneten-Problematik, sich da hineinzuwenden. Der zuständige Abgeordnete der PDS ist jetzt nicht hier. Also vor allem für die dieser Demokratie verpflichteten Parteien, das möchte ich ohne wenn und aber sagen, ist dieses Aufarbeiten, dieses „Nie wieder!“ in meinen Augen eine Selbstverständlichkeit oder sollte eine solche sein. Wenn 1996 dann ein anderes PDS-Organ, also vor einem Jahr, sagt, daß die Aufgabe der PDS nicht die Rechtfertigung inhumaner undemokratischer Strukturen in der DDR ist, dann heißt das eben, daß 1993 und 1996 eine Menge an Zeit verfließen ist und großer Nachholbedarf mit Blick auf die eigene Verpflichtung besteht. Im Grunde genommen ist das der Punkt, den ich vorhin zitiert habe. Dies ist nicht zu einer Sache, einer Angelegenheit aller geworden und das finde ich auch an diesem Orte und im Zusammenhang mit diesen Reflexionen ein bedenkenswerte und auch für diese Partei wichtige politisch-moralische Frage.

An Herrn Gauck noch eine Bemerkung: Erinnerung ist tausendfältig. Es gibt nicht nur die eine. Ich bin nicht nach Buchenwald gefahren, weil das damals verordnet war. Ich glaube, Sie hatten das vorhin gesagt. Wobei ich überhaupt nicht in Abrede stelle, daß das in großen Teilen so auch gewesen ist und man eben dahin fuhr, weil es irgendwie einmal in dem Gewerkschaftsplan oder in anderen solchen Vorhaben gestanden hat. Aber was das Schlimme eigentlich dabei war: die Wissenserinnerung war selektiert und die Herzenserinnerung auf ganz andere gerichtet, auf die, die in diesem Staat durch ihre biographische Tradition so etwas wie einen unverbrüchlichen Zusammenhang mit den besten und größten Tradition des deutschen Volkes symbolisierten. Die Herzenserinnerung galt also nicht den Opfern; und das war meiner Ansicht nach die eigentlich schlimmste Perversion dieser gesamten Erinnerungskultur. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Frau Kollegin Gleicke.

Abg. Iris Gleicke (SPD): Herr Gauck sprach vorhin von der Anschauung als Erfordernis und ich stimme ihm zu, gerade auch für mich als einer etwas jüngeren, die also zum Beispiel an die innerdeutsche Grenze nie geraten ist. Auch wenn ich daran denke, was einmal auf meinen Sohn zukommt, also wie bringe ich einmal meinem Sohn DDR-Vergangenheit bei, der 1989 zwei Jahre alt war, das ist alles ein bißchen schwierig und genau da will ich hin, Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, genau an den Point Alpha will ich. Sie haben dargestellt, wie sehr sich das Land Thüringen engagiert für Gedenkstätten. Sie sprachen von Mödlareuth, das in bayrische Richtung liegt, Sie sprachen auch von Point Alpha, das in Richtung Hessen liegt. Also wir haben eine ganze Menge dieser Gedenkstätten, und die längste Grenze der alten DDR zur Bundesrepublik Deutschland an die verschiedenen Bundesländer grenzend erfordert eine ganze Menge Geld. Jetzt frage ich ganz einfach etwas praktisch und spitz und damit auch in Richtung aller Kolleginnen und Kollegen in dieser Kommission: während man sich immer am 17. Juni vor 1990 an solchen Punkten von der Westseite her die Klinke in die Hand gab, um das Gedenken möglich zu machen, ist heute die Frage der Mitfinanzierung solcher Grenz Museen sehr schwierig. Ich frage den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen: Erwarten Sie sich mehr Engagement auch von den Kollegen aus den alten Bundesländern, denn Sie sprachen von der gemeinsamen deutschen Geschichte? Ich schließe mich dem ausdrücklich an, erhoffen Sie auch von dieser Kommission vielleicht ein gewisses Engagement in die Richtung der Ministerpräsidenten? Denn es ist nicht nur unsere Grenze gewesen, sondern es war eben auch die Grenze der Deutschen auf der anderen Seite. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank. Herr Ministerpräsident Vogel.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: Herr Professor Faulenbach, also Sie haben ganz Recht, nicht nur die Diktaturen, sondern auch die Freiheitstraditionen sind zu erinnern. Wenn wir die Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland und in Europa betrachten, können wir immerhin drei Jahre vor Ende dieses Jahrhunderts sagen, daß alle Freiheitstraditionen überlebt haben. Deswegen scheint mir der Gedanke, auf Schloß Ettersburg nicht nur die Diktaturen, sondern auch ihre jeweiligen Ende zu erforschen, produktiv, übrigens auch im Hinblick auf Diktaturen, die es anderswo in der Welt ja noch gibt, aber in Europa jedenfalls, wenn wir einmal großzügig sind, nicht.

Bismarck würde ich als Bismarck sehen. Es ist gar keine Frage, da brauche ich ja hier keinen Vortrag darüber zu halten, daß Bismarck eine der wesentlichsten Gestalten des Deutschen Reichs nach 1870 gewesen ist und daß er sehr vieles auf den Weg gebracht hat, wovon wir heute noch leben, wie z. B. die Sozialgesetzgebung. Aber er hat nun weiß Gott keine Freiheitstradition begründet. Er hat immerhin eine Rechtstradition gegründet, das schon. Aber auf die Idee, ihn in die Reihenfolge der von Ihnen genannten Personen wie Heuss und sonstigen Stiftungen hinsichtlich der Freiheitstradition zu setzen, würde ich nicht kommen. Aber auf die Idee, daß man ihn und sein Erbe und seine Bedeutung, weil

sie ganz herausragend sind, auch schützen muß, kann man kommen. Aber zwei Stiftungen müssen ja nicht das gleiche wollen. Und in der Tat kann ich nicht, nur weil es eine Heuss-, Adenauer- und Brandt-Stiftung gibt, und es kommen ja vielleicht noch ein paar, aus dem Bismarck einen frühen Theodor Heuss machen. Das geht natürlich nicht. Zur Inflation an Bismarckbiographien: gerade die Bismarckbiographien, die diesen Herbst erschienen sind, zeigen ja die Vielschichtigkeit des Problems, denn jede ist total anders, aber das ist nicht Gegenstand hier.

Ettersburg, europäische Ebene, will ich ausdrücklich noch einmal betonen. Der Gedanke ist, allen Diktaturen im Europa des 20. Jahrhundert nachzugehen, wobei ich betone, nur Deutschland hatte zwei. Das brauchen wir ja nun nicht als Verdienst mit uns herumtragen und deswegen dürfen wir ja wohl nicht übersehen, daß es das Phänomen der Diktaturen im 20. Jahrhundert in Europa vielschichtig gegeben hat. Das, was ich jetzt sage, sollte möglichst kein Deutscher sagen, sondern ein Franzose oder ein Italiener: Wir dürfen die Diktaturen und ihre Helfershelfer und Franco und Mussolini nicht völlig übersehen, nur weil sie nicht so grausam waren wie die nationalsozialistische. Deswegen europäisch und ich möchte gerne, daß das auf Ettersburg von vornherein eine europäische Dimension in der Fragestellung hat und nicht nur eine deutsche. Es kann auch mal getagt werden, aber es soll vor allem geforscht werden. Ich würde Ihnen gerne das einmal ein bißchen detaillierter darlegen, als das jetzt nach dreimaliger Verlängerung geht, aber das ist die Richtung. Frau Gleicke, natürlich beantworte ich die Frage, erwarten Sie mehr Engagement auch von den westdeutschen Kollegen, mit einem klaren Ja. Ich füge aber hinzu, nicht mit einem jammernden Ja, sondern mit einem hinweisenden Ja. Und dieses Ja besteht darin: wir müssen, in welcher Weise auch immer, der Erhaltung der Möglichkeit, Ihrem Enkel sogar noch zu zeigen, zu was Menschen fähig sind, Aufmerksamkeit schenken. Da gehört eben Mödlareuth dazu. Ein Dorf von 160 Einwohnern, wo die Grenze durch die Straße ging und der eine Bruder da und der andere Bruder dort wohnte. Zur Beerdigung mußte man – in der schon liberalisierten Zeit – erst von München nach Berlin und dann nach Mödlareuth. Dann konnte der Bruder unter Umständen, wenn es sehr großzügig zuging, auf der anderen Straßenseite seinen Bruder beerdigen, das ist vorgefallen dort. Dieses Mödlareuth muß erhalten bleiben in seiner ganzen Unsinnigkeit und auch der Point Alpha. Wobei es mir jetzt vor dieser hohen Kommission nicht darum geht, einzelne Orte unbedingt zu benennen, sondern nur zu sagen, es wächst Gott sei Dank über den Grenzstreifen in einem Ausmaß Gras im wörtlichen Sinn, daß schon in 10 Jahren kein Mensch mehr versteht, was wir ihm sagen, wenn wir ihm sagen, da sei geschossen worden. Dagegen muß etwas geschehen, hier in Berlin natürlich, das ist ja gar keine Frage, aber eben auch unterwegs auf den 750 Kilometern muß es ein paar solcher Punkte geben, damit das sichtbar gemacht wird, oder damit das sichtbar ist. Und da bitte ich gar nicht und jammere nicht, kürzt uns die Mittel nicht, sondern einfach, nehmt das bitte wahr, daß das ist. Der 17. Juni, an dem man eine Stunde Feier machte, an die Schwestern und Brüder aus dem Osten dachte, und auf dem Heim-

weg fragte, wie man die Zonenrandzuschüsse verwertet, gibt es nicht mehr. Sondern jetzt gibt es den Ärger, daß der Zuschuß in Sonneberg höher ist, als in Coburg, und daß das eigentlich ganz unerhört sei, daß es die Zonenrandförderung nicht gäbe. Und so ganz unberechtigt ist das ja nicht, weil natürlich auch Coburg bis heute darunter leidet, plötzlich Grenzstadt gewesen zu sein.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herr Gauck.

Joachim Gauck: Danke. Zur Frage von Herrn Professor Faulenbach. Ich habe zurückgegriffen auf ein paar Überlegungen, die ich im Frühjahr, als die Enquete-Kommission sich noch nicht so festgelegt hatte, gemacht hatte. Diese verschiedenen Aufarbeitungseinrichtungen, die entweder ganz aus öffentlichen Haushalten finanziert werden oder ohne Zuschüsse jedenfalls nicht arbeitsfähig wären, irgendwie gesichert werden müssen. Und mir erschien, und so habe ich das damals formuliert, daß wir künftig solche Zuschüsse brauchen. Aufbau und Erhalt solcher Gedenkstätten ist aber eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, deshalb sollen sie auch durch Unterstützung öffentlicher Stellen dauerhaft gesichert werden. Es bietet sich an, den für solche Vorhaben vorgesehenen Finanzierungsschlüssel 50 % Bund – 50 % Mittel der Bundesländer zugrunde zu legen. Doch gerade für Berlin sollte der Bund doch bereit sein wegen der nationalen Bedeutung der Elemente, die hier zu sichern wären, entsprechend höhere Beiträge aufzubringen. Deshalb habe ich damals gemeint, daß möglicherweise so ein Gedanke einer Topographie des zweiten Terrors an dieses von der Enquete-Kommission angedachte Modell heranzubringen sei. Daß man diesen Versuch, den die Enquete-Kommission etwas genauer definiert hat, unternimmt, und bestimmte Dinge, die man wirklich, auch mit öffentlichen Mitteln erhalten wissen möchte, einmal zusammendenkt. Ich will ja nicht sagen, das muß so sein, aber man muß jetzt das noch einmal überlegen. Das mit den öffentlichen Kassen wird ja nicht besser und deshalb müßte man so lange die Enquete-Kommission besteht und diesem Parlament mit einem so starken Willen die Aufarbeitung so wichtig ist, jetzt die Weichen stellen. Egal ob und wann und in welcher Weise man solche Stiftungsideen größer oder kleiner verwirklicht. Übrigens bin ich auch mit solchen Ideen, und Professor Wilke oder andere auch, im Kanzleramt vorstellig geworden. Ich habe gesagt, nun, was ist jetzt, soll das nun jetzt alles zerlaufen, oder ist das nicht eine Aufgabe von erheblichen Dimensionen?

Ich will aber noch ganz kurz zu Professor Mocek Stellung nehmen, weil es mich wirklich überrascht hat. Wir haben ja offensichtlich doch sehr unterschiedliche Lebenswege, obwohl wir wahrscheinlich ähnlich alt sind, ich dürfte nur wenig älter sein als er. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß er es sich hätte leisten können, nicht nach Buchenwald zu gehen. Ich bin aus den von Ihnen genannten Gründen natürlich nicht da gewesen und heute, nachdem also dies nicht mehr zum Teil auch Herrschaftsarchitektur ist, heute gehe ich da hin. Ich bin auch nach Treptow gegangen, nachdem das dann alles ein bißchen anders geworden war. Vorher hielt ich das nicht für so wichtig. Das interessiert mich, das zu hören, wie es Ihnen gegangen ist. Und mich bewegt auch,

daß Sie aus Ihren Parteidokumenten zitiert haben, daß Aufarbeitung bei einer Partei, die sich neu definierte, höchst defizitär ist zur Zeit. Ich bin sehr dankbar, daß nicht immer nur ich das sage, sondern das Sie das sagen.

Ich muß noch zu Frau Gleicke etwas sagen, obwohl ich gar nicht angesprochen bin. Frau Gleicke, ich weite das aus, was Sie wollen. Ich finde das eine sehr interessante Frage, wer finanziert in Deutschland was. Und wir fragen ja bei dem, was sich diese Kommission zum Thema gesetzt hat: Wie sichern wir für die Bewußtmachung der Werte und Inhalte der Demokratie die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben? Und dann ist es eben wichtig, daß wir begreifen: zur demokratischen Erinnerungskultur gehört das Wissen. Und die Demokratiegeschichte der ganzen Nation wurde auch im Osten geschrieben und darum müssen Bund und Länder das als einen nationalen Identitätsgewinn sehen. Es ist ein nationaler Gewinn, daß wir im Osten alle Freiheitstraditionen erneuert haben, die nur sehr spärlich 1848 in Südwestdeutschland usw. geflossen sind. Es gibt authentische Verbindungen des deutschen revolutionären Südwestens des vorigen Jahrhunderts zu den Revolutionären, die es noch nicht sein konnten, aber gerne wollten, vom 17. Juni 1953 und denen von 1989. Das gehört in die gesamtdeutsche Freiheits- und Demokratietradition hinein und darum können nicht ein paar Kommunen an der Grenze oder diese verarmten östlichen Bundesländer dies alleine tun. Sondern es müssen die, denen die Traditionsbildung der freiheitlichen Demokratie am Herzen liegt, hier eine gemeinsame kulturelle Aufgabe erblicken. Das wollte ich noch einmal sagen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich danke Ihnen beiden, daß Sie, ich glaube einen sehr, sehr nachdenklich machenden, aber auch wegweisenden, bedenkenswert erscheinenden Vormittag mitgestaltet haben, der für die Berichterstattergruppe Gedenkstätten der Kommission wichtige Hinweise gegeben hat. Zum Verfahren selbst will ich nur Sie beide darüber informieren: wir werden nun, nachdem wir heute die letzte öffentliche Anhörung für die Gedenkstätten haben, an die Hausarbeiten im Stillen gehen, um dann einen Bericht über dieses Thema der demokratischen Erinnerungskultur und die Stellung der Gedenkstätten zu erarbeiten, zu formulieren – hoffentlich in großer Übereinstimmung. Es gibt nur ein Thema, das diese Übereinstimmung immer wieder in Gefahr bringt und das ist die Finanzierung. Da werden wir auf einmal dann Opposition und Koalition; für alle, die in der Politik sind, völlig normal. Aber ich hoffe, daß wir trotzdem einen wichtigen Beitrag zu dem leisten werden, was heute hier von den Grundsätzen her gesagt wurde. Herzlichen Dank, die Mittagspause dauert 30 Minuten, länger geht es nicht, und dann gehen wir an die sehr praktischen Fragen des Nachmittags.

[Unterbrechung der Sitzung]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Nun, wir beginnen jetzt mit dem zweiten großen Block unserer heutigen Anhörung. Ich darf dazu Herrn Professor Rürup aus Berlin und Herrn Professor Dr. Schäfer aus Bonn begrüßen, die uns einführen werden in die Grundlagen zur praktischen Arbeit, die dann im dritten

Teil behandelt wird. Die Diskussion wird Herr Professor Bernd Faulenbach leiten. Ich darf Sie bitten, Herr Professor Rürup, zu beginnen. Ab jetzt bin ich schweigsam, und Herr Professor Faulenbach wird alles Weitere machen.

Prof. Dr. Reinhard Rürup: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist in der Bundesrepublik heute erfreulicherweise unstrittig, daß die politische Kultur einer demokratischen Gesellschaft auf ihre historische Dimension nicht verzichten kann. Das gilt ebenso für die negativen wie für die positiven Aspekte der gemeinsamen Geschichte. Es gilt einerseits, das reiche Erbe unserer Geschichte zu bewahren und insbesondere die menschenfreundlichen und freiheitsliebenden Traditionen zu sichern. Und es geht andererseits darum, die Erinnerung an Fehlentwicklungen und Katastrophen, an Leid und Terror wachzuhalten, um möglichen Rückfällen, aber auch einer naiven Selbstgerechtigkeit der Spätergeborenen vorzubeugen. Je größer das Tempo des technischen Fortschritts und der mit ihm verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen unserer sozialen Lebenswelten ist, desto bedeutsamer wird die Geschichte als ein Gegengewicht und als ein mögliches Korrektiv allzu zukunftsgläubiger Beschleunigungen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Geschichte wird daher auf absehbare Zeit mit Sicherheit nicht ab- sondern zunehmen. Im vereinigten Deutschland kommt hinzu, daß die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit seit 1990 an Gewicht gewonnen und nicht verloren hat. Die Bundesrepublik würde innen- wie außenpolitisch einen großen Fehler machen, wenn sie diese Auseinandersetzung nicht geradezu demonstrativ fördern würde, wie es ja auch bei einem Teil der KZ-Gedenkstätten, dem Denkmal für die ermordeten Juden und einigen anderen Einrichtungen bereits geschieht.

Ähnliches gilt für die unverzichtbare Auseinandersetzung mit dem Erbe der SED-Herrschaft bzw. der kommunistischen Herrschaft in einem Teil Deutschlands seit 1945. Hier geht es natürlich in erster Linie um Berlin und die neuen Bundesländer, doch handelt es sich ohne Zweifel um eine nationale Aufgabe und nicht um eine regionale Angelegenheit. Ohne die sorgfältige Aufarbeitung auch dieser Geschichte würde der politischen Kultur der Bundesrepublik ein wichtiger Teil ihres Fundaments fehlen. Man mag es deshalb wenden wie man will, unsere demokratische Ordnung braucht Geschichte, und sie braucht nicht zuletzt die mahnende Erinnerung an die Tiefpunkte dieser Geschichte.

Ein zweiter Punkt: Die Erinnerungskultur einer Gesellschaft kennt viele Ausdrucksformen, die Literatur, die bildenden Künste oder die auf historische Ereignisse bezogenen Veranstaltungen und Feste. Vor nicht langer Zeit waren auch noch volkstümliche Lieder oder historische Balladen wichtig. Vieles entsteht spontan, über anderes wird in unterschiedlich geregelten Verfahren entschieden. Ausstellungen und Museen haben seit langem Konjunktur, und die ständig wachsende Anzahl von Besuchern zeigt, daß dieses Angebot auf ein breites Interesse stößt. Die Zahl der Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Erinnerungsorte hat sich in den letzten 15 bis 20 Jahren erheblich vermehrt. Und die Diskussionen über Denkmäler oder über die Benennung oder Umbe-

nennung von Straßen, Plätzen und Gebäuden finden ein lebhaftes Interesse. Geschichtswerkstätten und andere Bürgerinitiativen spielen seit Beginn der 80er Jahre eine wichtige Rolle im öffentlichen Umgang mit Geschichte. Aber auch Parlamente, Regierungen und Behörden haben die Bedeutung der Geschichte besser erkannt als in früheren Zeiten. Dabei werden die Akzente durchaus unterschiedlich gesetzt. Es gibt kein einheitliches und erst recht kein verbindliches Geschichtsbild, wohl aber einen, in Einzelfällen gewiß immer wieder aufgebrochenen, demokratischen Grundkonsens hinsichtlich des Umgangs mit der Geschichte. Die Erinnerungskultur einer demokratischen Gesellschaft ist genau auf diese Verbindung von Offenheit, Pluralität, Konfliktfähigkeit einerseits und demokratischem Grundkonsens andererseits angewiesen. Sie gilt es daher zu bewahren und zu pflegen.

Drittens, wenden wir uns nun der Geschichte des Nationalsozialismus einerseits und der Geschichte der SED-Herrschaft andererseits zu, so ist zunächst festzustellen, daß es die unabweisbare Pflicht einer demokratischen Gesellschaft ist, der Menschen zu gedenken, die sich gegen das Unrecht aufgelehnt, also Widerstand geleistet haben, oder die ohne ihr eigenes Zutun zum Opfer der Gewalt geworden sind. Und dieses Gedenken darf nicht allein den jeweiligen Opfergruppen und ihren Angehörigen überlassen bleiben, sondern muß öffentlich und unübersehbar sein. Deshalb brauchen wir Gedenkstätten, und das nicht nur vereinzelt, sondern an vielen Orten. Hier unterscheide ich mich ein wenig von dem, was Herr von Dohnanyi ausgeführt hat. Wer fürchtet, daß unsere Gesellschaft durch eine große Zahl von Gedenkstätten überfordert würde, muß sich nur an die unübersehbare Zahl der Kriegerdenkmäler erinnern, die auch in den kleinsten Orten zu finden sind und in großen Städten in entsprechend großer Zahl. Man muß daran arbeiten, daß die Gedenkorte, die an die Opfer politischer oder rassistischer Verfolgung erinnern, ein ebenso selbstverständlicher Bestandteil des öffentlichen Raumes werden, wie es einst die Kriegerdenkmäler waren und es teilweise noch sind.

Wir haben es allerdings nicht nur mit Gedenkstätten zu tun, sondern auch mit Orten, an denen an die Täter erinnert werden muß. Das gilt für die „Topographie des Terrors“, für das „Haus der Wannsee-Konferenz“, aber auch für die Normannenstraße und andere historische Orte, an denen Verbrechen geplant, vorbereitet, verwaltet wurden. Der Täter kann nicht gedacht werden, über sie kann nur aufgeklärt werden. So richtig es ist, daß man nicht über Täter sprechen kann, ohne an die Opfer zu denken und umgekehrt, so sind doch die Akzente sehr unterschiedlich zu setzen, und eine unscharfe Verwendung des Begriffs Gedenkstätte trägt nicht zur Klärung bei. Zwar sollen Gedenkstätten immer auch Lern- und Denkorte sein, doch sind nicht alle Lern- und Denkorte gleichzeitig auch Gedenkstätten. Man sollte also von Gedenkstätten „und ähnlichen Einrichtungen“ sprechen, den Gedenkstättenbegriff also nur als ein Kürzel benutzen, wie es ja auch bei der Arbeit dieser Kommission geschieht.

Viertens, das Gedenken und Erinnern kann auf unterschiedliche Weise und an unterschiedlichen Orten geschehen. Man kann Museen bauen, Ausstellungen

zeigen oder Denkmäler errichten, und jeder dieser Zugänge hat seine spezifische Berechtigung und seine besonderen Wirkungsmöglichkeiten. Unbestritten ist jedoch, daß den authentischen Orten eine besondere Bedeutung nicht nur für das Gedenken, sondern auch für die Aufklärung über das historische Geschehen zukommt. In der unmittelbaren Begegnung mit den sichtbaren Spuren, den Überresten der Geschichte, lassen die Menschen diese Geschichte näher an sich herankommen, werden sie aufnahmebereiter für das, was an diesen Orten und darüber hinaus geschehen ist. Vor allem in der jüngeren Generation hat bis heute die Begegnung mit den sogenannten Zeitzeugen, d. h. mit Menschen, die die Geschichte erlebt und erlitten haben, eine große, kaum zu überschätzende Rolle gespielt. Da die Zahl solcher Zeitzeugen für die NS-Zeit immer kleiner wird, und mit leichten Einschränkungen gilt das auch für die politisch Verfolgten der frühen Nachkriegszeit, wird die Bedeutung der authentischen Orte künftig zunehmen, weil nur noch über sie eine Art unmittelbarer Begegnung mit dieser Geschichte möglich sein wird. Es ist deshalb heute noch dringlicher als bisher, diese Orte mit ihrer historischen Substanz zu erhalten und insofern einen aktiven Denkmalschutz zu betreiben. Mit jedem Versäumnis entstehen unersetzliche Verluste oder unverhältnismäßig hohe Kosten durch verspätete Restaurierungsarbeiten.

Es ist bekannt, daß es zu Spannungen, auch zu heftigen Konfrontationen an den Orten gekommen ist, an denen nicht nur vor, sondern auch nach 1945 Lager bestanden. Hier überlagern sich aufgrund der räumlichen Identität zwei Geschichten, die sonst säuberlich getrennt werden. Für beide Geschichten handelt es sich jedoch um einen authentischen Ort, und es kann keinen Zweifel daran geben, daß deshalb auch beiden Geschichten Raum gegeben werden muß. Das in Sachsenhausen wie in Buchenwald entwickelte Konzept der Dezentralisierung der Gedenkstätten sollte als Grundlage eines geregelten Miteinanders dienen können. Es kann hier kein Entweder-Oder geben, auch wenn es aus vielen Gründen, und einige sind heute morgen schon genannt worden, gerechtfertigt ist, daß in der Gesamtplanung die Geschichte des Konzentrationslagers im Vordergrund steht. Angesichts der vielfältigen Verletzungen und des tiefstehenden Mißtrauens wird man hier auf die Erarbeitung genauerer Kenntnisse hinsichtlich der Lager nach 1945 und für die Übergangszeit auf Geduld und zunehmende Toleranz setzen müssen.

Fünftens, weil es in der Bundesrepublik eine so große Zahl von Orten gibt, die an die nationalsozialistischen Verbrechen und ihre Opfer erinnern, besteht auch kein Bedarf für ein zentrales Holocaust-Museum, wie es von einer Initiativegruppe vorgeschlagen und von manchen Politikern unterstützt wird. Auch darüber ist ja heute morgen bereits gesprochen worden. Das scheinbar naheliegende Argument, daß es in Deutschland wichtiger als in den USA sein müsse, ein nationales Holocaust-Museum zu errichten, ist alles andere als zwingend, da es in Deutschland viele andere und zwar authentische Orte gibt, auf die Gedenken und Aufklärung sich beziehen können. Allein die großen KZ-Gedenkstätten ziehen jede für sich jährlich mehrere Hunderttausend Besucher an, und es ist kein sachlicher Grund dafür zu sehen, die dezentral gewachsene Gedenk-

stättenlandschaft zentralisierend zu überformen. Die öffentlichen Mittel, die für ein solches Zentralmuseum gebraucht würden, werden sehr viel dringlicher für die Erhaltung der baulichen historischen Zeugnisse in den bestehenden Gedenkstätten benötigt. Von dieser Überlegung ganz zu trennen ist meines Erachtens die Diskussion um ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, da es sich dabei weder um ein Museum noch um eine Gedenkstätte handelt. Ich verstehe diese Pläne vielmehr so, daß mit dem Denkmal anlässlich der Verlagerung der Hauptstadtfunktionen von Bonn nach Berlin ein deutlich sichtbares Zeichen gesetzt wird, daß man sich auch im vereinigten Deutschland der nationalsozialistischen Vergangenheit bewußt bleibt. Und aus diesem Grunde hoffe ich auch, daß die Bemühungen um das Denkmal trotz aller offensichtlichen Komplikationen erfolgreich sein werden.

Sechster und letzter Punkt dieser einführenden Überlegungen: Fragen wir nun nach den Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit an den Orten der Erinnerung, den Gedenkstätten, Museen, Lern- und Denkort, so ist zunächst festzustellen, daß in vielen Einrichtungen nicht nur sehr erfolgreich, sondern auch ausgesprochen reflektiert gearbeitet wird. Es gibt in der Gedenkstättenarbeit nicht nur theoretische Ansätze, sondern auch vielfältige praktische Erfahrungen, die auf die Theorie zurückgewirkt haben, so daß man von einer sehr produktiven gegenseitigen Durchdringung von Theorie und Praxis sprechen kann. Mit den hier anschließenden Bemerkungen sollen deshalb nur einige wenige Akzente gesetzt werden.

Wichtig scheint mir, daß Gedenkstätten und ähnliche Einrichtungen in einem ständigen Austausch mit der sie umgebenden Gesellschaft stehen. Sie dürfen nicht zum Alibi einer Gesellschaft werden, diese Gefahren hat Herr von Dohnanyi heute morgen ja angesprochen, einer Gesellschaft, die sich ansonsten der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Vergangenheit entzieht. Sie müssen vielmehr in diese Gesellschaft hineinwirken, Fragestellungen und Kenntnisse vermitteln, die Augen öffnen für Spuren der Geschichte auch an anderen Orten. Sie sollen also Stützpunkte der Erinnerung sein, in einem positiven Sinne Orte des Anstoßes.

Gegenwartsbezüge sind für einen produktiven Umgang mit der Geschichte unerlässlich, aber sie dürfen nicht aufgepfropft werden. Balkenüberschriften mit den sogenannten Lehren aus der Geschichte fördern den individuellen Erkenntnisprozeß nicht, sondern erschweren ihn. Die Geschichte darf nicht zu einer Sammlung von Beispielen für bereits fertige Antworten werden. Gerade die Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Verbrechen und seiner Opfer darf nicht für Gegenwartsinteressen, und seien sie noch so gut gemeint, instrumentalisiert werden. Wenn die Geschichte einen Nutzen für Gegenwart und Zukunft haben soll, muß sie in ihrer Widersprüchlichkeit und Sperrigkeit ernst genommen werden.

Wenn man möchte, daß die Menschen sich auch künftig für die Geschichte des Nationalsozialismus interessieren, muß diese so konkret wie möglich dargestellt werden. Man muß bei dem Schicksal einzelner Menschen, bei der Ge-

schichte spezifischer Orte, bei konkreten Vorgängen und Verhaltensweisen ansetzen, man muß individualisieren, ohne die allgemeinen Zusammenhänge dabei zu vernachlässigen. Auch dieses Problem ist heute morgen ja bereits erörtert worden. Wie das erfolgreich geschieht, wird der Besucher von sich aus nach den größeren Zusammenhängen fragen, auch Gegenwartsbezüge herzustellen versuchen. Man sollte, wo immer möglich, vom Besonderen zum Allgemeinen aufsteigen und nicht Belege für allgemeine Aussagen anbieten. Aus der Arbeit an den authentischen Orten kann auf diese Weise ein eigenständiges Profil der historisch politischen Bildungsarbeit entstehen.

Gedenkstätten müssen in den von ihnen vermittelten Informationen so genau wie möglich sein. Das schließt eigene Recherche- und Forschungsleistungen in erheblichem Umfang ein, da die allgemeine Literatur in der Regel nicht spezifisch genug ist. Wenn Gedenkstätten Fragen provozieren möchten, müssen sie auch Antworten geben können, und deshalb brauchen sie die Forschungsarbeit, brauchen sie das Potential der Forschung bei ihren ständigen Mitarbeitern, nicht bei einem nur von Zeit zu Zeit hinzugezogenen Personal. In der Aufarbeitung der Geschichte darf es kein Frageverbot und auch keine Ausgrenzung oder Nichtberücksichtigung verfügbarer Quellen geben. Die Geschichte muß so dargestellt werden, wie sie gewesen ist bzw. wie man sie ermitteln kann und nicht, wie man sie gerne gehabt hätte. Daß dabei der Umgang mit den Opfern und ihrem Schicksal eine besondere Sensibilität verlangt, sollte sich von selbst verstehen.

Darüber hinaus bedarf – um zwei letzte Überlegungen in diesem Zusammenhang noch aufzunehmen – die Gedenkstättenarbeit auch einer klaren normativen Orientierung. Gegenüber Unmenschlichkeit und Völkermord kann es keine Neutralität geben. Wer über politische Verbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit und deren Opfer aufklärt, muß von Recht und Gerechtigkeit, von Menschen- und Bürgerrechten sprechen. Nur auf diese Weise kann das Lernen aus den Schrecken auf die Zukunft hin ausgerichtet sein.

Und eine letzte Bemerkung: Man wird die nachfolgenden Generationen nach meiner Einschätzung nur dann für die Gedenkstättenarbeit gewinnen können, wenn man ihre Interessen ernst nimmt. Bei diesen Interessen wird die Beschäftigung mit der Vergangenheit, sei es der Nationalsozialismus oder auch die SED-Herrschaft, mit Sicherheit nicht an erster Stelle stehen. Die Prioritäten werden bei Arbeit und Wohnen, Bildung und Ausbildung, Demokratie und Menschenrechten liegen. Nur wenn man bereit ist, das anzuerkennen, wird man die Chance haben, nachfolgende Generationen davon zu überzeugen, daß auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus wichtig für die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft ist. Es ist also ein Plädoyer dafür, nicht, wie es sehr häufig geschieht, naiv anzunehmen, daß jedermann sich dafür interessieren müsse und es auch tatsächlich tue. Nur dann, denke ich, wenn Jugendliche, aber auch nicht nur die Jugendlichen, in ihren Interesselagen ernst genommen werden, sind sie auch bereit, sich auf das ein-

zulassen, was Historiker oder diejenigen, die politische Bildungsarbeit mit Geschichte leisten, ihnen sagen möchten.

Ich komme zu dem zweiten, kürzeren Teil meiner Ausführungen. Ich bin gebeten worden, noch einmal auf die Kriterien für eine Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten einzugehen, da ich 1994 in Sachsenhausen bei der gemeinsamen Anhörung von Innenausschuß und Enquete-Kommission einige solche Punkte genannt habe. Ich versuche das, indem ich die neun Punkte, die ich damals formuliert habe, wiederhole, kommentiere und teilweise ergänze. Es geht, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen, um Kriterien für die Entscheidung über die Förderung bzw. Weiterförderung, da der Bund ja in einer nicht geringen Zahl von Fällen bereits engagiert ist, von Gedenkstätten und ähnlichen Einrichtungen durch die Bundesregierung.

Erstens, die damalige These lautete: „Es muß sich um einen Ort von zentraler historischer Bedeutung handeln“. Hier scheint es mir sinnvoll, statt von „zentraler“ von „herausragender“ Bedeutung zu sprechen, da die Zentralität oft schwer zu bestimmen ist. Gemeint ist, daß es sich nicht lediglich um lokale oder regionale Geschichte handeln soll, sondern die mit dem Ort verbundene Geschichte von nationaler oder internationaler Bedeutung sein soll.

Zweite These: „Die Authentizität des historischen Ortes muß konkret vermittelbar sein“. Gemeint ist, daß es sich um einen Ort handeln soll, an dem sich Geschichte ereignet hat, und daß die historischen Gegebenheiten selbst nach Abrissen oder Überbauungen von den Besuchern noch konkret erfahren werden können. Der Ort soll sich also von einem zeithistorischen Museum an beliebigem Ort unterscheiden.

Drittens: „Die Gedenkstätte muß im Hinblick auf das NS-System bzw. die SBZ und DDR ein spezifisches, unverwechselbares Profil aufweisen“. Das bedeutet, daß die Gedenkstättenlandschaft, für die eine nationale und internationale Bedeutung beansprucht wird, arbeitsteilig gegliedert sein soll. Das schließt partielle Überschneidungen jedoch ebensowenig aus wie die Möglichkeit, beispielsweise eine gut überlieferte Gestapo-Leitstelle, die nur von regionaler Bedeutung war, exemplarisch zur Geltung zu bringen, wenn anderswo entsprechende Überlieferungen fehlen.

Viertens, die These hieß: „Es muß ein ausformuliertes, differenziertes Konzept für den Auf- und Ausbau sowie die konkrete Arbeit der Gedenkstätten vorliegen“. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein und bedarf meines Erachtens keines weiteren Kommentars.

Deshalb gleich fünftens: „Das Konzept soll unter wissenschaftlichen und museologischen Gesichtspunkten geprüft und akzeptiert sein“. Gemeint ist eine Art Gutachterverfahren durch Sachverständige. Von Bedeutung ist dabei natürlich die Frage, wer die Gutachter beruft oder einsetzt. Das können die Institutionen sein, von denen eine Finanzierung erwartet wird, also das Bundesinnenministerium für die Bundesregierung. Es können sich auch die Trägerinstitutionen zusammenschließen. In anderen Fällen ist es bisher auch akzeptiert wor-

den, wenn das Konzept bereits unter Beteiligung namhafter in- und ausländischer Experten erarbeitet worden ist. Bei schwerwiegender Kritik an dem Konzept sollte den Verantwortlichen die Möglichkeit gegeben werden, eine verbesserte Fassung vorzulegen.

Sechstens: „Die Gedenkstätte muß hohe Besucherzahlen aufweisen oder künftig mit ihnen rechnen können“. Das ist mißverständlich formuliert worden und bedarf der Präzisierung. Eine rein quantitative Bewertung ist natürlich problematisch, und die Formulierung „hohe Besucherzahlen“ ist zugegebenermaßen vage. Gemeint ist, daß nicht allein die historische Bedeutung eines Ortes ausschlaggebend sein soll, sondern auch die Frage zu berücksichtigen ist, ob die betreffende Gedenkstätte eine reelle Chance hat, ein größeres Publikum zu finden. Mit anderen Worten, es sollte eine Einschätzung der Erfolgsaussichten der Gedenkstätte stattfinden.

Siebtens: „Die Gedenkstätte soll durch das inhaltliche Engagement von Opfer- und Betroffenenverbänden sowie von Bürgerinitiativen mitgeprägt sein“. Gemeint ist, daß die Gedenkstätten nicht von oben verordnet, sondern durch die Verbände und Initiativen in der Gesellschaft verankert sein sollen. Wo es um das Gedenken an die Opfer geht, sollte die Beteiligung der einschlägigen Verbände eine Selbstverständlichkeit sein, auch wenn diese Beteiligung nicht immer problemlos sein wird, wie wir insbesondere von Buchenwald und Sachsenhausen wissen.

Achtens: „Die Gedenkstätte soll in größere nationale und internationale Zusammenhänge eingebunden sein“. Jede Isolierung führt leicht zur Provinzialisierung. Es ist gerade für die größeren Gedenkstätten wichtig, daß sie in ständigem Austausch mit vergleichbaren Einrichtungen arbeiten und zwar im In- und Ausland. Das sollte die Personen ebenso wie die Programme betreffen. Wenn der Gedenkstätte die Einbindung in die größeren Diskussions- und Arbeitszusammenhänge nicht gelingt, sind Zweifel an ihrer Förderungswürdigkeit angebracht.

Neuntens – und das ist der letzte Punkt der damaligen Liste: „Das jeweilige Bundesland muß sich deutlich zugunsten der Gedenkstätte engagiert haben“. Nach dem gegenwärtigen Stand bedeutet das, daß das Bundesland sich an dem Haushalt und an den Investitionskosten mit mindestens 50 % beteiligt. Auch wenn der Bund einige Einrichtungen wegen ihrer nationalen und internationalen Bedeutung künftig ganz finanzieren würde, bliebe die Forderung sinnvoll, da das Bundesland Vorleistungen erbringen muß und auch bei einer ausschließlichen Finanzierung durch den Bund wesentlich an der Trägerschaft der betroffenen Einrichtung beteiligt sein wird.

Nach meiner Überzeugung sind, wie Sie gemerkt haben, die genannten Punkte mit den hier vorgenommenen Präzisierungen und Modifizierungen weiterhin tragfähig. Allerdings scheint mir die Liste in zwei Punkten ergänzungsbedürftig.

Erstens gibt es nach meiner Auffassung keinen überzeugenden Grund, und das habe ich auch damals schon erwähnt, aber nicht in die neun Punkte aufgenommen, warum die Beteiligung des Bundes sich ausschließlich auf Einrichtungen in den neuen Bundesländern erstrecken sollte. Die großen KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau, Neuengamme, die Stätten der Euthanasiemorde, große Kriegsgefangenenlager und anderes mehr fallen auch in den alten Bundesländern unter eine gesamtstaatliche Verantwortung und sollten deshalb gleichberechtigt in das Förderprogramm einbezogen werden.

Zweitens, die Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik ist durch eine große Zahl von mittleren und kleinen, kleineren Einrichtungen charakterisiert, insgesamt deutlich über 50 Einrichtungen, die als solche organisiert und mehr oder weniger etabliert sind, auch über eigene Mitarbeiter verfügen. Sie befinden sich in unterschiedlicher Trägerschaft, unterstützt von den jeweiligen kommunalen Einrichtungen und den Ländern, in Einzelfällen auch durch den Bund. Diese dezentrale Struktur hat sich insgesamt sehr bewährt, weil sie sehr unterschiedliche Organisationsformen zuläßt und ein Maximum an Bürgerengagement ermöglicht. Von jeder Zentralisierungstendenz ist daher entschieden abzuraten, zumal die Koordinierungsaufgaben mit großem Erfolg vom Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors bundesweit und darüber hinaus wahrgenommen werden. Ein „Gedenkstättenrundbrief“ erscheint sechsmal jährlich. Aus dieser Koordinierungsarbeit erwächst der Vorschlag, diese kleinen und mittleren Gedenkstätten dadurch wirkungsvoll zu unterstützen, daß beim Bundesinnenministerium ein Fonds zur Unterstützung der lokalen und regionalen Gedenkstättenarbeit in den alten und neuen Bundesländern geschaffen wird, für den jährlich ca. 5 Millionen DM zur Verfügung stehen sollten. Diese Mittel sollen unter der Voraussetzung vergeben werden, daß eine wesentliche Beteiligung an den Projekten vor Ort erfolgt, durch die Gemeinde, den Kreis, das Land, private Geldgeber. Zweckmäßig wäre die Einrichtung eines Beirates aus Wissenschaftlern und Gedenkstättenfachleuten. Mit relativ geringen Mitteln wären auf diese Weise Investitionen und andere Programme möglich, die die Möglichkeiten der lokalen Geldgeber übersteigen, während andererseits durch die Notwendigkeit einer finanziellen Beteiligung an den vom Bund zu unterstützenden Projekten zusätzliche Finanzmittel auf der lokalen und regionalen Ebene mobilisiert werden würden. Damit würde die vielgliedrige Gedenkstättenlandschaft in der Bundesrepublik gestützt und weiterentwickelt, die seit längerem die Aufmerksamkeit und den Respekt auch vieler internationaler Beobachter auf sich gezogen hat.

Meine allerletzte Bemerkung: Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat am 24. März 1993 beschlossen, daß die Beteiligung des Bundes an den geförderten Einrichtungen nach zehn Jahren zu überprüfen sei. Es sollte, nach meiner Überzeugung, mit Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß diese Bestimmung nicht als eine grundsätzliche Befristung der Beteiligung des Bundes, sondern als eine Prüfung im Einzelfall interpretiert wird. Die betroffenen Einrichtungen brauchen eine Planungssicherheit auch über das Jahr 2004 hinaus.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank. Es folgt jetzt ein Referat von Professor Dr. Hermann Schäfer über Geschichtsbilder und Geschichtsvermittlung in historischen Museen. Das ist ein Fragenbereich, der gewisse Berührungspunkte aufweist mit dem, was wir hier angesprochen haben, aber in mancher Beziehung geht er natürlich auch über das hier eben Angesprochene deutlich hinaus. Darf ich zunächst Herrn Schäfer bitten. Wir werden dann über beide Dinge gemeinsam diskutieren.

Prof. Dr. Hermann Schäfer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank für diese Einladung. Sie haben mich gebeten, über Geschichtsbilder und Geschichtsvermittlung in historischen Museen zu berichten und dabei insbesondere auf die Erfahrungen im „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ einzugehen, und das werde ich in einem ersten Teil gerne tun. Und Sie haben mich gebeten, in einem zweiten Teil auf unsere Erfahrungen und unser Konzept Leipzig betreffend einzugehen.

Ich kann auf die Erfahrungen, die ich dreieinhalb Jahre nach der Eröffnung für Bonn zusammenfasse, in 15 Punkten eingehen, und will das kursorisch tun, da Ihnen draußen auch das Manuskript in vervielfältigter Form zur Verfügung steht.

Erstens, und das ist eine Ausgangsfeststellung: Die Museen befinden sich in einem direkten Konkurrenzverhältnis zur expandierenden Freizeitindustrie. Unsere Lebensgewohnheiten haben sich sehr verändert, und wenn wir Besucher gewinnen wollen, müssen wir uns dieser Konkurrenz stellen.

Zweitens, ich unterscheide darum zwischen „Museumsmenschen“ und „Alltagsmenschen“. „Museumsmenschen“ gehen sowieso ins Museum, „Alltagsmenschen“ muß man in die Museen locken und dementsprechend mehr Anstrengungen unternehmen. Ausstellungen sind für alle da.

Drittens, hieraus ergibt sich schon eine Notwendigkeit zur Besucherorientierung, wie sie aus meiner Sicht längst noch nicht ernst genug genommen wird. Die Museen müssen sich auch als kultureller Dienstleister verstehen, und das bedeutet auch, daß sie z. B. auch ganz gezielt audiovisuelle Medien einsetzen und interaktive Dialogsysteme zur Verfügung stellen müssen, weil dies den Besucher aus seiner passiv-rezeptiven Rolle in eine aktive Rolle bringt. Er wird so vom Besucher zum Benutzer. Keine Bibliothek spricht von ihren Besuchern, sie sprechen von ihren Benutzern. Und auch die Museen könnten dieses tun, wenn sie die Besucher aktiver machen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gern an ein chinesisches Sprichwort, das lautet: „Ich höre und ich vergesse, ich sehe und ich erinnere mich, ich tue es und ich verstehe.“ Diejenigen von Ihnen, die das Haus der Geschichte mal erlebt haben, wissen, was wir damit meinen, das sind unsere touch-screen Systeme, und das sind auch die klassischen Blättersysteme, neudeutsch auch „flipchart“ genannt.

Viertens, die Kernkompetenz der Museen verlagert sich von der Wissensvermittlung auf die Fähigkeit zur Kommunikation. Und sie können eine Brückenfunktion übernehmen in der Wissensvermittlung. Die meisten von Ihnen wer-

den wissen, daß 1995 in Oxford ein Lehrstuhl eingerichtet worden ist, der sich ganz dem „public understanding of science“ widmet, und das ist etwas, was bei uns in Deutschland sicher mindestens genauso notwendig ist. Und ich denke mal, wir übernehmen eine Funktion in dieser Art. Herr Rürup hat eben darauf hingewiesen, daß auch die Forschungsaufgabe in den Museen sehr wichtig ist. Ich stimme ihm zu, ich würde nur ein ganz klein wenig differenzieren und sagen, unsere Hauptaufgabe ist der Transfer dessen, was in der Forschung erarbeitet worden ist, an ein breiteres Publikum. Und ich würde auch sagen, Forschung im engeren Sinne ist nicht unsere Aufgabe, sehr wohl aber Rechercheaufgaben einschließlich musealer Forschung, darunter insbesondere soweit die Materialien für die museale Präsentation noch weiterer Recherche bedürfen.

Fünftens, das Museum wird zum Medium und es wird als Massenmedium meines Erachtens auch unterschätzt in seiner Schnelligkeit. Wenn man die verschiedenen Medien mal nach ihrer Geschwindigkeit unterscheidet, dann ist natürlich klar, daß Zeitungen und Radio die schnellen Medien sind, das Fernsehen auch, und daß Bücher die langsamen Medien sind. Aber ich denke, daß Museen unter dem Gesichtspunkt der Breitenwirkung, denken Sie an die Auflagenhöhen, zu den Medien in einer Mittelposition gehörten und relativ rasch reagieren können und dementsprechende Breitenwirkung erzielen können. Die Museen müssen aber auch vielleicht mehr als bisher Stoffe aufgreifen, die die Menschen interessieren.

Sechster Punkt – dies gilt dann auch für die Art und Weise, wie man Museen macht: Objekte und Objektensembles müssen nach meiner Überzeugung in Szene gesetzt werden. Nur so können Objekte zum „Sprechen“ gebracht werden. Objekte „sprechen“ nicht von sich.

Siebtens, die Definition von ausstellungswürdigen Objekten erweitert sich. Und es genügt nicht mehr, zwei- und dreidimensionale Exponate auszustellen, sondern sie gehören in einen Zusammenhang mit Ton- und Filmdokumenten, mit Rundfunkreportagen und Spielfilmen. Diese sind für die Historiker Quellen, historische Quellen im ureigensten Sinne des Wortes. Sie werden in den klassischen Museen aber noch nicht so eingesetzt, wie man das meines Erachtens tun kann und soll.

Achtens, Museum darf Spaß machen! Dazu sage ich nicht mehr, außer daß ich denke, da muß ein Ausrufezeichen dazu.

Neuntens, dies hat vielfältige Konsequenzen auch auf das Selbstverständnis derjenigen, die die Museen leiten oder in ihnen arbeiten. Sie können sich nicht mehr in einem engeren Sinne als Wissenschaftler verstehen, sehr wohl in einem weiteren Sinne, und sie arbeiten auf wissenschaftlicher Grundlage, aber es geht nicht an, daß im Museum die wissenschaftliche Arbeit fortgesetzt wird, die besser an Universitäten oder in Instituten geleistet wird. Und das bedeutet auch, daß von diesem Selbstverständnis her sich die Arbeitsbereiche in den Museen verändern müssen, und z. B. die Öffentlichkeitsarbeit, im Vergleich zu

heute jedenfalls sehr viel mehr Gewicht erhalten muß. Das Museum ist ein Ort der Kommunikation.

Zehntens, ich bin ein Anhänger von Evaluationen, auch im Vorfeld von Eröffnungen, und ich bin ganz sicher, vor allem nach meinen Erfahrungen auf diesem Gebiete, daß man sehr viel Lehrgeld, was ansonsten gezahlt werden muß nach einer Eröffnung, auch vielleicht peinliches Lehrgeld, vermeiden kann, wenn man schon vor einer Eröffnung in Evaluationsarbeit investiert.

Elftens, was wissen wir über die Frage, wie sich Menschen, die sich für Geschichte interessieren über Geschichte informieren? Es gibt wenige Untersuchungen zu dieser Frage, und ich zitiere zunächst mal eine Erhebung von Allensbach aus dem Jahr 1991. Da ist repräsentativ gefragt worden, wie sich denn die Deutschen, die sich für Geschichte interessieren, über Geschichte informieren. Es gab elf mögliche Antworten: Sendungen im Fernsehen anschauen, Kirchen und Schlösser besichtigen, Spielfilme ansehen, Unterhaltung mit anderen Leuten, Bücher über Geschichte lesen, mit Zeitzeugen sprechen, Zeitschriften über Geschichte lesen, in der Schule oder im Studium Geschichte lernen, Vorträge anhören, alte Dinge sammeln, und es gab die Antwort, ins Museum gehen. Diese Antwort „ins Museum gehen“ kam unter allen elf, und das hat mich damals erschreckt, an drittletzter Stelle. Daraus kann man nur den Schluß ziehen, daß die historischen Museen Boden gut machen müssen.

Wir haben – zwölfter Punkt – in einer Telefonerhebung jetzt im Sommer 1997 zu ermitteln versucht, das ist auch eine repräsentative Erhebung, ob unsere Besucher Informationen über Zeitgeschichte lieber aus dem Fernsehen oder aus dem „Haus der Geschichte“ haben. Das ist eine Untersuchung, die repräsentativ und auf wissenschaftlicher Basis durchgeführt worden ist. Das Ergebnis zeigt in allen Einzelvergleichen auch mit der Allensbacher Erhebung, daß der Besuch in der Dauerausstellung des „Hauses der Geschichte“ höher bewertet wurde als jedes andere Medium. Am knappsten fiel der Vergleich bei der direkten Gegenüberstellung mit Erzählungen der Eltern oder Großeltern aus. Hier waren 45 % für den Besuch des „Hauses der Geschichte“ und 42 % für das Gespräch mit Eltern und Großeltern. Was ich auch für eine sehr wichtige Erkenntnis halte in der personalen Vermittlung gegenüber den Personen, die sich bekennen und etwas persönlich erläutern. Viel deutlicher „gewann“ das Haus der Geschichte gegen die Informationsquelle Film und Fernsehen. 67 % bevorzugten das „Haus der Geschichte“, nur 21 % wählten in dieser Gegenüberstellung das Fernsehen. Und mit großem Abstand standen wir vorne im Vergleich der Einschätzungen gegenüber der Schule. Nur 7 % zogen den Geschichtsunterricht vor, 84 % sprechen sich für den Besuch des „Hauses der Geschichte“ aus. Ich kann Ihnen noch einige andere Ergebnisse andeuten, die nicht im Manuskript stehen, weil ich sie für ebenso interessant halte. Für außerordentlich wichtig halte ich auch z. B. die Feststellung, wer denn einen Besuch weiterempfiehlt. Wir haben vor einer Weile mal bei unseren Besuchern im Hause gefragt, wer empfiehlt einen Besuch des „Hauses der Geschichte“ und seiner Dauerausstellung weiter und haben damals die Antwort bekommen,

daß 86 % den Besuch weiterempfehlen wollten. Und bei unserer neuen Telefonerhebung wurde dieses Ergebnis fast auf den Punkt mit 84 % bestätigt. Alles in allem ein sehr, sehr hoher Anteil.

Wir haben auch danach gefragt, ob und wie Besucher gefühlsmäßig berührt waren von einem Besuch des „Hauses der Geschichte“. Und ich war überrascht festzustellen, auch dies bestätigt unser Konzept, weil wir auch Emotionen wecken wollen, daß 63 % der männlichen und 75 % der weiblichen Besucher gefühlsmäßig berührt waren. Und zwar durch alle Altersgruppen hindurch. Auch läßt sich eine hohe Korrelation zwischen Emotion und Nachdenken, Emotion und Widerspruch herausarbeiten. Also: je höher die Emotion, desto höher die Bereitschaft, sich mit dem Thema weiter zu beschäftigen. Wir haben auch gefragt, an was sich denn Menschen nach ihrem Besuch erinnern. Nun ist es sehr schwer herauszufinden, was jemand sozusagen „gelernt“ hat. Wer weiß denn eigentlich, was jemand gelernt hat, wenn er Geschichtsunterricht hatte. Ich behaupte, zunächst mal weiß man eigentlich nichts mehr, als daß er eine Note im Geschichtsunterricht bekommen hat. Aber ob dies sein Bewußtsein, sein Denken, Verantwortungsgefühl oder historisches Denken verstärkt hat, ist eine zweite Frage. All dies ist ganz schwer zu beurteilen, es gibt kaum Untersuchungen über dieses Thema; wir versuchen deswegen uns dem Thema anzunähern. Die Frage, an welche Exponate, an welche historisch gezeigte Zusammenhänge in der Dauerausstellung sich ein Besucher erinnert, ist ein solcher Annäherungsversuch. Wir haben festgestellt, daß 13 % der Besucher sich an 15 und mehr Ausstellungsobjekte bzw. Exponate und damit historische Zusammenhänge erinnern. 16 % konnten 11 bis 15 Nennungen machen, 28 % 6 bis 10 Nennungen und 34 bis 35 % nur 1 bis 5 Nennungen. Alles in allem, bemerkenswerte Ergebnisse, an die wir auch in einer späteren Befragung erneut anknüpfen werden, um weitere Erkenntnisse herauszuarbeiten.

Dreizehnter Punkt: Sie wissen, daß das Bundesgesetz „Stiftung Haus der Geschichte“ nach § 15 „Eintritt frei“ in unserem Hause vorsieht, und ich möchte das gerne offensiv vertreten, weil in einem Land, in dem weder Schul- noch Universitätsgebühren erhoben werden, für ein Haus dieser Art auch kein Eintritt erhoben werden sollte. Und ich weiß, daß wenn Sie von einem „Null-Eintritt“ ausgehend Eintritt erheben, bzw. von einem gewissen Eintritt ausgehend diesen erhöhen, die Faustregel lautet, daß die Besucherzahl um die Hälfte heruntergehen wird.

Vierzehnter Punkt: Die Öffnung der Museen und ihrer Themen zu breiteren Bevölkerungsschichten ist notwendig, auch wenn Sie sich überlegen, wer denn rein quantitativ in die Museen geht. Es sind in Deutschland jährlich 95 Millionen, aber nur ein Drittel der Bevölkerung, und das sind Mehrfach-Besucher, während die anderen Zweidrittel selten oder gar nicht in die Museen gehen.

Fünfzehnter Punkt: Vor diesem Hintergrund ist für unsere Arbeit umso wichtiger, daß die Vollversammlung des Europarates am 22. Januar 1996 die „Empfehlung 1283“ verabschiedet hat über „Geschichte und das Lernen der Ge-

schichte in Europa“. Dazu wird die Bedeutung der Geschichte hervorgehoben als unabdingbare Voraussetzung für die Entstehung einer europäischen Identität, und darin gibt es die Empfehlung 16 III unter der Überschrift „European collaboration should be encouraged in the field of history“, in der es wörtlich heißt, die europäische Ministerkonferenz solle die Mitgliedsstaaten ermutigen, „to establish national history museums on the lines of German 'House of History' in Bonn.“

Ich komme zu meinem zweiten Komplex, zu Leipzig.

Die Unabhängige Föderalismuskommission hat uns 1992 den Auftrag gegeben, ein Konzept für ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Leipzig zu entwickeln. Aufbau und Folgen der SED-Herrschaft und die verschiedenen Formen von Opposition und Widerstand gegen die Diktatur sind dort die Themen. Wobei uns immer ganz wichtig ist, hier kein „Haus der Geschichte der DDR“ im engeren Sinne entstehen zu lassen, sondern ein Haus, das auch die Spaltung Deutschlands zeigt und die deutsch-deutschen Rückbezüge deutlich macht. Professor Hermann Weber ist im wissenschaftlichen Beirat unseres Museums und kennt den Fortgang des Projektes. Ich kann hier, für Sie vielleicht auch neu, ergänzen, daß wir zur Zeit in der Situation sind, daß wir demnächst die Erlaubnis erhalten werden, in Leipzig in der Innenstadt eine Liegenschaft anzumieten, um dann in einem sehr engen Terminplan 1999 im Herbst zu eröffnen. Das Haus wird zweitausend Quadratmeter Ausstellungsfläche haben für eine Dauerausstellung, es wird fünf- bis sechshundert Quadratmeter Ausstellungsfläche für Wechselausstellungen haben, es wird ein Informationszentrum haben und einen Saal und sozusagen in der Arbeitsweise ähnlich, wie wir sie im Bonner „Haus der Geschichte“ praktizieren.

Leipzig als Standort muß ich Ihnen gewiß nicht erläutern, nicht nur als klassische Drehscheibe in Ost und West, sondern auch von der Rolle im Herbst 1989 her gesehen. Die Dauerausstellung soll zur Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte anregen, und unser Ziel ist eine große Breitenwirkung auf der Basis der aktuellen Forschung. Es wird im wesentlichen acht Themen geben, nicht nur Räume: Nach einem Eingangsraum folgen Räume, in denen die alliierten Nachkriegsplanungen geschildert werden, der Kalte Krieg und die Deutsche Frage, dann Machterringung und Herrschaftssicherung durch die SED, chronologisch weiter dann die deutsch-deutschen Beziehungen, dann die Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik der SED und ihre Auswirkungen auf den Alltag, schließlich Widerstand und Opposition in der SBZ und der DDR und als vorletzter Raum die friedliche Revolution 1989, der Zusammenbruch des SED-Regimes und die Wiedervereinigung. In einem Schlußraum wollen wir auf die Entwicklung seit 1990 eingehen und fragen, was aus den Forderungen der Demonstranten vom Herbst 1989 geworden ist, sei es Reisefreiheit oder Demokratie. Diese Forderungen lassen sich vor dem Hintergrund der Entwicklung seitdem und der aktuellen Situation vergleichen und bewerten. Ich könnte Ihnen diese einzelnen Räume jetzt noch genauer zu beschreiben versuchen – nur müssen Sie immer bedenken, ein Museum ist erst fertig

mit dem Tag der Eröffnung. Wir sind zur Zeit in der Phase, in der wir ein umfangreiches Konzept erarbeitet, dies mit den Gremien des „Hauses der Geschichte“ besprochen und verabschiedet haben. Wir haben weiterhin eine synoptische Darstellung erarbeitet, in der das Thema jedes Ausstellungsraumes und seine „Botschaft“ für die Besucher in sehr knapper Form formuliert und die zur Verfügung stehenden oder noch zu suchenden Exponate aufgelistet sind. Die Arbeit insbesondere an den Exponatlisten ist noch längst nicht abgeschlossen – schwierige und aufwendige Arbeit für unser Team. Es würde zu weit führen, dies hier detaillierter darzustellen. Aber seien Sie versichert, daß wir alles daransetzen, diese Ausstellung erfolgreich zu gestalten, nämlich als eine narrative Ausstellung, in der Geschichte spannend erzählt wird, eine Ausstellung, die auch Emotionen weckt. Dieses ist aus meiner Sicht ganz wichtig. Und noch eines, wir wollen auch eine biographische Leitlinie in diese Ausstellung hineinlegen, die Besucher einlädt, ja sie geradezu auffordert, ihre Stellungnahmen abzugeben.

Herr Poppe, Sie haben das heute morgen auch am Beispiel des Holocaust-Museums erläutert, und da stimme ich Ihnen völlig zu, das individuelle Schicksal ist ungeheuer wichtig. Sie haben es am Beispiel dieses einen Raumes thematisiert, der zeigt, daß ein polnisches Dorf ausgerottet wurde. Ein anderer Besucher wird vielleicht einen anderen Teil einer Ausstellung emotional bewegend empfinden, so daß eine gute Ausstellung viele Stellen dieser Art anbieten muß, um wirkungsvolle Anregungen zur Auseinandersetzung mit dem Thema zu bieten. Wir wollen die Besucher anregen, dadurch, daß ihnen individuelle Schicksale in der Ausstellung vorgestellt werden, ihr eigenes Schicksal zu ergänzen, ihre Meinung einzugeben und zu dokumentieren, zu notieren, was sie bewegt. Darüber hinaus können sie andere Stellungnahmen nachsehen, diesen widersprechen usw. Auf diese Weise wird diese Ausstellung auch – ich sage das jetzt nicht negativ und abwertend, sondern in Anführungszeichen – zu einer „Kulisse“, einem Hintergrund der Zeitgeschichte für unser Dokumentationszentrum: Ältere und Jüngere können ihre persönlichen Erinnerungen mitteilen und sogar in eine Auseinandersetzung mit anderen eintreten. Dies ist auch eine zusätzliche Anregung zum Wiederkommen und die Dokumente, die persönlichen Stellungnahmen zu einzelnen Themen nochmal nachzusehen und vielleicht erneut selbst Stellung zu nehmen. Zum Beispiel zum 17. Juni oder zum Einmarsch in die Tschechoslowakei bis hin zu Verwandtenbesuchen oder den Erlebnissen von 1988/1989. Es wird viele Stellen in der Ausstellung geben, wo die Besucher auf diese Art und Weise aktiv werden können. Die Technik für die Möglichkeiten müssen wir allerdings noch entwickeln und testen. Doch bin ich zuversichtlich. Danke schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben zwei recht unterschiedliche Vorträge gehört, die zwar einige Berührungspunkte aufweisen. Der erste Vortrag setzte sich mit der Erinnerungskultur auseinander, der zweite mit einem Museum und seiner Arbeit. Natürlich liegt da die Frage auf der Hand, Herr Schäfer, Sie können vielleicht darauf eingehen, ob Sie Ihr Museum auch

als Teil der Erinnerungskultur begreifen oder nicht. Womöglich ist es ein Begriff, der quer zu dem liegt, was Sie wollen, jedenfalls werden wir vermutlich, oder Sie werden vermutlich mir nicht zustimmen, wenn ich sage, Sie betrachten dieses Museum vornehmlich als Teil der Erlebnisgesellschaft. Das wäre Ihnen vermutlich zu wenig. Aber welche Beziehung hat es dann zu dem ganzen Komplex der Erinnerungskultur? Ich darf zunächst, bevor ich jetzt mit dem Fragen beginne, mit den Wortmeldungen beginnen. Der erste ist der Abgeordnete Vergin.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Herr Professor Rürup, zunächst vielen Dank für die Präzisierung der bereits in Sachsenhausen vorgetragenen Kriterien für die Entscheidung über die gesamtstaatliche Bedeutung. Ich glaube, einiges ist jetzt deutlicher von dem geworden, was Sie gemeint haben. Sie haben dann auch für die kleineren Gedenkstätten den Vorschlag vorgelegt, einen Bundesfonds einzurichten. Ich wollte Sie fragen, ob das wirklich durchdacht ist. Ein zentraler Fonds für die 16 Bundesländer scheint mir erneute Schwierigkeiten aufzubauen bei der Vergabe der Mittel. Meinen Sie nicht, daß eine Empfehlung der Enquete-Kommission an die Länder, wenn wir das mehrheitlich so beschließen würden, der bessere Weg wäre, d. h. bei den Ländern, so wie Niedersachsen das bereits hat, einen solchen Fonds zu schaffen, wo man viel besser übersehen kann, mit welchen Mitteln man wo kleinere Einrichtungen fördern kann?

Zweite Frage: Gibt es Untersuchungen über die Wirkung von Gedenkstätten auf ihre Besucher? Ich erinnere mich, daß eine Meldung durch die Zeitungen ging, daß ein Besuch in den Gedenkstätten das Vorurteil, das die Besucher mitbringen, nicht beeinflußt hat. Ich glaube ja nicht, daß sich das nur, wenn es richtig ist, was die Zeitungen gemeldet haben, auf diesen Komplex bezieht. Es ist mir schon sehr wichtig, mehr zu wissen. Die Frage ist jetzt insbesondere auch aufgetaucht, weil Herr Schäfer ausführlich über eine repräsentative Befragung gesprochen hat in bezug auf Museumsbesuche. Haben Sie so etwas ähnliches bei den Gedenkstätten, die sich immer mehr zu zeithistorischen Museen entwickeln? Das heißt, wir haben zumindestens in Teilen der Gedenkstätten gleiche Kategorien von historischen Darstellungsmöglichkeiten, natürlich mit unterschiedlichen Themen, aber das Grundprinzip taucht jetzt bei den Gedenkstätten und bei den Museen auf. Gibt es einen Überblick über die Finanzausstattung der öffentlichen Hände für die Museen auf der einen Seite und für die Gedenkstätten auf der anderen Seite, und gibt es insbesondere eine Untersuchung darüber, wieviel Fördermittel der öffentlichen Hand auf den Einzelbesucher dann entfallen? Mir scheint, jetzt bei wirklich oberflächlicher Betrachtung, das Thema Gedenkstätten immer noch nachgeordnet zu sein, wenn ich diesen Bereich nehme. Deswegen frage ich da nach, weil ich meine, daß da etwas an Schiefele vorhanden ist.

Herr Professor Schäfer, zunächst Ihnen natürlich auch herzlichen Dank für die Darstellung. Ich möchte die generelle Frage stellen, inwieweit Sie die historischen Museen für geeignet halten, oder ob nicht sogar die Verpflichtung for-

muliert werden müßte, zur besseren Zusammenarbeit zwischen historischen Museen und Gedenkstätten? Wo immer das möglich ist natürlich. Sie soll nicht unbedingt entwickelt werden, wenn gar keine Gedenkstätten-situation in einem Land vorhanden ist. Aber wenn wir auf beides stoßen, inwieweit sind da Zusammenarbeitsmöglichkeiten vorhanden für Wanderausstellungen, also nicht unbedingt für die festen Ausstellungen? Das heißt, ob da gemeinsame Programme entwickelt werden könnten, wodurch man vielleicht auch noch bessere Synergieeffekte erzielen könnte?

Und letzte Frage, Herr Professor Schäfer, zu dem Thema Leipzig. Ich habe nicht eine besondere Schwerpunktsetzung bei der Konzeption gesehen. Ich habe aber nach dieser vielen Arbeit in der Berichterstattergruppe immer mehr das Gefühl – wenn nicht sogar inzwischen die Überzeugung –, daß wir bei der Gedenkstättenarbeit viel mehr in den Blick nehmen müssen, was hier heute morgen schon gesagt wurde, daß wir einmal anhand von Personen Geschichte lebendig werden lassen. Auf der anderen Seite scheint es mir notwendig zu sein, Opposition, das Thema Opposition, zu einem Schwerpunktthema zu machen im Rahmen dieser Leipziger Einrichtung. Dies scheint mir wirklich notwendig zu sein, um die Einsicht bei den Besuchern zu vergrößern, selbst etwas tun zu müssen, wenn für Demokratie Gefahr entsteht. So daß ich sagen würde, dies, was Sie jetzt vorgetragen haben, bringt nicht zum Ausdruck, daß die Oppositionsentwicklung von 1945 bis zum Ende der DDR in Erscheinung tritt. So viel von meiner Seite aus. Ich hätte noch viele Fragen aber das scheinen mir die wichtigsten zu sein, die wir hier heute noch bearbeiten sollten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Der nächste ist Herr Poppe, bitte Herr Poppe.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe eine Frage an Professor Rürup und eine an Professor Schäfer. Herr Rürup, Sie haben zwei für mich etwas widersprüchliche Aussagen gemacht. Vielleicht können Sie das noch mal etwas detaillierter beschreiben. Sie haben einmal gesagt, man soll die Erfahrung oder die Lehren aus der Geschichte nicht in so dicken Lettern vor sich hertragen. Ich würde Ihnen insofern Recht geben, daß es nicht darum geht, ewige Wahrheiten zu verbreiten aus der Geschichte. Das haben wir lange genug erlebt. Aber auf der anderen Seite, denke ich doch, muß es ein zentrales Anliegen einer Gedenkstättenarbeit auch gerade gegenüber der jüngeren Generation sein, Lehren zu ziehen und auch konzeptionell entsprechend einzuarbeiten. Sie sagten, Geschichte muß man so darstellen, wie sie ist, aber andererseits ist es doch so, daß Geschichte nichts Statisches ist, sondern die Geschichtsbilder sich ja auch verändern. Vergleichen wir mal z. B. die alte DDR-Buchenwald-Ausstellung und die jetzige, so ist das ein unglaublicher Unterschied. Andererseits haben Sie gesagt, es muß sehr klar sein, daß Völkermord nicht mehr geschehen darf und man sich gegen Menschenrechtsverletzungen wenden muß. Wie bringen Sie diese beiden Aussagen zusammen?

Und Herr Professor Schäfer, wir haben einmal über den DDR-Teil der Bonner Ausstellung gesprochen, wozu ich einige kritische Anmerkungen gemacht ha-

be. Ich wollte Sie fragen, ob Sie noch an eine Überarbeitung denken, wie Sie damals angedeutet haben. Ebenso ist nach der Vorbereitung der Leipziger Ausstellung zu fragen. In welcher Weise werden Akteure beteiligt, die frühere Opposition, Bürgerkomitees usw. zum einen, was die Konzeption betrifft und andererseits auch, was die Suche nach Exponaten angeht. Wir haben zwar einige persönliche Kontakte zu Leuten, die daran arbeiten, aber meine Frage ist, ob Sie auf eine systematische Weise versuchen, die Einbindung der früheren Akteure und Zeitzeugen zu erreichen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Der nächste ist Herr Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Schäfer, ich möchte anknüpfen an Ihre Telefonerhebung, die ich allerdings von dem Punkt her, der mich beschäftigt, als, wie die Soziologen sagen, Minusauslese bezeichne. Weil ich nämlich davon ausgehe, daß Sie, und das ist ja auch der Duktus Ihrer Interpretation, sich darum bemühen, mehr Zuschauer, Besucher zu bekommen, und die Untersuchung konzentriert sich auf die, die ja ohnehin schon gekommen sind. Wie können wir also Interesse wecken bei denen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht motiviert sind, die Alltagsbesucher, wie Sie sagen? Und dann lese ich aus Ihrer Interpretation so etwas wie ein Konkurrenzdenken heraus. Sie sagen, wir haben gewonnen gegenüber dem Elternhaus. Nein, das Elternhaus ist ziemlich gleichwertig, aber sie haben gewonnen gegenüber Film und Fernsehen, und mit großem Abstand siegten Sie gegenüber der Schule. Da wäre jetzt meine Frage, ob nicht bei dem Bemühen, das Interesse zur Teilnahme und Durchführung von Museums- und Ausstellungsbesuchen, das Interesse, diese Zahl zu erhöhen, die Schule geradezu Ihr Kooperationspartner sein müßte. Frage jetzt an Sie beide: gibt es bei den Überlegungen, das Interesse an Ihren Arbeiten zu erhöhen, eine systematische und konsequente Zusammenarbeit zwischen Ihnen und den Schulen? Denn wie ich das bisher sehe, ist das doch mehr oder weniger dem individuellen Interesse des jeweiligen Geschichtslehrers überlassen, ob er so aktiv wird oder nicht. Aber hier könnten noch einige Dinge meiner Ansicht nach wesentlich verbessert werden. Danke schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Wilke bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Der Scheidesatz zwischen den Referaten von Rürup und Schäfer stammt von Schäfer und heißt: „Museum muß Spaß machen.“ Bezogen auf die Gedenkstätten oder auch auf die Orte des Terrors verbietet sich natürlich so eine Aussage. Das geht auch nicht. Aber der Satz, und Bernd Faulenbach hat es schon angesprochen, verweist auf die Erlebniskultur, in die diese Erinnerung integriert wird, so wie wir es uns vorstellen. Burrichter hat die Schule angesprochen und Sie haben es auch gesagt, daß man in den Gedenkstätten einen guten Teil Zeitgeschichte braucht, um überhaupt an die Nachgeborenen zu vermitteln, was hier geschehen ist. Also war die Grundüberlegung von uns richtig, den Museumsmann einzuladen, der bewußt Entertainment einfordert, um Geschichte zu vermitteln, und auf der anderen Seite

den Historiker, der eher in der zweiten Reihe steht. Vergin hat die Förderungspraxis für die Gedenkstätten angesprochen. Sie sind verantwortlich für die Schattenseite, für das Schwarze, für das Dunkle, ja das Blutige und das, was wir eigentlich gerne auch im Alltag gar nicht wahrnehmen wollen. Und der sehr beeindruckende, sehr persönliche Vortrag von von Dohnanyi heute morgen hat uns doch noch mal klar gemacht, und ich glaube, das kann nur jemand, der aus seiner Familientradition spricht, der das instinktiv spürt, diese Erinnerung kann nur weitergegeben werden, wenn dieses schon sperrige Wort Erinnerungskultur nicht diese Bereiche trennt, sondern wir brauchen zwischen ihnen Brücken. Wir brauchen eine Integration. Wir müssen den Nachgeborenen schon sagen, so wie die Pestsäulen vergangener Jahrhunderte es den Kindern gesagt haben, es kann Schrecken kommen, darauf müßt ihr euch wappnen. Hier ist ein Ort der Erinnerung an Schrecken, die eure Eltern, Großeltern und Vorfahren erlebt haben. Und wie diese Integration gelingt, das ist für mich sowieso die Grundfrage dieser ganzen Erinnerungskultur. Und ich hätte ganz gerne von Ihnen, Herr Schäfer, eine Antwort auch aus Ihrer Erfahrung: können Sie sich vorstellen, daß die Museen dafür eintreten, daß diese Gedenkstätten als Erinnerungsorte mit aufgenommen werden, daß diese Unterscheidung, die gewöhnlich in der vergangenen Generation einfach geboten und notwendig war, daß sie aufgebrochen wird, daß Sie sagen, natürlich gehören Buchenwald und Sachsenhausen, Hohenschönhausen, „Topographie des Terrors“ zu unserer Museumslandschaft, das sind zentrale Stützpunkte. Ich finde diesen Ausdruck wirklich gut, Stützpunkte unserer nationalen und europäischen Erinnerung. Damit würde diese Unterscheidung auch ein bißchen verwischt. Wie gesagt, ich glaube, Sie werden dafür sein, das muß ich eigentlich gar nicht betonen, aber „Spaß“ machen wird die „Topographie des Terrors“ nie.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, bevor wir eine zweite Fragerunde machen, möchte ich zunächst eine Antwortrunde zwischenschieben, zunächst Herr Rürup. Die Nachfolgenden, die wir bisher haben, sind Faulenbach, Meckel und Gutzeit.

Prof. Dr. Reinhard Rürup: Ich bin Herrn Wilke sehr dankbar, daß er auf diese Formulierung eingegangen ist, Museum müsse Spaß machen. Das ist ja in der Tat in der Museumspädagogik heute eine gängige und durchaus auch produktive Vorstellung. Und hier ist die Unterscheidung zu den Gedenkstätten völlig eindeutig. Spaß zu vermitteln, ist uns ganz und gar unmöglich, wenn wir Gedenkstättenarbeit tun oder in ähnlichen Einrichtungen tätig sind.

Ich möchte auch noch einen anderen Punkt klarstellen: Wenn ich davon sprach, daß auch Forschungsarbeit nötig ist in Gedenkstätten und ähnlichen Einrichtungen, dann meine ich nicht selbständige Forschung, die grundsätzlich mit den Universitäten oder dem Institut für Zeitgeschichte konkurrieren würde, sondern auf die Präsentation bezogene Forschung. Ich meine, daß auch wissenschaftliche, fachwissenschaftliche Kompetenz vorhanden sein muß. Das ist aber etwas anderes als die Vorstellung, daß hier Forschungsabteilungen oder

gar Forschungsinstitute eingerichtet werden. Das würde ich hier säuberlich trennen.

Zu den Fragen von Herrn Vergin: Also dieser Vorschlag, doch zu erwägen, ob man nicht wenigstens jährlich 5 Millionen Mark im Etat bei dem Bundesinnenministerium haben sollte, um damit kleine und mittlere Einrichtungen, die nicht direkt vom Bund gefördert werden, mit bestimmten Programmen oder bei bestimmten Investitionsaufgaben unterstützen zu können, und dies in der Kombination mit lokal oder regional aufzubringenden Mitteln – diese Überlegung ist erwachsen aus Gesprächen bei uns im Gedenkstättenreferat, d. h. aus der konkreten Arbeitserfahrung mit den verschiedenen Gedenkstätten in der Bundesrepublik, alte und neue Länder. Die Grundüberlegung ist die, daß es zu den Stärken unserer Gedenkstättenlandschaft gehört, daß sie dezentral sind. Daß von daher auch das unmittelbare Engagement des Bundes auf eine Reihe von größeren und wichtigen Einrichtungen beschränkt bleiben sollte, also nicht flächendeckend sein kann. Gleichzeitig macht es aber Sinn, zu argumentieren, daß der Bund die gleiche gesamtstaatliche Verantwortung an sich auch gegenüber anderen Einrichtungen, kleineren Einrichtungen hat und daß er hier subsidiär tätig werden sollte. Und 5 Millionen Mark jährlich, das gehört ja nicht zu großen Ansätzen im Bundeshaushalt, und auch nicht in der entsprechenden Abteilung des Bundesinnenministeriums. Von daher scheint mir das eine Möglichkeit, mit relativ geringem Aufwand und einem Beirat, der analog etwa zu dem im Lande Niedersachsen für das gesamte Bundesgebiet die dezentrale Gedenkstättenlandschaft wesentlich zu stützen.

Die zweite Frage, was wissen wir über die Wirkung von Gedenkstätten bei ihren Besuchern: Da kann man leider nur feststellen, wir wissen insgesamt sehr wenig. Die Besucherforschung für Museen allgemein ist ja nicht gerade hoch entwickelt und für Gedenkstätten gilt das erst recht. Eine solche Telefonaktion oder andere unmittelbar auf ein Museum bezogenen Umfragen kosten natürlich einiges Geld. Das ist in den Gedenkstätten in der Regel nicht vorhanden. Es gibt aber, glaube ich, gar keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß in dieser Richtung in den nächsten Jahren und schon in der unmittelbaren Zukunft vermehrte Anstrengungen unternommen werden müssen. Bis jetzt beruhen eigentlich alle Aussagen, die man macht, auf Gesprächen mit Einzelbesuchern oder Gruppen und gelegentlichen Rückmeldungen. Und bei den Rückmeldungen hat man ja eigentlich nur die Extreme: Diejenigen, die das außerordentlich interessant und für sie wichtig fanden, äußern sich, und andere, die sich über irgendetwas beschweren wollen. Glücklicherweise sind die ersten in der Überzahl, aber repräsentativ ist das natürlich in keinem Fall.

Die Nähe von Gedenkstätten und zeithistorischen Museen und dann die Frage, wie es mit der Ausstattung ist, der Finanzierung durch die öffentliche Hand: Ich glaube, es kann gar keine Frage sein, wenn es um die Mittel pro Kopf der Besucher geht, dann schneiden Gedenkstätten wie Buchenwald oder auch Sachsenhausen, die über 400.000 oder über 300.000 Besucher pro Jahr haben im Vergleich zu nahezu jedem Museum hervorragend ab. Andere Gedenkstät-

ten sind kleiner, aber gemessen an dem Personal, über das Gedenkstätten in der Regel verfügen, sind ihre Besucherzahlen in aller Regel sehr gut, so daß sie, glaube ich, in dieser Hinsicht den Vergleich mit Museen nicht scheuen müssen. Wenn wir nun mit Herrn Schäfer darüber diskutieren, dann haben wir hier natürlich einen besonderen Fall vor uns, weil dieses Bonner Museum ein hinsichtlich des Publikums ungewöhnlich erfolgreiches Museum ist. Man kann also nicht die Bonner Zahlen hochrechnen auf andere Museen. Man muß auf der anderen Seite sagen, und das darf ich für die Stiftung „Topographie des Terrors“ feststellen, da wir ja nun gerade einen Neubau bekommen, es gibt schon von Zeit zu Zeit auch erhebliche Zuwendungen in Richtung Gedenkstätten oder ähnliche Einrichtungen, aber die Etatgrößen dort sind natürlich ganz anders. Wenn Sie die Museumseinrichtungen vergleichen, die der Bund trägt und die Gedenkstätten, an denen er sich beteiligt, dann liegen natürlich die Aufwendungen hier weit auseinander, und darüber mag man diskutieren.

Zu der Frage von Herrn Poppe: Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie das gefragt haben, weil hier offensichtlich ein Mißverständnis entstanden ist. Ich hatte mich nur gegen die im Grunde durch die ältere DDR-Gedenkstättenpädagogik vorgegebene Praxis des Arbeitens mit Balkenüberschriften gewandt, wo man in eine Gedenkstätte kommt oder auch in ein Museum, und es wird einem am Eingang gesagt, was man lernen soll, und dann bekommt man sozusagen noch Beispiele für dieses Lernpensum. Das kann nicht funktionieren. Auf der anderen Seite gehe ich natürlich davon aus, daß in einem Museum gelernt werden soll, daß die Lernprozesse aber so angelegt sein sollen, daß man merkt, daß Geschichte sperrig ist und sich nicht immer in das einfache Ja und Nein auflöst, daß man die Grautöne aushalten muß im Umgang mit Geschichte. All das, denke ich, kann man auch in Gedenkstätten, wo das Wahre und das Falsche eindeutiger zu sein scheint, vermitteln. Und gewiß dürfen wir nicht naiv sein. Wir können die Geschichte nicht eins zu eins rekonstruieren, und Geschichtsbilder haben natürlich ihre Auswirkungen. Die Fragestellungen, die wir an die Geschichte herantragen, schlagen sich nieder in jeder Art von Präsentation. In Buchenwald übrigens muß man ja nicht nur die alte Ausstellung vergleichen mit der, die heute zu sehen ist, sondern 1989, d. h. im Frühjahr 1990 hatten wir im Gropius-Bau in Berlin eine neue Buchenwald-Ausstellung, noch von der alten Gedenkstätte produziert, die völlig anders aussah als das, was in Buchenwald zu der Zeit zu sehen war. Das heißt, es kann sich auch innerhalb der gegebenen Verhältnisse natürlich einiges bewegen.

Die beiden letzten Punkte ganz kurz. Zu Herrn Burrichter: Daß es eine systematische Zusammenarbeit mit Schulen gäbe, wäre vielleicht etwas übertrieben. Es gibt aber etwas mehr als nur die punktuelle Zusammenarbeit, die nur von dem Interesse einzelner Lehrer abhängig ist. Die Schulbehörden unterstützen ausdrücklich den Besuch von Gedenkstätten und anderen Einrichtungen, und sie regen ihn in bestimmten Fällen auch ausdrücklich an. Und eine Reihe von Einrichtungen hat inzwischen auch sehr spezifische Programme entwickelt, für Schüler, auch für Lehrer und für andere Berufsgruppen. Und hier, denke ich, wird auch auf die Dauer die Arbeit weiter präzisiert werden müssen.

Eine letzte Bemerkung zu dem, was Herr Wilke sagte: Wenn wir von Erinnerungskultur sprechen, dann muß es nach meiner Vorstellung immer um beides gehen, um die Sicherung der positiven Traditionen unserer Geschichte und um das Aushalten und das Immer-wieder-zur-Diskussion-stellen der negativen Elemente. Wenn ich hier von Gedenkstätten spreche und ähnlichen Einrichtungen, bin ich sozusagen dazu verdammt, im wesentlichen mich mit den negativen Elementen auseinanderzusetzen. Für das Geschichtsverständnis in unserer demokratischen Gesellschaft ist es entscheidend, daß die anderen Traditionen mit nicht geringerem Nachdruck herausgearbeitet, aber nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Hier müssen zwei Traditionen, zwei wesentliche Bestandteile unserer Geschichte, nebeneinander und als im Widerspruch zueinander stehend zur Kenntnis genommen werden. Die beste Förderung der Gedenkstättenarbeit würde meines Erachtens darin liegen, wenn die positiven Traditionen der deutschen Geschichte genauso deutlich und nachdrücklich herausgearbeitet werden. Ich fände es deshalb nicht schlecht, wenn in einem Bericht über Gedenkstättenarbeit und deren Zukunft auch dieser Aspekt als ein notwendiger Bestandteil der Arbeit deutlich angesprochen würde.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, ich denke, daß wir dies auch tun werden. Herr Schäfer bitte.

Prof. Dr. Hermann Schäfer: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Am wichtigsten ist mir die Antwort auf die Frage, wie weit denn in Leipzig Opposition und Widerstand gegen das herrschende Regime ausgestellt wird. Und auf diese Frage will ich ganz deutlich antworten, daß Widerstand und Opposition in der DDR in der Ausstellung eine ganz wichtige Rolle spielen. Ich will jedoch nicht sagen, immer im Vordergrund stehen, und ich denke, sie können auch nicht immer im Vordergrund stehen, weil es nicht selten verdeckter Widerstand war und man auch nicht suggerieren darf, daß dieses Land ein Land von Widerständlern in diesen 40 Jahren gewesen ist. Alle Themen haben wir mit unserem wissenschaftlichen Beirat sehr intensiv besprochen, aber ein ganz wichtiger Strang, ein ganz „roter Faden“ wird in diesem Konzept Opposition und Widerstand sein. Wobei man dabei natürlich auch wieder sagen muß, Widerstand richtet sich gegen etwas und deswegen muß die Diktatur auch deutlich dargestellt werden; auch die internationalen Rahmenbedingungen dürfen nicht vergessen werden. Die Frage spielt auch eine Rolle, inwieweit das System durch seine Planwirtschaft und die Mißwirtschaft in Probleme geriet. All dies haben wir noch in der Gewichtung, wie sie dann in der Ausstellung gezeigt werden, erarbeiten müssen. Eine Ausstellung, die im Herbst 1999 eröffnet wird, läßt sich heute schwerlich mit Worten beschreiben. Eine Ausstellung ist ein visuelles Erlebnis und überhaupt mit Worten und Texten nur unvollkommen wiederzugeben. Opposition und Widerstand werden deutlich herausgearbeitet, und zwar vor allem anhand von Personen und Schicksalen. Jede Biographie, die ausgestellt wird, wird vielleicht einen anderen Besucher provozieren, ein eigenes Erlebnis dagegen zu setzen, weil unter den Menschen in den neuen Ländern gerade in der Interpretation von DDR-Geschichte sehr viel weniger Bereitschaft, Fähigkeit, Möglichkeit zur Abstraktion vorhanden

ist, als bei den Menschen in den alten Ländern gegenüber der bundesrepublikanischen Geschichte. Das stellen wir immer wieder bei den Reaktionen der Besucher auf unsere Ausstellungen fest, weil die Reaktionen der Besucher aus der ehemaligen DDR weit auseinander gehen. Die einen sagen, genauso und mehr Unterdrückung müßt Ihr zeigen, und die anderen sagen, wir haben in einer Nische gelebt, und wenn Ihr hier zeigt, daß das eine Diktatur war, die uns unterdrückt hat, davon haben wir nichts gemerkt, das haben wir sozusagen nur nebenbei mitbekommen. Das ist mir am wichtigsten, dies mal zu sagen.

Herr Wilke, Sie haben ein Wort aus meinem Vortrag herausgegriffen und es zur Scheidelinie gemacht und insofern bedaure ich, daß ich den Satz nicht anders formuliert habe. Er gilt für das „Haus der Geschichte“ und dazu stehe ich auch. Aber ich hätte vielleicht lieber sagen sollen, Museen müssen Emotionen wecken, Gedenkstätten müssen Emotionen wecken. Das Wort Emotion kam öfters vor in meinem Vortrag, das von Ihnen monierte Wort nur einmal. Ohne Emotionen ist es viel schwieriger, Motivation herzustellen und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte anzuregen. Allerdings können Sie bei uns auch feststellen, daß natürlich die Erinnerung an die NS-Geschichte weniger Spaß macht als Emotionen weckt, manchmal Besucher in Tränen bei uns die entsprechenden Ausstellungseinheiten ansehen. Dies ließe sich an vielen Beispielen auch noch konkreter schildern, z. B. wenn unsere Besucher in einem Film, der in Bergen-Belsen gedreht worden ist, den Gesichtern der Täter ins Angesicht schauen und hören, wie sie in bayrischem, fränkischen, saarländischem oder in westfälischem Dialekt antworten: Ich war soundsolange in dem KZ und habe hier die und die Funktionen ausgeübt. Und sie hören im Hintergrund Rufe und Protestschreie der Häftlinge gegen diese Aufseher – das ist eine sehr emotionale Situation. Kooperation halte ich in jeder Weise für denkbar, wobei aus meiner Sicht immer zu sagen ist, wir sind eine Stiftung mit einem klaren Aufgabenprofil. Ich könnte gar nicht so ohne weiteres sagen, das machen wir qua „Haus der Geschichte“ in Kooperation. Sehr wohl halte ich es aber für notwendig, sinnvoll und von uns auch praktiziert, daß wir Ausstellungen, die wir als Wechselausstellungen wandern lassen können, auch weitergeben. Wir haben unter anderem eine Ausstellung, die in Deutschland wandert und in den USA zusammen mit der Spielberg-Foundation von uns auf die Reise geschickt worden ist, nämlich zum Thema „Juden in Deutschland heute“. Auch das ist ein hoch emotionales Thema, weil sie wissen, wie die jüdischen Gemeinden sich verändern. Wir haben diese Ausstellung mit Erfolg bei uns gezeigt, Ignatz Bubis war zur Eröffnung da. Es sind Fotos von Edwald Serotta, die Sie auch in Berlin schon sehen konnten.

Herr Burrichter hat gefragt nach Motivationen und Schulen, und ich sah in Ihrer Formulierung auch ein wenig die Frage, warum wir diese Befragung so gemacht haben. Immer wieder müssen wir uns doch rechtfertigen, warum öffentliches Geld ausgegeben wird für eine Einrichtung dieser Art. Keine Kultureinrichtung trägt sich selbst, außer es sei z. B. das Schokoladenmuseum in Köln. Aber keine der Kultureinrichtungen, die wir im Kopf haben, trägt sich selbst. Und wenn dann jemand zu uns sagt, ja wie wirkt sich ein Besuch denn

aus, was „nimmt“ ein Besucher denn mit, hat sich was verändert in seinem Kopf durch den Museumsbesuch, stehen wir immer in einem Erklärungszwang. Andererseits sagt niemand, inwieweit sich denn das historische Denkvermögen eines Menschen verändert hat z. B. durch seinen Geschichtsunterricht. Da ist fast tabula rasa der Forschung und da wird auch kaum gefragt nach Rolle und Wirkung des Abitur. Der Schulunterricht ist natürlich kostenlos, das will ich auch gar nicht in Rede stellen. Nur ist für uns wichtig, nach Kriterien zu suchen, die uns einen Maßstab geben, nach dem wir auch den Besuch des „Hauses der Geschichte“ dann angemessen bewerten können und der substantieller, etwas griffiger ist. Aus diesem Grunde versuche ich mit Hilfe solcher Untersuchungen mittel- und langfristige Folgen von Ausstellungsbesuchen herauszuarbeiten. Wir haben in diesem Fall über tausend Interviews machen lassen, davon waren fünfhundert Besucher des Hauses, dreihundertfünfzig haben das Haus noch nicht besucht, wußten aber, daß es uns gibt, und dreihundert weitere haben weder das Haus besucht, noch wußten sie überhaupt, daß es das gibt. Ich kann also diese Frage nach dem Maßstab heute nur so beantworten, wie ich das getan habe, weil die Untersuchung noch nicht ganz fertig ist. Sie ist, wie gesagt, im Juli/August gemacht worden. Und ich kann aber schon sagen, daß wir so abgeschnitten haben. Ich bin aber ganz sicher, daß ich demnächst genaueres sagen kann über Menschen, die weder das Museum besucht haben, noch überhaupt wissen, daß es uns gibt, wie sie denn den Museumsbesuch im Vergleich zum Film oder dem Gespräch mit Eltern und Großeltern bewerten.

Ich halte auch die Zusammenarbeit mit Schulen für äußerst wichtig, wir haben insgesamt im Jahr 5.000 Gruppen, die systematisch durchs Haus geführt werden, angemeldete Gruppen. Das ist eine sehr große Zahl mit entsprechendem Aufwand. Eine Folge allein der Existenz des Hauses der Geschichte ist mindestens die, daß der Geschichtsunterricht, nämlich die Unterrichtung bis in die allerjüngste Zeit, ernster genommen wird. Sie wissen auch, daß die Geschichtsbücher zwar bis in die jüngste Zeit gehen, aber jeder weiß von sich oder von seinen Kindern, wann die Lehrer aufhören, wie weit sie überhaupt im Unterricht kommen. Ich glaube, daß wir in diese Richtung einen Impuls geben können und schon gegeben haben. Wenn Sie aber sagen, wie können wir denn die Schulen noch stärker aktivieren, dann muß ich sagen, das tun wir über die Multiplikatoreinrichtungen, aber in der Regel nicht gegenüber den Schulen selbst. Wir informieren zwar die Schulen in der Umgebung, aber das ist ein zweischneidiges Schwert. Je mehr die Kinder von den Lehrern gezwungen werden in die Museen zu gehen, desto weniger „nehmen“ sie mit. Auch dieses habe ich in einer ganz bestimmten Frage mal testen lassen. Da stellt man fest, daß die, die freiwillig kommen, sich sehr viel mehr merken. Die, die kommen müssen, sich weniger merken und weniger „mitnehmen“.

Herr Vergin hat noch danach gefragt, inwieweit z. B. durch einen Gedenkstättenbesuch oder, ich erweitere das auf Museums- oder Ausstellungsbesuch, Vorurteile verändert werden. Und wenn Sie die Frage so zuspitzen, würde ich sagen, ich glaube nicht, daß Vorurteile verändert werden können durch einen

Ausstellungs- oder Museumsbesuch. Jedenfalls wäre ich der Meinung, daß wenn man sich diese Aufgabe stellte, vermutlich zu weit greift. Wir alle sind beeinflußt von so vielen unterschiedlichen Medien, daß wir uns weder in die positive noch in die negative Richtung „umdrehen“ lassen durch einen Ausstellungsbesuch. Das ist auch etwas, was mit dem Thema „Identität-Stiften“ zu tun hat. Ich bin nicht der Meinung, daß ein Museum Identität stiften muß. Das weiß Herr Faulenbach, das habe ich beim „Haus der Geschichte“ von Anfang an immer gesagt. Ich bin aber sehr wohl der Meinung, daß wir Bilder vorgeben müssen, die dem Besucher die Möglichkeit geben, sich die Frage zu stellen, will ich mich damit identifizieren oder will ich eine negative Identifikation oder eine noch anders zu formulierende. Die Museen müssen aktuelle Fragen der Gegenwart aufgreifen, hat Herr Vergin auch angedeutet. Und ich denke, daß dieses nicht falsch ist, auch bei Museen, die länger zurückliegenden Epochen gewidmet sind. Ich meine, daß noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, auch über weiter zurückliegende Epochen mit Hilfe von aktuellen Themen, über „Aufhänger“ die Menschen von heute zu motivieren. Ich spreche immer gern von einem Verständnis der Geschichte als Entstehungsgeschichte der Gegenwart, die unsere Geschichte stärker in den Vordergrund rücken muß. Ich will damit nicht ausschließen, was nicht Entstehungsgeschichte der Gegenwart ist, aber ich will damit den Anknüpfungspunkt für die erleichtern, die nur ein vages Interesse an Geschichte haben.

Einen Überblick über die Finanzausstattung der Museen und Gedenkstätten habe ich nicht im Kopf, ich wüßte auch nicht, wo man ihn suchen sollte. Ich weiß allerdings, daß das „Haus der bayerischen Geschichte“ mal eine Untersuchung über die Auswirkungen des Gedenkstättenbesuches für Dachau gemacht hat, den man sich besorgen kann.

Herr Poppe hat noch danach gefragt, wie wir in Bonn unsere Dauerausstellung überarbeiten. Für die letzten zwanzig Jahre haben wir jetzt ein Konzept entwickelt, das wir mit unserem Gremium besprechen. Wir haben einen Arbeitskreis, einen wissenschaftlichen Beirat und ein Kuratorium. Wir versuchen mit Zeitzeugen, wir haben schon mal drüber gesprochen Herr Poppe, zusammenzuarbeiten, indem wir uns konkret zusammensetzen und gemeinsam zu besprechen versuchen, wie wir bestimmte Themen überzeugender vermitteln können. Sie müssen mir den Termin vorgeben, und dann machen wir ihn. Sie sind auch nicht so leicht verfügbar, aber ich bin zuversichtlich, daß wir die von Ihnen schon erhaltene Unterstützung noch vertiefen können. Wir haben die Ausstellung Mitte 1994 eröffnet und natürlich gibt es Ausstellungsteile, mit denen wir noch nicht zufrieden sind, weil, Sie alle wissen das, man wenige Jahre danach natürlich kein Ausstellungskonzept auch nur für halbwegs endgültig halten kann. Für die deutsch-deutsche Geschichte der jüngsten Zeit gilt dies in besonderem Maße.

Und schließlich Herr Faulenbach: Sie haben mir zu Anfang die Frage mit auf den Weg gegeben, ob das Haus der Geschichte Teil der Erinnerungskultur ist. Ich sage ein klares Ja! Genauso wie jedes Buch, das Sie oder ein anderer der

hier Anwesenden geschrieben hat, und genauso wie diese Enquete-Kommission ein Teil der Erinnerungskultur ist, die in diesem Lande stattfindet.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, meine Damen und Herren, wir kommen zum zweiten Durchgang, für den wir noch etwa eine Viertelstunde haben. Ich habe notiert an Wortmeldungen Faulenbach, Meckel, Gutzeit, Mocek. Kann ich dann die Liste schließen? Das ist offenbar der Fall. Zunächst habe ich mich selbst auf die Liste setzen lassen.

Zunächst zu Herrn Professor Reinhard Rürup. Ich würde generell meinen, daß der Katalog, der da vorgelegt worden ist, vermutlich nicht nur aus meiner Sicht zustimmungsfähig ist. Ich nehme mal an, daß auch die Enquete-Kommission über weite Strecken ihn zumindest als Grundlage ihrer Beratung betrachten wird. Ich wage jedenfalls die Prognose.

Ich hätte aber zwei Fragen. Die erste Frage: Es gibt von einer Reihe von jüdischen Publizisten in den letzten Jahren doch auch Kritik an unserer Erinnerungskultur. Micha Brumlik und andere sagen, diese vielfältigen Erinnerungsorte, Erinnerungsstätten usw. führen zu einer Trivialisierung der Erinnerung, auch zu einer Trivialität in der Gestaltung. Falls es denn richtig ist, daß eine Trivialisierung entsteht, ist diese Trivialisierung der Preis, den wir zahlen müssen, dafür, daß wir eine wirklich breit gesellschaftlich getragene, möglichst bis in die letzten Orte dieser Republik sich ausbreitende Erinnerungskultur versucht haben zu gestalten?

Meine zweite Frage: Es gibt im Hinblick auf die Förderungskriterien ja die entscheidende Frage, wer wird letztlich dann über die Förderung entscheiden? Selbst wenn die Kriterien festgelegt sind und gesetzt den Fall, wir könnten einen Beitrag dazu leisten, so wird immer noch eine Rolle spielen, wer sie effektiv dann anwendet. Könnte es sinnvoll sein, daß man dieses nicht ausschließlich auf der Ebene der Administration im Sinne des Innenministeriums gestaltet, sondern daß man auf der Ebene noch ein Gremium schafft, das jedenfalls zumindest Stellung nimmt zur jeweiligen Vergabe von Mitteln? Könnte nicht ein Mehr an Transparenz im Hinblick auf die Vergabe sinnvoll sein?

Nun die Frage zu Herrn Schäfer. Ich meine, wir stehen in der Tat ziemlich am Anfang im Hinblick auf die Besucherforschung für die Museen. Aber vielleicht haben Sie bei Ihren, Umfragen auch mal gefragt, was lernen die Besucher eigentlich, wenn sie dieses Museum durchlaufen haben? Gibt es dafür Hinweise? Lernt man etwa, daß die Geschichte der Bundesrepublik eine success-story ist auf der Folie einer dunklen Vergangenheit der DDR? Und lernt man, daß Adenauer und Kohl bedeutende Leute sind? Was wird effektiv eigentlich mitgenommen, außer der Tatsache, daß man ja eine Menge außerordentlich interessante Materialien, Gegenstände in Ihrem Hause sieht, insbesondere zur frühen Nachkriegsperiode? Da stehen die Leute immer ganz fasziniert davor. Aber was ist sozusagen politisch, was wird in diesem Museum im

Grunde genommen verstanden? Vielleicht dazu einige Mutmaßungen oder auch Erkenntnisse Ihrerseits.

Zweite Frage, Herr Schäfer, zu Leipzig. Es ist plausibel, daß das Bonner Museum eine Starthilfe gibt oder hilft, daß Leipzig in Gang kommt. Aber wäre es nicht sinnvoll, auf die Dauer Leipzig ein Stück weit gegenüber Bonn zu emanzipieren? Vielleicht in dem Sinne, daß man ein gemeinsames Dach hat, aber daß auch Leipzig selbständig arbeiten würde mit einer relativen Unabhängigkeit gegenüber Bonn. Noch mal, in der ersten Phase macht das Sinn, damit dies in Gang kommt, aber müßte nicht eine andere, eine längerfristige Perspektive in Hinblick auf eine Emanzipation oder jedenfalls eine relative Autonomie geschaffen werden? Dies wären meine Fragen, Markus Meckel setzt fort.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich knüpfe an die letzte Frage unmittelbar an. Das „Haus der Geschichte“ in Bonn ist doch im wesentlichen ein Haus von vierzig Jahren alter Bundesrepublik, natürlich mit dem Blick auf die Vorgeschichte und auf den zweiten deutschen Staat, ohne welchen die Bundesrepublik oft nicht verständlich wäre. Wenn ich an das anknüpfe, was Herr Faulenbach eben gesagt hat, wäre meine Erwartung an das Haus in Leipzig, ein Haus der Geschichte der DDR zu sein, natürlich auch mit allen dazugehörigen Perspektiven. Dazu gehört u. a. die Vorgeschichte, das jeweilige Selbstverständnis, die Differenzierungen im Land, die Perspektive auf den anderen deutschen Staat, die Bundesrepublik, ohne die die DDR gar nicht verständlich ist und natürlich die Abhängigkeit zur Sowjetunion. Das Haus in Leipzig müßte das Museum der DDR sein. Im Gegensatz zu Siegfried Vergins Darstellung sollte es nicht der Gedenkort für Widerstand und Opposition in der DDR sein, auch wenn diese Dimension natürlich auch in die Darstellung der Geschichte der DDR hineingehört. Aber ich erwarte von Leipzig, daß es als Haus der Geschichte der DDR „einen Überblick“ gibt über diesen Staat, dieses System und seine Geschichte. Dazu gehören Wertungen, dazu gehören Differenzierungen. Im Anschluß an das von Herrn Faulenbach Gesagte gehe ich davon aus, daß das Leipziger Haus in der Perspektive eine selbständige Institution sein sollte. Und ich erwarte ebenfalls, daß künftig, das wird man noch nicht heute und morgen machen können, aber die Geschichte des vereinten Deutschland, ab 1990, einmal ein Museum in Berlin braucht. Das wird notwendig sein, und von daher denke ich, ist diese Struktur sinnvoll. Meine Frage: Könnten Sie sich mit einem solchen Gedanken anfreunden? Ich vermute Nein, weil es natürlich auch klar ist, daß ein Haus, das in Bonn sitzt, dann natürlich seine Bedeutung auch für den gesamten Zeitraum und in der gesamten Perspektive beansprucht, aber ich möchte doch zu erwägen geben, ob das nicht eine mögliche Strukturierung wäre.

Daran schließt sich meine Wertung und Frage nach Opposition und Widerstand in der DDR. Wir haben für die Zeit des Nationalsozialismus, Herr Professor Rürup, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Herr von Dohnanyi hat heute vormittag, in einem Nebensatz mehr, deutlich gemacht, daß wirklicher

Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus nicht überlebt hat. So ist die Gedenkstätte Deutscher Widerstand für die NS-Zeit an einem Hinrichtungsort wichtiger Widerständler, der gleichzeitig Ort ihres Wirkens war, gut plaziert. Für die DDR-Zeit ergibt sich ein völlig anderes Bild. Hier gibt es große Bereiche von Opposition und Widerstand, die nicht mit dem Tode endeten, sondern mit dem Erfolg. Es wurde überlebt. Es gab Todesfälle, aber normalerweise wurde überlebt. Nun meine Frage an Sie beide: Brauchten wir einen eigenen Ort, wo man der Opposition und des Widerstands gedenkt und erinnert? Ich tendiere dahin, Ja zu sagen. Die Schwierigkeit ist die Frage nach einem authentischen Ort. Es bietet sich kein Ort automatisch an. Mir fiel es jedenfalls schwer, einen zu nennen, der sofort plausibel ist. Ich denke aber, es bräuchte einen solchen Ort, unabhängig von dem „Haus der Geschichte“ in Leipzig.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Professor Rürup. Sie hatten in Ihrem ersten Teil als Gegenstände von Erinnerung einerseits Widerstand, Opfer, andererseits aber auch die Täter und das in einer spezifischen Art, daß Aufklärung passieren soll. Jetzt zur Frage der zweiten Diktatur. Wir haben ja im hohen Maße eine Konzentration auf das Thema MfS, was die Täter betrifft. Und da gibt es ja auch etliche Aufklärung. Wo sehen Sie einen Ort, ich denke hier gerade an Berlin, wo eben dem tatsächlich machthabenden Apparat der SED und ihrer Führung entsprechend Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte oder könnte, um hier nicht Perspektiven falsch entstehen zu lassen? Das ist das eine.

Jetzt noch eine Frage an Herrn Schäfer. Von Opposition und Widerstand war ja schon die Rede. Nun hat ja Leipzig, einfach als Ort, als authentischer Ort, eine ganz spezifische Bedeutung und gibt natürlich auch der Geschichte eine bestimmte Interpretation. Meinen Sie, daß dieses Haus dort in Leipzig für die Geschichte des Endes der DDR und – wie Markus Meckel sagte – für Opposition und Widerstand insgesamt tatsächlich ausreicht, oder ob es hier eigentlich nur einen Teilaspekt darbieten kann?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Als letzter Herr Mocek, bitte.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ja, ich habe eine Frage an Herrn Schäfer. Auf Seite 5 in dem Konzept, das Sie hier mitgegeben oder austeilen haben lassen, sind zwei Sätze, denen ich vorbehaltlos zustimme, an die ich auch Fragen anhängen. Der eine besagt, daß die Ausstellung sich gegen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung der SED-Diktatur, gegen Legenden und Mythenbildung richten und zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte nach 1945 anregen soll. Gibt es nun dazu alternative Deutungs- und Interpretationsmuster in der Ausstellung selbst oder wird das Konzept, wie es Sie hier vorgestellt haben, nach den hier vorgelegten Schwerpunkten abgearbeitet? Also, um nur mal vier Punkte zu nennen: Unterschiedliche Startbedingungen, Reparationen etc. wären so ein Punkt. Wird das in dieser Ausstellung auch dokumentiert? Dann zu dem ganzen Problem Kollektivierung, Schwerindustrie

etc., da gab es ja Alternativen. Wird überhaupt auf diesen Aspekt eingegangen, ob die DDR, einmal entstanden, Alternativen auch in einer ökonomisch-politischen und anderen Entwicklung hatte? Das Dritte: die deutsch-deutschen Beziehungen werden eigenartigerweise erst mit dem Mauerbau thematisiert. War der Mauerbau nicht schon eine Reaktion auf deutsch-deutsche Beziehungen, die natürlich mit der Fluchtbewegung usw. sich recht einschneidend ausgewirkt haben? Und wie steht es, mit dem primitiven Erziehungssozialismus, der dem Konzept zufolge bis zuletzt durchgehalten worden sei, der beabsichtigt habe, „das gesamte Leben“, ich zitiere, „der Bevölkerung Ostdeutschlands zu verplanen“. Also das war spätestens nach dem ersten Jahrzehnt kein Konzept mehr, sondern das ist in den vielzitierten Gulaschkanonensozialismus übergegangen. Das sind die Punkte, wo ich nicht sehe, wo hier der Besucher zu einer Auseinandersetzung angeregt bzw. durch alternative Deutungsmuster auch dazu veranlaßt wird. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, vielen Dank. Ich vermute, wir können dieses Konzept hier heute nachmittag nicht mehr diskutieren, aber dennoch wird Herr Schäfer sicher gleich darauf reagieren. Reinhard Rürup zunächst.

Prof. Dr. Reinhard Rürup: Ja, ich beginne mit den beiden Hinweisen von Herrn Gutzeit und Herrn Meckel. Einmal die Frage: Brauchen wir eine Täterforschung auch für die SED-Herrschaft und eine entsprechende Präsentation? Dann die andere Frage nach Opposition und Widerstand. Diese Fragen ergänzen sich ja in gewisser Weise. Ich glaube, daß wir in der Tat auf die Dauer auch einen Ort haben sollten, der spezifisch den Tätern, den Strukturen und auch den Biographien, gewidmet ist. Das wird aber nach meiner Vorstellung noch etwas Zeit brauchen. So etwas muß ja sehr breit vorbereitet werden. Die zweite Frage ist, braucht man so etwas wie die Gedenkstätte Deutscher Widerstand auch im Hinblick auf die Opposition gegen die SED-Herrschaft? Ich bin in diesem Punkt nicht ganz so sicher wie bei der Täterfrage, finde es aber eine sehr interessante und lohnende Überlegung, und man sollte das einmal durchspielen. Man hat ja sehr früh im Hinblick auf den 20. Juli eine Gedenkstätte Deutscher Widerstand in West-Berlin eingerichtet, zu einem Zeitpunkt, als die Widerstandsforschung hinsichtlich der Breite und der Ausdifferenzierung des Widerstands in der NS-Zeit noch ganz in den Anfängen war. Es fehlt natürlich für die DDR-Geschichte etwas Spektakuläres wie ein 20. Juli, wo man anknüpfen könnte, wo man einen Bezugspunkt hätte. Deshalb wird man erhebliche Vorarbeiten, theoretische und empirische, leisten müssen, um so etwas zu planen. Man könnte natürlich etwas um den 17. Juni herum versuchen. Ich halte es für denkbar, glaube aber, daß man es sehr sorgfältig durchdenken muß.

Die beiden Fragen von Herrn Faulenbach: Die erste lautete ja, ob Trivialisierung der Preis sei für die Ausbreitung von Erinnerungskultur. Ich glaube das nicht. Ich glaube auch, daß diese Kritik, die von Autoren, die Sie genannt haben, geäußert wird, ganz überwiegend ungerecht ist. Andererseits, wie ungerecht es auch sein mag, lohnt es sich bei solchen Äußerungen, immer genau

hinzuhören. Und gemeint ist in der Regel ja nicht eine Trivialisierung, die sich etwa aus der Gedenkstättenarbeit ergibt, sondern es ist eine Trivialisierung bei Politikern, bei Journalisten und bei manchen anderen, weil sich eine Ritualisierung, insbesondere im Umgang mit der jüdischen Geschichte und der Verfolgung von Juden, ergeben hat. Da hat sich vieles so abgespielt, daß gleichsam die Worte formuliert werden können, ohne daß vorher noch viel nachgedacht werden muß. Das ist in der Tat ein Problem, und es wird von diesen Autoren dann etwas polemischer zugespitzt als von anderen. Das hat aber mit der eigentlichen Gedenkstättenarbeit nach meiner Vorstellung überhaupt nichts zu tun, im Gegenteil, dort geht es sehr viel weniger trivial zu, als es vor 20, 25 Jahren an entsprechenden Orten zugeht. Man hat gelernt, man hat präzisiert, man ist genauer. Ich glaube deshalb, daß diese Überlegung, ob die Trivialisierung ein Preis für den Erfolg sei, nicht zutrifft.

Die andere Frage war die nach einem Gremium beim BMI, das über Fördermittel entscheiden würde. Ich bin nicht ganz sicher, wie es gemeint ist. Wenn man solch einen Topf einrichten würde, aus dem jährlich 5 Millionen Mark zu vergeben wären, um nur eine Größenordnung zu nennen, dann braucht man in der Tat solch einen Beirat von Fachleuten, das hatte ich auch vorgeschlagen. Wenn es aber um die grundsätzliche Aufnahme von Institutionen in die Förderung durch den Bund zu 50 % oder mehr geht dann wird dies doch politisch entschieden, es wird vorbereitet durch diese Kommission, es wird behandelt im Innenausschuß, es wird behandelt im Haushaltsausschuß des Bundestages, und ich sehe da nicht recht, wo das zusätzliche Gremium eingebaut werden sollte und mit welcher Legitimation – in einem Verfahren, in dem der Bundestag mit seinen verschiedenen Ausschüssen und Kommissionen so stark präsent ist, zumal die Kommissionen ja auch Sachverständige in großer Zahl einbinden. Da habe ich die Vorstellung, das müßte für diese Entscheidung eigentlich reichen. Wenn es jährlich wiederkehrende Entscheidungen gibt, dann wird man sehr gut eine Art bundesweiten Beirat gebrauchen können. Aber ich würde zwischen der Grundentscheidung über die Aufnahme in die Förderung und einem Beirat für jährliche Mittel deutlich unterscheiden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Schönen Dank, ich kann da jetzt nicht noch einmal meinerseits reagieren. Herr Schäfer, wenn Sie bitte im Auge haben, daß wir leider Gottes in Zeitnot sind. Entschuldigen Sie bitte, ja.

Prof. Dr. Hermann Schäfer: Ich versuche es in vier Punkten zusammenzufassen, will aber einleitend noch bestätigen, was Herr Rürup sagt. Es gibt diese Kommission, ich bin selbst Mitglied, die sich sorgsam Gedanken darüber macht, welche Einrichtungen aufgenommen werden und auch aufgenommen wurden in die Förderung des Bundes. Da ist unter anderem auch Frau Grebing auch drin gewesen und noch zwei oder drei weitere.

Punkt eins: Wer der Meinung ist, daß das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ Leipzig nicht betreuen sollte, sollte es sofort sagen und sollte uns diese Aufgabe wegnehmen. Ich sage das deutlich und sehr offen, weil dieses ein immenser zusätzlicher Aufwand ist, eine riesige Arbeit. Jeder-

mann weiß auch, daß ohne unsere Unterstützung dies nicht zu leisten ist. Das ist, glaube ich, unstreitig. Aber ich frage Sie mal, Herr Faulenbach und Herr Meckel: Wenn Sie ein Buch schreiben, oder von dem Verleger oder wem immer den Auftrag erhalten, eine erste Auflage zu machen und er sagt, die erste Auflage machen Sie, und die überarbeitete zweite Auflage macht Herr Meckel. Ich weiß nicht, ob Sie bereit wären, unter solchen Bedingungen etwas derartiges zu machen. Ich nicht. Ich sage es nochmals sehr deutlich und ganz offen: Wer der Meinung ist, daß wir nicht die Richtigen sind, diese Einrichtung zu betreuen, der soll uns das sagen oder soll es den Politikern sagen, und dann haben wir ein sehr erhebliches Maß an zusätzlicher Arbeit nicht. Denn das, was wir in Bonn machen, das machen wir ja auch unter Volldampf und nicht unter dem Gesichtspunkt, daß hier vierzig Jahre alte Bundesrepublik auszustellen sind, sondern immer unter dem Gesichtspunkt, daß wir ein Museum für Zeitgeschichte sind, in dem die Zeitgeschichte weiter ausgestellt wird. Dies war immer die Prämisse, unter der dieses Haus gegründet wurde, unter der ich 1987 angetreten bin, und unter der wir weiterhin arbeiten. Wir versuchen, Themen aufzugreifen, die von großer Aktualität sind. Und wir stellen uns bei fast jedem Ausstellungsprojekt die Frage, wie können wir dazu beitragen, daß sich ein gemeinsames Geschichtsbild in Ost und West entwickelt, ein gemeinsames deutsches Geschichtsbild. Sie wissen, daß wir die Ausstellung über „Markt oder Plan - Wirtschaftsordnungen in West und Ost“ gemacht haben, die jetzt in Nürnberg, demnächst in Dresden gezeigt wird. Sie wissen, daß wir demnächst „Ungleiche Schwestern – Frauen in Ost und West“ eröffnen, immer bewußt im Vergleich. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wir können nur dann einen Beitrag zum Zusammenwachsen unserer lange geteilten Geschichtsbilder leisten, wenn wir diese Geschichtsbilder immer wieder gemeinsam betrachten. Ich bin also ganz dagegen, Herr Meckel, wenn man sagt, hier ein Haus DDR, da ein Haus Bundesrepublik und dann noch eins, was dann das zusammenwachsende Deutschland zeigt.

Dritter Punkt: Alternative Deutungsmuster, Reparationen, Startbedingungen. Herr Mocek hat danach gefragt. Sie können sicher sein, dies soll ausgestellt werden. Ich habe das natürlich hier nicht alles aufgeführt. Ich habe auch noch Faltblätter dabei, die ich Sie bitte an sich zu nehmen. Die werden Sie auch nicht völlig befriedigen, weil ein Konzept dieser Art sich in wenigen Minuten natürlich nicht entfalten läßt. Aber wir werden versuchen, Weichenstellungen der DDR-Geschichte, Weichenstellungen deutsch-deutscher Geschichte in Leipzig auszustellen. Aber Alternativen der Geschichte sind nur sehr selten auszustellen oder sogar zu entwickeln. Das weiß jeder Historiker, weil einfach die Geschichte nur auf einer Schiene weitergelaufen ist, und die verschiedenen roten Fäden habe ich schon angedeutet.

Und der letzte Punkt: Herr Faulenbach, wenn Sie so sagen, Trivialisierung als Preis, dann klingt das negativ – Sie haben es als Frage formuliert, Trivialisierung als Preis. Das ist eine Frage, die ich gerne auch zurückgebe an den Historiker. Und wer von uns – wir sind doch alle Historiker oder Wissenschaftler – würde, wenn er eine Arbeit geschrieben hat mit dem dicken Anmerkungsappa-

rat, denn die Frage des Verlegers negativ beantworten, der sagt, mach uns dieses noch mal in einer populäreren, nicht trivial oder banal, das meine ich jetzt nicht so negativ, wie man das auch interpretieren kann, aber mach uns noch mal die populärere Fassung, das paperback davon. Und dann ergänzen wir Bilder und vielleicht drehen wir sogar einen Film zum Thema. Ich würde dieses nicht als etwas Negatives ansehen, sondern als Chance. Und diese Chance sollte auch die Wissenschaft noch stärker erkennen, und Sie wissen selber, daß die Wissenschaftler meistens nur schreiben und selten sogar auf die Bebilderung ihres Buches achten. Die macht dann ein Bildredakteur im Verlag. Also ich sehe in den Ausstellungen, in den Gedenkstätten und weiterhin auch in dem, was sie an zusätzlichen Publikationsmaterialien vertreiben können, eine sehr große Chance.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, ich möchte mich ganz herzlich bei unseren Referenten bedanken. Ich darf drei Sätze noch hinzufügen. Ersten Satz: Ich glaube, hier ist heute nachmittag bestätigt worden, daß die Vielfalt der Erinnerungskultur fortzuentwickeln gilt, aber es ist nicht der Ruf erhoben worden nach Zentralinstitutionen.

Zweite Bemerkung: Wir haben eine Reihe von Anregungen bekommen, etwa zu prüfen, inwieweit man die Förderung auf alte und neue Länder beziehen soll. Oder die Anregung von Herrn Rürup im Hinblick auf einen Fonds. Das werden wir in unseren kommenden Beratungen noch genauer zu prüfen haben.

Dritte Bemerkung schließlich: Generell haben wir heute wiederholt darüber diskutiert, wie wir die verschiedenen Stränge deutscher Geschichte zusammenbekommen, und in welchem Verhältnis sie zueinander stehen. Dies ist aus meiner Sicht ein offenes Problem, über das wir weiter diskutieren müssen. Schönen Dank.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Professor Faulenbach und vielen Dank natürlich auch von meiner Seite an Herrn Schäfer und Herrn Rürup.

Wir machen jetzt nur einen Stuhlwechsel. Wer Kaffee trinken möchte, muß das zwischendurch organisieren. Ich darf die Herren Henke, Reichel, Overesch und Herrn Fischer, wenn er da ist, jetzt bitten, hier das Podium zu verstärken.

Ich muß Sie zunächst darüber informieren, daß ein Fax angekommen ist von Herrn Rathenow. Er ist durch einen heftigen Grippeinfekt daran gehindert, an der Sitzung teilzunehmen. Ich freue mich, daß Herr Dr. Fischer, der bei der ganzen Anhörung bisher dabei war, der die Enquete-Kommission sehr genau beobachtet, weil er im Zentralrat der Juden immer wieder in dieser Frage gefordert ist, einspringt, um als ehemaliger DDR-Bürger aus seiner Erfahrung heraus uns zum Thema Gedenkstättenmißbrauch einiges zu sagen. Herzlichen Dank, Herr Dr. Fischer, daß Sie das so spontan machen und uns als Zeitzeuge praktisch zur Verfügung stehen. Die anderen Herren sind im Programm ausgewiesen. Herr Professor Dr. Klaus-Dietmar Henke sitzt links von mir. Er kommt vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und ist Uni-

versitätsprofessor in Dresden. Wir kennen uns schon lange von der Arbeit in der Gauck-Behörde, wo er vorher war. Ich freue mich, Herrn Professor Dr. Peter Reichel neben Herrn Dr. Fischer begrüßen zu können. Herr Reichel kommt aus Hamburg, ist dort Professor für politische Wissenschaft und historische Grundlagen der Politik. Dann darf ich begrüßen Herrn Professor Dr. Manfred Overesch, der von der Universität Hildesheim zu uns gekommen ist. Er ist dort Ordinarius für Geschichte und Didaktik der Geschichte. Und damit, meine Herren, habe ich Sie vorgestellt, so gut das jetzt ging. Ich freue mich, wenn Sie jetzt unter der Leitung von Professor Dr. Manfred Wilke einen wichtigen Beitrag leisten mit empfehlenden Hinweisen für eine Gedenkstättenkonzeption aus den verschiedenen Sichten heraus, denn das ist unsere Hauptaufgabe.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Es ergeben sich aus der Aufteilung gewissermaßen zwei Blöcke. Zum einen wird der Kollege Henke noch einmal über den Hintergrund dieser zwei Diktaturen sprechen, dem die Gedenkstättenkonzeption unserer Kommission gerecht werden muß. Kollege Reichel wird noch einmal die Erinnerungskultur in Erinnerung rufen, wie sie sich in der alten Bundesrepublik ausgebildet hat. Kollege Overesch wird über den politischen Gebrauch des Antifaschismus in der DDR, den wir als Mißbrauch bezeichnen, noch einmal informieren und über das, was Herr Fischer dazu beizutragen hat, hat unser Vorsitzender das Nötige gesagt. Ohne langen Verzug, Herr Kollege Henke, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, in dieser Phase der Überlegungen der Enquete-Kommission einen ganz konkreten Vorschlag zu machen. Und ich will versuchen, diesen Vorschlag einzubinden in einige allgemeine Aspekte doppelter Diktaturerfahrung in diesem Land.

Die Debatte über Trauern, Gedenken und Lernen im einzigen Land mit doppelter Diktaturerfahrung mußte wohl zwangsläufig zwischen zwei Extrempositionen verlaufen. An dem einen Extrempol, und davon war heute schon die Rede, verschwinden nationalsozialistische und kommunistische Diktatur gemeinsam hinter pauschalen Etiketten: Etiketten wie „politische Gewaltherrschaft“ oder „totalitäre Regime“. Das Ergebnis ist hier, wie ich das nennen würde, eine nivellierende Enthistorisierung. Am anderen Extrempol dieser Diskussion erscheinen die beiden Diktaturen als antagonistische Herrschaftsformen sui generis ohne irgendwelche gemeinsamen Elemente. Das Ergebnis ist eine isolierende Historisierung dieser Diktaturen. Diese beiden Positionen, so denke ich jedenfalls, konnten in der ungeheuer lebendigen und zum Teil ja auch aufgewühlten Gedenkstättendebatte seit 1990 zu extremistischen Positionen marginalisiert werden. Das ist sicherlich ein Ergebnis. Und erreicht wurde dies in einem gemeinsamen permanenten Gespräch zwischen den Opfern beider Diktaturen – denen dabei übrigens am meisten abverlangt worden ist –, zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Publizisten und auch den Praktikern in den Gedenkstätten, die dabei die schlimmsten Anfeindungen zu ertra-

gen hatten. Das Resultat war eine Schärfung der Wahrnehmung von NS-Staat und SED-Staat in ihrer je eigenen historischen Gestalt. Und nach dieser großen sieben- oder achtjährigen Debatte ist es sehr viel schwerer geworden, die doppelte Diktaturerfahrung zu politisieren und bei dieser Politisierung im übrigen die Würde der Opfer zu verletzen. Und es ist auch schwieriger geworden – aus welchen Motiven auch immer – die Nazis hinter den Kommunisten verschwinden zu lassen, aber auch umgekehrt. Diese Debatte über unsere zersplitterte Geschichte hat den Weg dafür ebnen helfen, daß der Toten und Gequälten beider Diktaturen unabhängig davon gedacht werden kann, im Namen welcher Ideologie sie terrorisiert worden sind, nämlich einfach als Menschen, die in ihrer Würde angetastet und ihres Rechtes auf Leben und Unversehrtheit beraubt worden sind. Dieses gemeinsame Gedenken, so glaube ich, ist die emotionale Quintessenz der Erfahrung mit zwei Weltanschauungsdiktaturen. Die intellektuelle Quintessenz der Debatte ist die Erkenntnis, daß es immer auf Kosten des einzelnen geht, wenn die Ideen von 1789 im Namen kollektiver Werte ausgerangiert werden. Die einzigartigen Gegebenheiten in Deutschland erlauben es, in unseren Gedenkstätten die erste und die zweite deutsche Diktatur je für sich zu analysieren und zugleich aber auch zu zeigen, daß weder der Nationalsozialismus noch der Kommunismus singuläre geschichtliche Abirrungen gewesen sind, sondern zwei Komponenten eben des einen Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur, der von heute aus wohl als die Hauptsignatur des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts verstanden werden muß.

Meine Damen und Herren, ein gewisses Defizit der zurückliegenden Gedenkstättendebatte scheint mir freilich in einer Verkürzung von politischem Terror auf Mordlager und U-Haft und in der Verkürzung des Kommunismus auf den Stalinismus zu liegen. Dadurch besteht die Gefahr, daß die Subtilisierung von Verfolgung und Schurigelung Mißliebiger und Oppositioneller im späten Staatssozialismus, also der unsichtbare und der lautlose Terror, wie das genannt worden ist, unterbelichtet bliebe, der doch für Jahrzehnte des späten Staatssozialismus in der DDR und anderswo gerade das Typische ist - eben nicht das Lager, eben nicht der GULAG. Diese Konzentration auf den sichtbaren harten Terror à la Hitler und Stalin als die brachialste Ausprägung totalitären Verfügungsanspruchs ist freilich ganz verständlich. Erstens sind dadurch allein in Deutschland Hunderttausende getötet worden, derer wir gedenken müssen. Zweitens materialisiert sich in Form von Gedenkstätten dieser brachiale Terror sehr gut, er wird sichtbar in Typhus-Baracken, in Genickschußanlagen, in Krematorien und Folterkellern. Dieser harte Terror hat einen authentischen Ort, den man besuchen kann und den man zu einem Lernort erweitern kann. Die lautlose Verfolgung im avancierten Totalitarismus spätsozialistischer Provenienz hat solche Orte nicht. Dieser leise Terror ist auch viel schwerer faßbar. Er wirkte diffuser in die unterworfenen Gesellschaft hinein. Er ist didaktisch nicht einfach und überhaupt nur als ein hochintegrierter Verfolgungs- und Disziplinierungsmechanismus im Kontext des Regimes selbst darstellbar. Er ist komplizierter. Der Lern- und Gedenkort, an dem Zersetzung, Bedrängung und Gängelung im späten Staatssozialismus zum Thema gemacht

werden müssen, kann deswegen nach meiner Überzeugung nur der Ort der Täter sein. Und der einzige dafür geeignete Ort der Täter ist das Hauptquartier Erich Mielkes in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg, nicht weit von hier. Er darf meiner Auffassung nach in einer nationalen Gedenkstättenkonzeption nicht fehlen.

Ich möchte in einem zweiten Teil meinen Vorschlag, hier in Berlin neben einer „Topographie des Terrors“ eine, sagen wir, „Anatomie des SED-Sozialismus“ zu haben, noch von einer mehr theoretischen Seite her zu untermauern versuchen. Und dabei darf ich mir vor einem Forum wie diesem ganz gewiß sparen, näher auf die beträchtlichen Unterschiede zwischen diesen beiden Diktaturen, die heute im Laufe des Tages ja oft angesprochen worden sind, einzugehen. Ich möchte es bei dem Hinweis dazu belassen, daß die zweite deutsche Diktatur unmenschliche Praktiken hatte, und daß die DDR von ihrem ganzen Zuschnitt her eines mündigen Menschen wahrlich unwürdig gewesen ist, daß sie aber kein menscheitsfeindliches Regime wie die erste deutsche Diktatur gewesen ist. Sie hat weder definiert noch hat sie danach gehandelt, wer ein Lebensrecht auf Erden haben soll und wer kein Lebensrecht haben soll.

Gedenkstätten in einem Land mit nationalsozialistischer und kommunistischer Vergangenheit sind neben Orten der Trauer und des Gedenkens Orte der Demokratiesicherung. Denn wir setzen uns ja nicht deswegen mit der Vergangenheit auseinander, um nicht zu vergessen, sondern um als einzelne wie als Gemeinwesen urteilsfähig zu bleiben. Die Gedenkstätten sind Orte der Aufklärung über die Brüchigkeit der Zivilisation insgesamt, und sie sind Orte der Aufklärung darüber, was dem Bürger in Systemen droht, die nicht demokratisch, sondern lediglich weltanschaulich legitimiert sind. Und, darüber besteht kein Zweifel, Weltanschauungsdiktaturen waren NS-Staat und SED-Staat gleichermaßen. Beide Diktaturen haben die rechtstaatliche Demokratie, ihre Ordnungsprinzipien und ihr Menschenbild immer bekämpft, und zwar bis zum Schluß. Beide Regime waren entschlossene Antagonisten des demokratischen Staats- und Gesellschaftsmodells, wie es im Grundgesetz fixiert ist. Das ist eine weitere Quintessenz unserer doppelten Diktaturerfahrung, die noch nicht überall durchgesickert ist. Im universalistisch hyper-rationalen Marxismus-Leninismus ganz genauso wie im gesellschaftsbiologisch-irrationalen Nationalsozialismus bezog eine sogenannte Avantgarde aus ihrer vorgeblichen Einsicht in ein vermeintliches Entwicklungsgesetz der Geschichte, das es in Wirklichkeit überhaupt natürlich nicht geben kann, ihr Wissensmonopol und damit auch gleich ihr politisches Verantwortungsmonopol. Und Wesensmerkmal beider Regime war, nach einer bekannten Definition, ihr Versuch, tatsächlich ein neues gesellschaftliches Wertungssystem gewaltsam durchzusetzen; so wie das auch passiert ist in beiden Diktaturen. Historisch bedeutete das im Nationalsozialismus wie im Staatssozialismus folgendes: Eroberung des Staates durch eine Weltanschauungspartei; Gleichschaltung und Umbau der Gesellschaft; Indoktrinierung und Umerziehung; Prinzipielle Intoleranz; sodann die berühmte Erfindung und auch die Präparierung und Bekämpfung feindlich-negativer Elemente und sogenannter objektiver Gegner. Hinzu kommt die uni-

versale Verdächtigkeit und die Umprägung von Worten und Werten in beiden Diktaturen. Die Parallelen, so meine ich, sind unübersehbar. Wenn die Wirklichkeit sich dann auch nicht in dem gewünschten Maße in Fiktion verwandeln ließ, wie Hannah Arendt das nannte, wenn die Menschen sich dieses Verfügungsanspruches auch immer besser zu entziehen verstanden mit den Jahren, wenn also nach einer Binsenwahrheit auch der Totalitarismus niemals total sein konnte, so gaben beide Weltanschauungsdiktaturen ihren Verfügungsanspruch auf den einzelnen andererseits aber niemals wirklich auf, bis in den Oktober und November 1989 hinein. In allen Weltanschauungsdiktaturen ist offenbar allein die Geheimpolizei in der Lage in dem Ausmaß für Information, für Prävention, für Manipulation und für Repression zu sorgen, das von den Weltanschauungsmonopolisten – sei es nun ein Führer oder ein Politbüro – für unerlässlich gehalten wird. Und die ratio der Geheimpolizei lautet in beiden Regimen gleich: Verabsolutierung des Gegnerprinzips; Perversion des Vorbeugeprinzips; Verallgemeinerung der ideologischen Feindvorstellung und schließlich totalitärer Verfügungsanspruch über den einzelnen, der sich selbstverständlich nicht immer realisieren läßt.

Bei Diktaturen mit langer Lebensdauer vollzieht sich nach und nach eine Abkehr vom offenen Terror hin zu subtilisierten Verfolgungs- und Unterdrückungsmethoden, eben zu jenem leisen Terror der Zersetzung, Deformierung, Bedrückung und Gängelung des Bürgers. Dieser leise Terror entfaltet sich im engen und geräuschlosen Zusammenwirken – politisch-operatives Zusammenwirken hieß das in der DDR, POZW, wie alles andere auch abgekürzt – mit den übrigen Organen von Partei und Staat. Es ist nicht die Staatssicherheit allein, und es können in diesem Zusammenwirken alle notwendigen Register konspirativer, amtlicher, polizeilicher und sogar juristischer Möglichkeiten gezogen werden. Wir haben das in den Verfahren gegen Havemanns Richter ja analysiert im Lauf dieses Prozesses. Die Geheimpolizei ist nur das Leitorgan in diesem eingespielten hochintegrierten Unterdrückungsmechanismus. Man brauchte im Spätsozialismus niemanden mehr wie früher in krudem Terror zu brechen oder schlicht verschwinden zu lassen. Eine wissenschaftlich und operativ ertüfelte und von einem Heer von Helfern aus Partei und Staatsapparat mitgestaltete Subtilisierung der Repression tat es jetzt auch. So ist es unabhängig, die Verfolgungsstruktur immer im engen Zusammenhang mit der Regimestruktur zu betrachten, sei es im SED-Staat, sei es im NS-Staat. Das heißt, eine Erläuterung der Funktionsweise von Verfolgung aber auch von Opposition ist nur gemeinsam mit der Funktionsweise des Regimes erklär- und erläuterbar und transparent zu machen für denjenigen, der in eine Gedenkstätte kommt.

Diese Verfolgungsstruktur, meine Damen und Herren, im avancierten Totalitarismus der zweiten deutschen Diktatur hätten wir ohne die Öffnung der Stasi-Unterlagen niemals entdecken können. Das ist ein weiterer großer Verdienst dieser Aktenöffnung. Ich beschreibe das alles hier so eingehend, weil ich auf die konstitutive Bedeutung dieser Unterdrückungsstruktur für den SED-Sozialismus und vermutlich für den späten Staatssozialismus generell auch in an-

deren Ländern aufmerksam machen möchte. Ich tue das außerdem, weil wir es hier mit elaborierten Techniken zu tun haben. Techniken, die als mögliche künftige Gefährdung unserer Bürgerfreiheit im modernen Staat wohl eher vorstellbar sind als die Wiederkehr der Methoden Hitlers und Stalins. Diese Art KGB-Sozialismus der 70er und 80er Jahre, der derzeit nur in Deutschland ungehindert erforschbar ist, hat überdies eine internationale Dimension, einen internationalen Kontext, denn Polen, Russen, Tschechen oder Bulgaren waren davon ja ganz genauso betroffen wie die Bürger in Ostdeutschland. Wir müssen den avancierten Totalitarismus der späten DDR schließlich auch deswegen breit in unseren Gedenkstätten präsentieren, weil es Menschen gibt, die ein Interesse daran haben, die eben verflossenen Honecker-Jahre als eine Art altersmilden Staatssozialismus in Rosa zu färben. Ich meine, daß so ein zentrales Phänomen der Diktaturerfahrung einen authentischen und – das ist wichtig – einen prominenten Gedenk- und Lernort haben muß. Die komplett erhaltene Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin sollte deswegen in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgenommen werden. Ich wiederhole mich damit.

Ich gebe diese Empfehlung auch deswegen, weil ich die totalitäre Versuchung nicht für ein erledigtes Phänomen halte, sondern für eine permanente Herausforderung aller Demokratien. Und die beträchtliche Verführungskraft des Totalitären rührt nämlich nicht unbedingt nur davon her, welche Ideologien uns nationalsozialistische, kommunistische oder noch erscheinende Propheten einzutrichtern versuchen, sondern diese Verführungskraft hängt mindestens so sehr davon ab, wie diese Botschaften an den Mann gebracht werden. Ihre zeitweise unwiderstehlich wirkenden Appelle des Unbedingten und der Glaubensgewißheit, der Zukunftssicherheit entzündeten sich bei ihren Adressaten, bei uns allen, also bei ganz normalen Menschen mindestens so sehr im Affektiven wie im Rationalen. Zum Zweiten sind die Zutrittsportalen der totalitären Versuchung gar nicht so sehr die vorgeblichen Sehnsüchte der Menschen nach Heroismus oder die Sehnsüchte nach Bewegung, wie bei den Nazis, oder nach Egalität, sondern viel eher sein zeitloses Bedürfnis nach Sinn und sein angeborenes Verlangen nach Sicherheit im Sozialen und nach Überschaubarkeit des Lebens. Psychologische Disposition und soziale Motivation also als Hauptadressaten totalitärer Ideologien – und diese Dispositionen werden erst mit dem Menschen selbst verschwinden. Das ist eine weitere Lehre aus unserer doppelten Diktaturerfahrung, die aufzunehmen wäre, und zwar durchaus aus aktuellen Gründen, weil an das, was ich eben skizziert habe, zwei wenig beruhigende Vermutungen auch für den Politiker zu knüpfen sind:

Erstens, die totalitäre Versuchung liegt mindestens so stark in ihren Gesten wie in ihrem Gehalt.

Zweitens, die Verführungskraft totalitärer Ideologien dürfte mindestens so sehr an der unveränderlichen menschlichen Konstitution als an irgendwelchen konkreten historischen Konstellationen gebunden sein.

Geschlossene Weltanschauungen – und das ist ein Fazit – bleiben deshalb eine dauerhafte Verlockung, und sie bleiben eine dauerhafte Gefährdung für den einzelnen und für die offene Gesellschaft, in der er lebt. Unsere Gedenkstätten sind Orte der Aufklärung und sie sind Orte der Demokratiesicherung. Eine Anatomie des SED-Sozialismus im Täterort des Befehlsstandes der kommunistischen Geheimpolizei gehört mit in diese Konzeption hinein. Nirgends kann die Illusion vom guten Kern des Staatssozialismus nachhaltiger zertrümmert und nirgends kann eindringlicher verdeutlicht werden, wie avancierter Totalitarismus funktioniert und wie leiser Terror wirken kann. Und es ist zugleich ein Ort des Gedenkens an die Opfer unter Beweisnot. Die Opfer unter Beweisnot, die das Folterwerkzeug nicht vorweisen und die Folterknechte nicht kennen können, also an jene Menschen, die ihre Wunden nicht auf dem Körper, sondern die ihre Wunden in ihren Seelen haben. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Henke, haben Sie herzlichen Dank für diesen eindringlichen Appell, die leise Diktatur nicht zu übersehen, die mit den Methoden und Mitteln des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts arbeitet. Herr Reichel, wie weit hat es die alte Bundesrepublik vermocht, die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur und ihre Verbrechen in Form von Denkmälern, Gedenkstätten und Erinnerungen festzuhalten? Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Reichel: Meine Damen und Herren, die Zeit ist fortgeschritten. Ich versuche es kürzer zu machen, als ich ursprünglich vorhatte. Sie haben hoffentlich das vorab vorgeschickte Thesenpapier vor sich liegen. Ich habe meine Ausführungen um vier Thesen aufgebaut und ergänze diese vier Thesen um einen weiteren fünften Punkt mit Vorschlägen für Korrekturen der bestehenden Erinnerungskultur, also ein etwas ketzerischer Beitrag vielleicht, aber auch das oppositionelle Moment der Erinnerungskultur soll und muß ja heute, denke ich, hier betont werden, und schließlich auch mit einer Empfehlung für eine zukünftige Geschichtspolitik.

Erste These: Totalitäre wie nichttotalitäre politische Systeme sind in ihrer je aktuellen Gegenwart auf den Umgang mit Vergangenheit angewiesen. Er dient der sozialen Binnenintegration der kulturell vermittelten kollektiven Identitätsbildung und der politisch-symbolischen Herrschaftslegitimierung. Jedes Gemeinwesen muß wissen und sinnlich erfahrbar machen, worauf es gründet und woher es kommt. Man sollte deshalb nicht einseitig und abwertend vom totalitären Mißbrauch der Geschichte, z. B. in der früheren DDR sprechen. Geschichtspolitik ist legitim. Die nationalen Unterschiede werden erst sichtbar, wenn man dies anerkennt. Die Rede vom Mißbrauch der Vergangenheit erweckt, ob beabsichtigt oder nicht, den Eindruck, daß nur oder vor allem totalitäre Systeme die Vorgeschichte ihrer politischen Ordnung für aktuelle Zwecke instrumentalisieren. Und weil dies eben unter totalitären Bedingungen geschieht, Geschichte mithin ideologisch einseitig gedeutet und genutzt wird, ist eben gern aber irreführend vom mißbräuchlichen Umgang mit ihr die Rede. Eine solche Sicht ist auch deshalb bedenklich, weil auf diese Weise Ge-

schichtspolitik zumindest implizit abgewertet wird. Der Unterschied ist demnach der, daß in demokratischen Gesellschaften über den Gebrauch und seine variable Grenze zum Mißbrauch hin kontrovers diskutiert werden kann, in totalitären Systemen aber nicht. Will man verstehen, daß und warum Vergangenheit für jedes politische System eine unverzichtbare kulturelle Ressource ist, wie und wozu immer sie genutzt wird, dann muß man Geschichtspolitik und Erinnerungskultur systemvergleichend betrachten, und natürlich auch im Zeit- und Generationenvergleich verfolgen. Dann muß man nach den Akteuren und ihren Interessen an der Geschichte fragen, nach dem jeweils dominanten historischen Bezugseignis und den darauf bezogenen offiziellen Deutungen und natürlich auch nach den oppositionellen Gegendeutungen.

Zweite These: Im Zentrum eines solchen Vergleichs stehen jene Länder, die aus der Zerschlagung des großdeutschen Reiches mittelbar oder unmittelbar neu entstanden sind, die Bundesrepublik, die DDR, Israel und Österreich. Sie mußten an Ereignisse anknüpfen, die außerhalb der NS-Herrschaft liegen, aber mit ihr in ursächlicher Verbindung stehen. Diese Länder haben ihre neue politische Ordnung gleichsam durch eine nachträgliche Reparatur der Geschichte legitimieren müssen. Dadurch wurde die NS-Vergangenheit, wenn man so will, in zweifacher Weise aufgehoben, im kollektiven Gedächtnis der öffentlichen Erinnerungskultur und in den Korrekturen der politischen bzw. gesellschaftlichen Verhältnisse.

Aus Zeitgründen gehe ich direkt auf die Bundesrepublik ein und damit zur dritten These über.

Drittens, die Bundesrepublik versuchte die Strukturschwächen der ersten deutschen Republik in ihrer institutionellen und politisch kulturellen Ordnung zu korrigieren. Ihr Bezugseignis wurde das Jahr 1930, der Übergang von der parlamentarischen zur Präsidialdemokratie Weimars. Der Beginn der Selbstzerstörung der Weimarer Republik wurde im Westen Deutschlands als die entscheidende Bedingung für die Machtbeteiligung und Machteroberung der Nationalsozialisten angesehen. Als erklärter Nachfolger und treuhänderischer Nachlaßverwalter des aufgelösten „Großdeutschen Reiches“ mußte sich die alte und muß sich auch die neue Bundesrepublik der gesamten Erblast und der ganzen Geschichte annehmen, so kontrovers das in den einzelnen Fragen auch war und teilweise noch ist. Von der ständigen Warnung vor der Gefährdung durch politischen Extremismus über die moralische Verpflichtung zur Entnazifizierung, Strafverfolgung und Wiedergutmachung bis hin zu umfassender Aufklärung und kollektiven Erinnerung. Eben deshalb zeigen sich im öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit jeweils generationen- und sehr zeittypische Akzente und Blickverengungen. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur der frühen Bundesrepublik sind durch das geprägt, was Friedrich Meinecke als deutsche Katastrophe bezeichnet und mit der Dämonie Hitlers, dem Machtrausch im deutschen Bürgertum und dem entarteten Militarismus näher umschrieben hat. Diese Sichtweise betonte den Bruch in der deutschen Geschichte und überbetonte Hitler sowie den totalitären Herrschafts- und Propa-

gandaapparat. Sie überbetonte auch die Zäsuren von 1933 und '45, was bis heute in unserer Erinnerungskultur nachwirkt. Die populäre Betriebsunfallthese löste jene Zeit wie einen Fremdkörper aus der Kontinuität der deutschen Geschichte heraus. Soweit eine öffentliche Gedenk- oder Erinnerungskultur mit Einrichtungen und Aktivitäten hervortrat, galten diese zunächst den eigenen Toten, den Soldaten und den zivilen Kriegsopfern.

Demgegenüber rückt seit den späten 70er Jahren mehr und mehr die jüdische Katastrophe in das Zentrum des allgemeinen Interesses. Auschwitz ist inzwischen zur Metapher einer ganzen Epoche geworden, was der gegenwärtigen Erinnerungskultur ihr auffälliges Gepräge gibt. Wiederaufbau von Synagogen als Gedenkstätten, Deportationsmahnmale und viele lokale Erinnerungszeichen für die schrittweise Ausgrenzung und schließlich Ermordung der jüdischen Minderheit, der Streit um das Holocaust-Mahnmal und das Jüdische Museum hier in Berlin und die Entscheidung für den 27. Januar als offiziellen Holocaust-Gedenktag. In der Summe garantieren diese Akzente eine Tendenz, den Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte abermals herauszulösen und nun unter der Epochenmetapher Auschwitz in den allgemeinen Zusammenhang von Zivilisation und Barbarei zu stellen. Jedenfalls ist unverkennbar, daß das heutige auch massenmedial erzeugte und verbreitete NS-Bild die NS-Zeit eher als Katastrophenkino und Politkrimi präsentiert. Dieses Bild ermöglicht kein Verständnis mehr, das von der Entstehung des NS-Staates aus den Krisen und Konflikten der Weimarer Republik ausgeht. Damit wird zugleich ein grundlegender Zusammenhang unkenntlich gemacht, mit dem viele meiner Generation in den Nach-68er-Jahren groß geworden sind, daß nämlich die Hauptverantwortung für den Hitler-Staat nicht bei der gespaltenen Arbeiterbewegung Weimars liegt, sondern bei den deutschen Oberklassen und der Bündnispolitik der deutsch-nationalen Kräfte.

Viertens, die Memorialkultur ist im Vergleich mit den anderen erinnerungskulturellen Handlungsfeldern – das ist nun nach dem heutigen Tag und auch schon vorher deutlich geworden und klar – die Hauptarena öffentlicher Erinnerungskultur und staatlicher Geschichtspolitik. Dort sind Parlamente und Regierung traditionell am stärksten gefordert. Dort müssen sie sich langfristig engagieren, zumal sie es wohl auch zukünftig mit mehreren grundlegenden Konflikten zu tun haben.

Erstens, umstritten ist heute vor allem die historische Einordnung des Nationalsozialismus insgesamt, wohl mehr als je zuvor, und umstritten ist die Bewertung bzw. Erklärung von bestimmten Einzelproblemen. Ich nenne nur Widerstand, Wehrmacht, Holocaust.

Zweitens, umstritten ist das summarische Gedenken „an die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft“ und damit die Nivellierung des vormaligen Täter-Opfer-Verhältnisses. Die Stichworte für die spektakulären Ereignisse und Beispiele sind der 8. Mai 1985 und die Auseinandersetzung um die Neue Wache. Zumal unter dieser „VdK-Formel“ das Spezifikum des nationalsozialistischen Völkervernichtungskrieges unkenntlich gemacht wird und die ungleichen To-

ten gleichermaßen als „Opfer“ bezeichnet, die getöteten Täter und ihre Helfershelfer damit aber nobilitiert werden. Der Streit darüber schwelte in den Jahren der wiederholt geführten Auseinandersetzung um das dauerhafte Gedenkstättenprovisorium auf dem Bonner Nordfriedhof und erreichte im internationalen Skandal um die deutsch-amerikanische Gedenk- und Versöhnungsveranstaltung zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 in Bitburg und Bergen-Belsen sowie eben in der Debatte um die Neue Wache ihre bisherigen Höhepunkte.

Drittens, umstritten ist ferner der angemessene denkmalkünstlerische Ausdruck sowie die angemessene kalendarische Verankerung von Gedenktagen für die feierlich ritualisierte Hervorhebung des öffentlichen Gedenkens an die Toten der Kriege und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Stichworte sind das Holocaust-Mahnmal und der 27. Januar. Die Frage nach dem Ob und Wie der denkmalkünstlerischen Vergangenheitsrepräsentation ist im Streit um das geplante Berliner Holocaust-Mahnmal erneut zugespitzt worden. Zumal die Monumentalität der meisten Entwürfe jene gewichtigen denkmalkünstlerischen Beiträge ignorierte, die Erinnerung an das unwiederbringlich Verlorene nur noch als Leerstelle, als Lücke oder als Hohlform, als sichtbar Unsichtbares und als ephemere Denkmalinstallation zum Ausdruck bringen und damit eben eher an das Vergessen erinnern als an die Vergangenheit selbst. Herr Vogel hat heute morgen für ausdrückliche Zurückhaltung in der Setzung von Denkmälern gesprochen und auf den wiederholten Abriß von Denkmälern verwiesen, auch auf ihren Mißbrauch. Dagegen ist natürlich das Argument zu halten, daß Steine in der Öffentlichkeit Steine des Anstoßes sein können. Auf jeden Fall denke ich, sind sie unentbehrlich für die sinnliche Vermittlung von Vergangenheit, über literarisches und abstraktes Geschichtswissen hinaus.

Die Frage nach einem angemessenen Gedenktag hat die öffentliche Meinung weit weniger interessiert. Der 8. Mai, der 20. Juli und der 9. November gehören inzwischen zwar zum unstrittigen Gedenktagsrepertoire der alljährlichen Erinnerung an die NS-Vergangenheit, was wiederholte Kontroversen und Peinlichkeiten natürlich nicht ausschließt. Die kurze Debatte um den 9. November als möglichen nationalen Feier- und Gedenktag ist, als man die Verfünglichkeit der historischen Mehrfachbezüge dieses Datums erkannte, schnell zugunsten des 3. Oktober als Staatsgründungsfeiertag beendet worden, dem allerdings jeder Glanz, jede Aura fehlt, wie das bei notariellen Beurkundungsterminen so üblich ist.

Viertens, umstritten ist schließlich der politische und volkspädagogische Nutzen kontinuierlichen Gedenkens und Mahnens. Die unmittelbare meinungsbildende und einstellungsprägende Wirksamkeit von Denkmälern, Gedenktagen und Gedenkstätten ist kaum nachzuweisen von ihrer präventiven Kraft gar nicht zu reden. Diese, die präventive Kraft, wird möglicherweise auch dann überschätzt, wenn sich mit der Entstehung und Nutzung von Denkmälern ein

langjähriger öffentlicher Streit verbindet. Gleichwohl gilt die Gedenkkultur als unverzichtbarer Bestandteil unserer politischen Kultur.

Wir verdrängen die NS-Vergangenheit nicht mehr, wir erinnern an sie und entsorgen sie zugleich. Sowenig die historische Hypothek getilgt werden kann, so sehr soll aus der vorbildlichen Vergegenwärtigung der Vergangenheit ein Vorteil erwachsen, zumal die lebenden Deutschen nicht mehr für den Genozid verantwortlich gemacht werden, sondern nur noch für den kulturellen und politischen Umgang mit ihm. Deshalb nimmt sich das offizielle Gedenken so bereitwillig der fremden Opfer an, vorzugsweise der ermordeten Juden, und so ungern der eigenen Täter unter unseren Vorfahren. Es ist leichter, ästhetisch genußvoll und auch emotional erhebend und überhaupt dem nationalen Image förderlicher, an die ermordeten Juden zu erinnern als danach zu fragen, wie staatlich organisierte Völkermorde entstehen und wie aus vorbildlichen Beamten, pflichtbewußten Soldaten und akademischen Karrieren Massenmörder hervorgehen können.

Ich komme zum letzten Punkt: Meinen Empfehlungen für eine künftige Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Ich unterscheide, ich hatte das schon angedeutet, vier erinnerungskulturelle Handlungsfelder mit je eigenen Politisierungspotentialen, mit denen es die Geschichtspolitik zu tun hat. Das erste, die künstlerische und massenkulturelle Vergangenheitsrepräsentation, zweitens die Zeitgeschichtsforschung, drittens die politische und Rechtsordnung und viertens, das ist eigentlich das, worüber wir mehr oder weniger ausschließlich gesprochen haben, die Erinnerungskultur im engeren Sinne. Ich hatte schon vorgeschlagen, sie als Memorialkultur zu bezeichnen. Bund und Länder haben von der Natur der Sache her in den beiden zuerst genannten Handlungsfeldern nur indirekte Funktionen, um so stärker ist ihr Engagement finanziell, rechtlich, moralisch in den beiden anderen.

Meine Empfehlungen sind in drei Punkten die folgenden:

Erstens, neu diskutiert und gegebenenfalls revidiert werden sollte die Entscheidung, die den 27. Januar, den Tag der Befreiung von Auschwitz, zum Holocaust-Gedenktag gemacht hat. Dieser Gedenktag ist dem Volkstrauertag und dem 9. November als Tag der Erinnerung an die Reichspogromnacht von 1938 hinzugefügt worden. Er konkurriert mit ihnen und relativiert damit auch, was er hervorheben möchte, nämlich die Erinnerung an die ermordeten deutschen und europäischen Juden. Im übrigen steht uns dieser Tag zur symbolischen Nutzung nicht zu, er gehört den Befreiern, vor allem aber den überlebenden Juden, die sich allerdings, aus guten Gründen wie ich denke, für einen anderen Shoah-Gedenktag entschieden haben. Herr Vogel hatte heute morgen noch einmal gegen den 9. November plädiert, nicht zuletzt wegen der verhänglichen gegensätzlichen Bezüge. Man kann dieses Argument, aus meiner Sicht muß man es sogar, umkehren und sagen, gerade weil unsere Geschichte so gegensätzlich ist, wie sie in diesem Jahrhundert sich darstellt, wäre der 9. November sicherlich der schwierigste, der heikelste, der unbequemste Tag, aber er wäre inhaltlich auch besonders geeignet, in den Medien und in den

Parlamenten über die Widersprüche unserer Geschichte zu debattieren, öffentlich also und einmal im Jahr. Wer dagegen argumentiert, daß die Neonazis einen solchen Tag mißbrauchen könnten, übersieht die Notwendigkeit öffentlicher Kontroversen für die nationale Integration und Konsensbildung. Wenn Sie gestern abend fernguckt haben, dann konnte man nicht übersehen, daß die Medien sich dieses Spektakel nicht entgehen lassen. Sie greifen das in allen Sendern auf, während aus der politischen Handlungsebene dazu keine entsprechenden Beiträge gekommen sind. Die Politik schweigt, aber die Medien werden weiterhin versuchen, den 9. November in seinen gegensätzlichen Bezügen zu thematisieren.

Zweitens, neu diskutiert und gegebenenfalls revidiert werden sollte die Entscheidung für zwei nationale historische Museen. Das Deutsche Historische Museum in Berlin und das „Haus der Geschichte“ in Bonn sind Einrichtungen der alten Bundesrepublik und Ausdruck ihres doppelten oder, wenn Sie soll wollen, zweideutigen Vergangenheitsbezuges, insofern sich der westdeutsche Teilstaat einerseits als Neugründung der Nachkriegszeit verstand und andererseits, ich sagte es schon, als Treuhänder und Nachlaßverwalter in der Nachfolge des Deutschen Reiches. Das vereinigte Deutschland verlangt nach einer neuen Darstellung der nationalen Vergangenheit. Ob in der diskursiv pluralistisch offenen Form des Forums mit wechselnden Ausstellungen, Themen und Deutungen oder in der Form einer Sammlung mit einem langfristig festgeschriebenen Ausstellungskonzept und definitivem Geschichtsbild, wie dieses jetzt im ehemaligen Zeughaus Unter den Linden vorbereitet wird. Eine Zusammenfassung beider Häuser in Berlin erscheint mir jedenfalls für die Zukunft zwingend.

Drittens und letztens, diskutiert und gegebenenfalls eingeführt werden sollte das Amt eines dem Bundestag verantwortlichen Beauftragten für Staatssymbolik und Memorialkultur. Das sollte kein Amt zur Vermeidung von Pannen und Peinlichkeiten sein. Angesichts der Fülle von Problemen und Konflikten im Bereich der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die für die Bundesrepublik image- und integrationspolitisch von hoher Relevanz sind und angesichts der Vielzahl von Denkmälern, Gedenkstätten, Gedenktagen, historischen Museen und anderen Formen medialer Vergangenheitsrepräsentation besteht aber, so denke ich, ein hoher Bedarf an Information, Koordination und vielleicht auch Konsensbildung. Dieses Amt würde an das des Reichskunstwartes der Weimarer Republik anknüpfen. Und es findet schließlich auch in anderen Demokratien eine Entsprechung. Israel hat in den 50er Jahren eine solche Institution eingeführt. Dieses Amt hätte nicht zuletzt die Aufgabe, nationale Blickverengungen zu korrigieren und in die Öffentlichkeit zu vermitteln, daß sich zahlreiche Länder mit ihrer Erblast aus der Geschichte Hitler-Deutschlands abmühen, im Augenblick mehr denn je. Und daß sie es tun, wie sie es tun und warum sie es tun, und daß das schließlich auch mit unserer Geschichte und unserer Selbstdarstellung im eigenen Land zu tun hat. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herzlichen Dank Herr Reichel. Herr Overesch, Sie müssen, um an die Ausführungen Ihres Vorredners anzuknüpfen, die Geschichtspolitik eines Staates deutlich machen, der letztlich ein Satellitenregime war, und darstellen, wie weit die SED, und da verbietet es sich, von DDR zu sprechen, ihre Geschichtsmythologie, die ihre Herrschaft als Weltanschauungspartei legitimieren sollte, ausgebildet hat. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Manfred Overesch: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich habe meinen Auftrag etwas erweitert verstanden, so wie er mir schriftlich vorgelegt wurde, nicht nur über den Antifaschismus zu sprechen, sondern auch Empfehlungen auszusprechen für den historischen Lernort, und ich bitte, mir beide Möglichkeiten zu gewähren. Gleichwohl will ich mich an die vorgegebene Zeit von 15 Minuten zu halten versuchen. Dazu ist es auch geeignet, meine Ausführungen auf einen einzigen Lernort zu konzentrieren, nämlich auf Buchenwald. Ich habe dafür die folgenden Gründe:

Erstens wurde Buchenwald sofort nach seiner Befreiung politisch wichtig. Zweitens ist dieser Ort tatsächlich der wichtigste Ort des verordneten Antifaschismus in der DDR geworden. Drittens ist in Buchenwald besonders das „Unkraut der Legendenbildung“ aufgeschossen. Da nehme ich den Begriff, der mir sehr gut gefallen hat, von Herrn Ministerpräsident Vogel von heute morgen wieder auf. Und viertens ist Buchenwald in seiner Wirklichkeit bis 1945 und auch danach ein großer Lernort. Ein Lernort nicht so sehr für den praktizierten, sondern vielmehr für den theoretisch-programmatischen Widerstand gegen das Dritte Reich und damit ein Lernort für die Demokratie.

Zum Stichwort Instrumentalisierung des Antifaschismus darf ich mit einem Plakat beginnen. [Prof. Overesch zeigt Plakat]. Mit diesem Plakat wurde in der DDR zum 14. September 1958 geworben, in einer Auflage von etwas mehr als einer Million. Sie sehen in der zentralen Mitte ein „V“, gestaltet von jenen Länderfahnen, die symbolisch stehen für die Gefangenen des Lagers. Eingegliedert von diesem „V“ ist ein auf der Spitze stehendes rotes Dreieck, das als Zeichen für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes steht. Lodernd sehen Sie dann oben die Flammen das Dritte Reich verzehren. Aus den verzehrenden Flammen ragt der neue Glockenturm als siegreiches Symbol der Zukunft auf. Dieses Plakat steht in besonderer Weise für den ersten Punkt meines Referates, nämlich für die Instrumentalisierung des Antifaschismus. Ich habe meine Ausführungen schriftlich Ihnen vorlegen lassen. Ich wollte zwecks Verkürzung der von mir in Anspruch zu nehmenden Zeit diese nun in fünf Punkten zusammenfassen.

Erstens, die Amerikaner sind es, die auf dem politischen Erbe Buchenwalds 1945 das Land, oder wie es damals noch hieß, die Provinz Thüringen aufbauen. Dafür könnte ich als personale Beispiele auf den ersten Regierungschef des Landes und den ersten Oberbürgermeister Weimars hinweisen.

Zweitens, nachdem die Amerikaner gegangen waren, zum 30. Juni 1945, drängten die Moskauer Remigranten mit Ulbricht an der Spitze die kommunistischen Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald ins politische Abseits. Man kann also keineswegs eine Kontinuität der antifaschistischen Theorien von 1945 bis 1958 herstellen, sondern die kommunistischen Häftlinge Buchenwalds werden zunächst, nachdem sie für den Aufbau Thüringens schon aktiv geworden waren – bis zum 30. Juni –, ins politische Abseits wieder abgedrängt. Hier sind selbstverständlich Machtfragen entscheidend gewesen.

Drittens, der VVN, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, wird die Organisation der Erinnerung an die Leiden der Häftlinge seit Februar 1947, in dem Augenblick wird sie gegründet, übertragen. Das erste Ergebnis der Arbeit der VVN ist eine Ausstellung, betitelt „Das andere Deutschland“. Interessanterweise wurde sie am 2. September 1948 hier in Berlin im ehemaligen Reichspräsidentenpalais eröffnet, also am Tag nach der Arbeitsaufnahme des Parlamentarischen Rates in Bonn. Diese Ausstellung ist deswegen wichtig, weil sie der Vorläufer aller folgenden Ausstellungen zu dem Thema „Das andere Deutschland“, also der Buchenwald-Ausstellungen, geworden ist.

Viertens, erst nach dem 17. Juni 1953 entdeckte die SED den Zwang zur Selbstlegitimation durch das antifaschistische Erbe. Am 2. Dezember 1953 erließ das ZK der SED die Aufforderung: „In Buchenwald ist eine Gedenkstätte zu bauen.“ Das dauerte einige Jahre. Als die Gedenkstätte dann eingeweiht wurde am 14. September 1958 – ich zeigte Ihnen das Plakat –, sagte Grotewohl in seinen eigenen Formulierungen – wenn man das Original seiner Rede zur Hand nimmt, sieht man das -: „Heute übergeben wir dem deutschen Volk und den Menschen guten Willens in allen anderen Ländern diese nationale Mahn- und Gedenkstätte auf dem Ettersberg, der mitten im Herzen Deutschlands liegt. Weit ins Land weisen Turm und Mauern. Die Flammen aus den Opferschalen zeugen von unserer Liebe und Verehrung für die Toten. Die Glocke des Turmes aber soll weit über das Land hallen. Ihr Klang soll in die Herzen der Menschen sinken und ihnen Kunde bringen von unserer unabänderlichen Entschlossenheit, das Vermächtnis der toten Helden zu erfüllen und nicht eher zu ruhen, bis in der ganzen Welt Frieden, Freiheit walten und Wohlstand der Völker blüht.“ Dieses Schlußwort seiner Rede griff große Traditionen auf, weihte den Ettersberger Turm wie einst den Berliner Reichstag „dem deutschen Volke“, stellte ihn in dessen Mitte, in das Herz Deutschlands, nach Thüringen, machte die DDR zum Sachwalter dieser Mitte und damit des Ganzen. Die Teilung Deutschlands war eine Teilung in Friedfertigkeit und Militarismus, in Fortschritt und Reaktion, zumindest in der Sichtweise Grotewohls, denn er sagte: „Vor der Welt stehen heute zwei deutsche Staaten. Der eine hat aus den Fehlern der deutschen Geschichte gelernt. Er hat gute und richtige Lehren gezogen. Es ist die DDR, ein Staat des Friedens und des Sozialismus. Der westdeutsche Staat aber ist ein Hort der Reaktion, in dem die Militaristen und Faschisten wieder zur Macht gelangt sind und dessen aggressiver Charakter sich in seinen reaktionären Taten zeigt.“ Dieses Vokabular suchte Einfluß

zu nehmen auf die damals in der Bundesrepublik Deutschland geführte Diskussion um eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Für Grotewohl waren seine Einweihungsworte Ausdruck eines politischen Bildungszwanges, der die Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald und die anderer nachfolgender Lager in den Dienst einer Affirmation der DDR-Macht zu stellen sich bemühte. Seit diesem Datum, dem 14. September 1958, wurde das Ensemble auf dem Ettersberg bei Weimar als Ursprungsort einer antifaschistischen Gründungslegende der DDR für Jugendweihen, Soldatenvereidigungen, Gelöbnisse vieler Art, Besucher jeder Nation und Zahl, für Lehrerfortbildungskurse und die politische Bildung schlechthin genutzt, vergleichbar dem Kyffhäuser des deutschen Kaiserreiches, der israelischen Wüstenfestung Massada, der westpreußischen Marienburg für den Nationalsozialismus. Der fünfmillionste Besucher war, natürlich, ein Russe, am 13. Oktober 1970.

Mit diesem Datum, dem 14. September 1958, beginnt sehr offiziell der Antifaschismus, die politische, politisch-didaktische Arbeit mit dem Antifaschismus. Das Thema stellt heraus:

- a) die Leiden der Opfer
- b) den Widerstand der Häftlinge besonders unter kommunistischer Führung
- c) den politischen Ursprung der DDR mitten in Deutschland.

Er ist aber auch verbunden mit einer ungeheuren Legendenbildung. Diese Legendenbildung möchte ich abzubauen helfen, indem ich im zweiten Teil meines Referats der Kommission Empfehlungen für den Umgang mit diesem Ort, konkret am Beispiel Buchenwald dargestellt, geben möchte.

Das politische Erbe Buchenwalds muß man bei den Sozialdemokraten und anderen Demokraten suchen, bei dem Magdeburger Ernst Thape z. B., bei dem Österreicher Benedikt Kautsky und vor allen Dingen bei dem Thüringer Hermann Brill. Brill war von 1920 bis 1933 Mitglied des Thüringischen Landtags, 1922/23 Ministerialdirektor im Innenministerium und in dieser Funktion im deutschen Oktober 1923 an der Niederschlagung kommunistischer Aufstandsversuche in Mitteldeutschland wesentlich beteiligt, 1932 als Leiter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen Wilhelm Frick Diskussionsführer in der Vernehmung Hitlers, es ging damals um die diesem 1930 verliehene deutsche Staatsbürgerschaft. Brill war im Widerstand 1936 in Berlin theoretischer Kopf der Deutschen Volksfront. Das ist nicht meine Formulierung, sondern die Aktenformulierung der Gestapo. In dieser Eigenschaft wurde er von der Gestapo im September 1938 enttarnt und vom Volksgerichtshof im Juli 1939 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf den Ettersberg als „nicht besserungsfähiger Häftling“ von Brandenburg-Görden aus im Dezember 1943 verschickt, sammelte er dort um sich die natürlich konspirativ zu führende theoretisch-programmatische Widerstandsarbeit. Er ist als das eigentliche Zentrum zu nennen, das bezeugen seine politischen Freunde, die mit ihm das Lager überstanden haben, nachzulesen vielfach bei Thape oder Eugen Kogon. Brill trat am 13. April 1945, zwei Tage nach der Befreiung des Lagers mit dem Buchenwalder Manifest „Für Frieden, Freiheit,

Sozialismus“ vor die Öffentlichkeit. Der Titel zeigt den Willen der Autoren an, den Pariser Aufruf der Deutschen Volksfront aus den späten 30er Jahren, damals im französischen Exil von Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid und anderen unterzeichnet „Für Freiheit, Frieden, Brot“ aufzugreifen und fortzuentwickeln. Das Buchenwalder Manifest ist ein Dokument des gemäßigten demokratischen Sozialismus. Es enthält die stärksten Aussagen zur radikalen Vernichtung des Nationalsozialismus durch deutsche Gerichte, zum Aufbau einer Republik, zur Befreiung der Arbeit und ihrer Sozialisierung, zu Frieden und Recht, zur Humanität und zur politischen Einheit des Proletariats im Sinne einer Labour-Party. Brills Ausführungen zum Aufbau einer Republik, die, wie er sagt, einen neuen Typ der Demokratie im Auge hatten, variierten die westeuropäische Tradition einer pluralistisch parlamentarischen Demokratie auf der Basis eines Zweiparteiensystems, indem sie deutliche plebiszitäre Akzente hinzufügten, etwa nach dem Beispiel der Schweiz. Die ökonomischen Vorstellungen lagen ganz im Geist der Zeit, dem an dieser Stelle 1945/1946 auch andere politische Gruppierungen, Ahlener Programm usw., anhängen. Brill formulierte da: „Deutschland kann ökonomisch nur auf sozialistischer Grundlage wieder aufgebaut werden.“ Allein bäuerlicher Besitz, sofern er nicht über 100 Hektar ging, sollte enteignet und genossenschaftlich gefördert werden. Alle größeren Industriezweige seien zu verstaatlichen und planwirtschaftlich zu organisieren. Der Geist der Zeit. Diesen ökonomischen und politischen Grundlinien des Buchenwalder Manifests waren Aussagen zu Frieden, Recht und Humanität sowie zur Außenpolitik eines neuen deutschen Staates angefügt. Brill bekannte sich zu einer schuldrechtlichen Verpflichtung der Wiedergutmachung der Schäden, die das deutsche Volk unter der NS-Herrschaft im Ausland angerichtet hatte. Ziel einer neuen deutschen Außenpolitik sollte es sein, „ein gesamteuropäisches Bewußtsein zu schaffen“, seine Formulierung, und „den neuen Typ des deutschen Europäers“ heranzubilden. Es sind Formulierungen, die Thomas Mann zum Beispiel 1953 in Hamburg vor Studenten auch vorgetragen hat. Als den dazu geeigneten Weg formulierte er: „Die erste Voraussetzung dafür sehen wir in der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit, die zweite im Eintritt Deutschlands in den angelsächsischen Kulturkreis“, „beides“, so fügte er hinzu, „im engsten Einvernehmen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Diese Addition, vor allen Dingen der etwas nachgeschobene Hinweis auf die Sowjetunion, läßt redaktionelle Eingriffe verschiedener Hände, auch der Kommunist Walter Wolf hat daran mitgearbeitet, erkennen. Dennoch darf dieses „Manifest für Frieden, Freiheit, Sozialismus“ als das eigentliche politisch-programmatische Erbe des Konzentrationslagers Buchenwald angesehen werden. Die Amerikaner anerkannten das, indem sie Brill am 27. April 1945 vom Ettersberg herunterholten und mit dem verwaltungstechnischen und sodann auch politischen Wiederaufbau der Provinz Thüringen beauftragten. Dadurch konnte versucht werden, was Brills Mithäftling und Freund Ernst Thape, später Minister in Sachsen-Anhalt, am 1. Mai 1945 auf dem Ettersberg als politische Hoffnung seinem Tagebuch anvertraute: „Thüringen ist sozusagen das Seminar für das ganze Reich, das in Buchenwald versammelt ist“, und was Brill

kurz danach in die Worte kleidete: Weimar könne ein deutsches Washington werden. Er ist danach Staatssekretär in der Staatskanzlei in Hessen geworden und war auch im Verfassungskonvent in Herrenchiemsee dabei.

Diese Darstellungen lassen in meinen Augen erkennen, daß die Gedenkstätte Buchenwald in die traditionsformenden Kräfte einer politischen Bildung Deutschlands unbedingt gehört. Nirgendwo sonst ist aus dem deutschen Widerstand im eigenen Land gegen das Dritte Reich eine solche in die demokratische und außenpolitische Zukunft Deutschlands weisende moderne Programmatik mit treffsicheren Zielrichtungen verfaßt worden.

Meine Zusammenfassung: Buchenwald ist ein Ort heute exakt verifizierbaren historischen Geschehens und ein Ort manipulativ abgeleiteten politischen Bewußtseins. Buchenwald ist ein Ort der Fakten und Fiktionen. Es ist aber auch ein Ort bisher übersehener politisch-programmatischer Widerstandsarbeit in der Tradition der demokratischen europäischen Ideengeschichte. Buchenwald ist als Ort für das kollektive Gedächtnis der deutschen Nation aufzuarbeiten und als Lernort der Demokratie zu nutzen. Es ist an ihm exemplarisch zu lernen:

Erstens, wie sich die nationalsozialistische Diktatur verstanden und verhalten hat.

Zweitens, wie die nachfolgende SED-Diktatur, sich selbst auf diese Weise offenbarend, damit in einem die Wahrheit verformenden bzw. noch mehr eliminierenden Zwang zur Selbstlegitimation umgegangen ist.

Und drittens, wie eine Häftlingsgruppe verschiedener demokratischer Richtungen in einer existentiellen Bedrohungsphase ihres Lebens aus dem demokratischen Gedankengut der europäischen Geschichte und ihren praktischen parlamentarischen Erfahrungen während der Weimarer Republik ein theoretisch-programmatisches „Manifest für Frieden, Freiheit, Sozialismus“ für den politischen Wiederaufbau Deutschlands und seine Eingliederung in den angelsächsischen Kulturkreis erarbeitete, das ein gesamteuropäisches Bewußtsein schaffen und den neuen Typ des deutschen Europäers heranbilden sollte.

Für die politische Bildung in Deutschland ist der Ettersberg bei Weimar aufgrund dieses politischen Erbes ein topographischer und didaktischer Höhepunkt. Dieser Tatbestand hat in der gegenwärtigen Ausstellung auf dem Ettersberg leider keine entsprechende Beachtung gefunden. Herr Ministerpräsident Vogel erinnerte heute morgen an ein Zitat des griechischen Philosophen Polybios. Ich darf zum Schluß eins des griechischen politischen Historikers Thukydides aufgreifen, der an seinem Beispiel der athenisch-spartanischen Kämpfe sagte, sie aufzuschreiben und aus ihr zu lernen sei ein Ktema eis aei, ein Besitztum für immer. Buchenwald würde ich diese Qualität zumessen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Haben Sie herzlichen Dank, Herr Overesch. Bevor ich als letztem auf dem Podium dem Dr. Fischer das Wort gebe, möchte ich uns alle gemeinsam auf eine Schwierigkeit hinweisen. Um

18.00 Uhr ist hier definitiv Schluß, wir haben noch eine gute halbe Stunde. Herr Dr. Fischer, Sie haben das Wort.

Dr. Peter Fischer: Der Vorsitzende hat mir gestattet, und ich möchte mich auch bedanken dafür, daß ich hier vom Platz sprechen kann. Ich bedanke mich für die Gelegenheit, daß ich überhaupt hier sprechen kann. Die Ironie des Schicksals will es, daß ich schon einmal in einer solchen Anhörung als letzter sprechen durfte. Heute bin ich gefragt worden, ob ich über eine subjektive Sichtweise, über mein Erleben im Umgang mit Gedenkstätten hier etwas äußern darf und oder will. Das möchte ich. Ich kann es nicht exakt verifiziert zu meiner Person in bezug auf Gedenkstätten sagen. Ich will vielleicht mehr sagen, das ist ein Häutungsprozeß wie bei einer Zwiebel. Manchmal sticht es auch ziemlich scharf dabei oder es hat gestochen, und wenn ich zurückgucke, dann ist das für mich auch nicht nur etwas ganz Klares aus heutiger Sicht, es ist auch heute noch ein für mich sehr widersprüchliches Geschehen.

Als Sohn jüdischer Emigranten in London 1944 geboren, ist man in der DDR groß geworden und hat mit den entsprechenden ideologischen Prägungen sehr lange und sehr weit und sehr schwer in seinem Rucksack die politische Geschichte der Eltern getragen und damit auch ein Prinzip Hoffnung. Gehemmt, meine Eltern hatten keine Familienangehörigen mehr, natürlich durch viele Tabus, andererseits sensibilisiert durch die Empfindsamkeiten, die einen in einem solchen Sinn, in einer solchen Familie einfach als „Gratisdienst“-Erwerb zufließen. Ich gehörte zu denen, die bei der Eröffnung der Gedenkstätte Sachsenhausen im FDJ-Hemd dabeistanden unter Tausenden. Ich gehörte zu jenen die, ich glaube, ich habe es sogar noch zu Hause, das Abzeichen, das fast genauso aussieht wie dies Symbol, das der Vorgänger hier auf dem Plakat gezeigt hat, möglicherweise irgendwann auch am FDJ-Hemd noch getragen haben. Ich kann mir das gut vorstellen. Denn es war doch für mich damals eine normale Zeit, bei aller Naivität, man hatte das Pioniertuch eigentlich nicht abgelegt, wenn man das FDJ-Hemd trug. Aber es gehörte doch im Zeitgeist zu einem Normalverständnis eines Menschen aus einer solchen Familie wie der meinen, daß man sich mit dem, was dahinterstand, ob es nun in der Form richtig ausgedrückt wurde oder nicht, identifizierte. Das muß ich auch in aller Offenheit sagen. Und ich glaube, es gibt auch eine Dialektik, die zu beachten ist, zwischen dem, was sich in der DDR entfaltete und äußerte und dem, was in der Bundesrepublik sich nicht entfaltete oder in Westdeutschland damals sich nicht so zeigte. Und Instrumentalisierungen sind von der Seite her ja direkt perforiertes Papier, sind ja direkt angelegt. Ich habe von der Seite her ein bißchen ein Problem, das alles immer so leicht in einer Schwarz-Weiß-Malerei zu sehen, das sage ich ganz offen. Auch was den verordneten Antifaschismus betrifft, möchte ich mich etwas differenziert äußern, aus meiner subjektiven Erfahrung. Was ich schon sehr frühzeitig wußte, hörte, zu der damaligen Zeit war es ja auch bekannt, daß die Amerikaner der Weimarer Bevölkerung befohlen hatten, sich das anzuschauen. Das war ja auch nicht unbekannt und für mich vielleicht verständlich und irgendwo auch normal, daß es einen gewissen „verordneten Antifaschismus“ gibt und daß es positiv ist, daß es vielleicht auch

notwendig ist, wenn ein gewisser Druck ausgeübt wird, sich dieser Geschichte in dieser Weise zu stellen, und zwar aus dem Zeitgeist heraus. Heute sieht die Sache vielleicht anders aus. Ich habe es zumindest damals so verstanden, und ich sollte heute hier über meine subjektive Wahrnehmung etwas sagen.

Die Häutung, von der ich sprach, passierte dann wenig später. Mein Vater nahm mich nämlich mit in ein Konzentrationslager, in dem er selber drei Jahre war. Und wir gingen dort auf den Spuren seines Erlebens. Und er erzählte mir Geschichten. Zum Beispiel diese: er war in einer Gärtnerei tätig, als Lungenkranke durch solidarische Hilfe dorthin gelangt und hat sicherlich dadurch auch überlebt, und er hatte eine Schwalbe im Gewächshaus mit vielen Mühen der Mitgefangenen und auch mit Toleranz von SS-Leuten ermöglicht. Bis einige merkten, das ist ein Symbol des Lebens, und das hat viel mehr symbolische Bedeutung, als man vielleicht dem Tierchen der Natur gegenüber ansah. Mein Vater hat mir eigentlich ein Bild sowohl der Häftlingsgesellschaft, besser gesagt der Gefangenengesellschaft, als auch der Tätergesellschaft in großer Differenzierung vermittelt. Er sprach z. B. auch immer von einem SS-Mann aus der Wachmannschaft, den er sucht und der sich sehr anständig verhalten hat, der vielen geholfen hat. Ich bin also auch mit einem solchen Gedanken groß geworden und nicht einer pauschalen Beurteilung.

Diesem Ereignis, diesem Besuchstag gegenüber, mußte zwangsläufig alles, was ich später erlebt habe in Bezug auf Führung oder auf die sinnliche Wahrnehmung einer Gedenkstätte zurückbleiben. Das ist klar, bildete einen Maßstab, hat mich aber auch veranlaßt, über das normative Gedenken, das gesetzt war, immer wieder nachzudenken, und war von der Seite her auch sehr sinnvoll. Ich habe in der ganzen Legitimation des sogenannten Antifaschismus in der DDR dann sehr bald später natürlich auch all die Instrumentalisierungen gespürt, die auch um unsere Familie herum keinen Bogen machten in der Form, daß also Menschen, die eine gewisse Rolle spielten, zum Denkmal erstarrten und daß sehr vieles, was da gesagt wurde viel mehr Schein als Sein war. Daß eine bestimmte Literatur in der DDR nicht unbedingt gefördert war, wußte ich. Aber ich würde das auch nicht so ganz negativ bewerten, wie das heute morgen hier geäußert wurde. Ich erinnere mich an Franz Fühmann, ich erinnere mich an Anna Seghers, ich erinnere mich schon an sehr differenzierte Literatur aus der Zeit der DDR über die Nazizeit, die mich also auch immer ins Verhältnis zu Gedenkstätten wieder brachten. Ich will ja gar nicht mal sagen Bruno Apitz oder das, was auf Buchenwald sich bezieht, das hat gar nicht die Wirkung bei mir hervorgerufen. Da stand mehr das Kind und das solidarische Moment im Mittelpunkt als das, was an Legenden vielleicht da drum herum gestrickt war. Aber die Instrumentalisierung, auch das, was vollkommen hinter den erstarrten Ritualisierungen ausgelöst wurde, was man also auch im Fernsehen sah, das wurde schon zunehmend als eine Verlogenheit und weit zurückgeblieben hinter dem, was emotional eigentlich für mich annehmbar war, empfunden.

Rituale, ich kann sagen auch dort bin ich für Differenzierung. Ich will mal einen großen Schritt machen. Ich habe bestimmten Ritualen gegenüber zwi- schendurch eine ziemlich negative Meinung gehabt. Am Anfang dieses Häu- tungsprozesses nicht, aber als ich beispielsweise das erste Mal am March of the living in Auschwitz teilnahm, noch in zufälliger Weise weil ich gerade in Polen zu tun hatte, und dann auch in den weiteren Jahren, muß ich sagen, das ist eine andere Form von Ritual. Es war für mich ein unglaublich starkes Mo- ment, immer wieder auch meinen Platz und meine Situation zu empfinden als Mensch, zumal ich dann auch begann, mich aktiv für die Frage des Gedenkens zu engagieren. Ich habe etwas erlebt, was vielleicht nicht ganz typisch ist. Ich bin kein Dutzendtyp in dem Sinne. Das Schlimmste, was ich empfunden habe, ist die mit dem in der DDR praktizierten Antifaschismus verbundene Heuchelei. Und ich würde sagen, der heuchlerische Antifaschismus, der sich mit be- stimmten Erscheinungen in der Darstellung auch der Gedenkstätten, der Aus- stellungen und auch des Auftretens von Menschen dort vollzog, das war das schlimmste, und das war das abstoßendste Moment. Ich habe mich immer ge- scheut, dann die Gedenkstätten zu besuchen in den 70er und 80er Jahren, und habe das auch nicht mehr getan. Als ich in Polen 1987 bei der dortigen Aka- demie arbeitete, fiel mir eines Tages – ich war in Kattowice – an einem Sonn- tag die Decke auf den Kopf und ich bin nach Auschwitz gefahren, habe dort Birkenau besucht und auch nur sinnlich wahrgenommen. Ich habe Jahre vorher im Zusammenhang mit Betreuung studentischer Praktika es immer abgelehnt, selber dahin zu gehen. Ich habe es für mich dann individuell getan, und ich will das jetzt zum Schluß auch noch einmal betonen.

Ich bin überzeugt, Gedenkstätten und die gesamte Erinnerungskultur muß als Angebot unterbreitet werden. Ich halte nichts von den Abordnungen. Es gibt vielleicht Verabredungen, die sinnvoll sind. Aber es ist ein Angebot, und es muß auch hier Pluralität möglich sein, und es muß auch so angelegt sein, daß sie sich ausleben kann dabei. Und ich glaube, so wie Lernprozesse auch höchst individuell nur vollzogen werden können, so kann man niemanden in Bezug auf die Erinnerungskultur das Lernen irgendwie abnehmen oder irgendwo eine Auseinandersetzung ersparen. Deshalb, und das war auch am Ende meines Beitrages damals in Buchenwald hier in der Enquete-Kommission, in dem gleichen Gremium meine Meinung, solche Institutionen wie Jugendbegeg- nungsstätten sind unverzichtbar. Ich habe die Jugendbegegnungsstätte in Aus- chwitz kennengelernt, und das war unglaublich gut für mich in den nächsten Monaten, wo ich dann öfters da war. Das war so elementar wichtig für mich, daß ich dort einen Raum fand, mein Vater lebte ja nicht mehr, es war vieles abgestorben und erstarrt. Aber ich habe unter Menschen, und in dem Fall muß ich sagen als DDR-Bürger unter Menschen aus der Bundesrepublik, unter Ju- gendlichen, in der Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, also in gewissem Sinne auch international, etwas Wunderbares erlebt, nämlich die Fähigkeit nach einem gewissen Stau zu sprechen, zu reden, sich frei zu machen. Und ich kann an Sie nur appellieren, jede dieser Möglichkeiten, die heute noch fehlen in den Gedenkstätten, zu unterstützen, daß es solche Räume gibt, in denen man mehr

als nur durch irgendwelche Ausstellungen durchgeht, sondern in denen man dann auch Möglichkeiten, in den Prozeß zu gehen und im Prozeß weiterzukommen, schafft. Das ist zumindest meine subjektiv wichtigste Erfahrung. In dem Sinne, wenn man dabei auch etwas produktiv tut, passiert mit einem selbst auch das Beste, Meiste und auch das Wahrscheinlichste für das Leben des einzelnen Festesten, was man dann auch weitergeben kann an seine Nachfolger. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank. In gewissem Sinne haben Sie den Bogen geschlagen zu dem, was heute morgen von Dohnanyi in seinem Referat uns ans Herz gelegt hat. Ich sag bewußt ans Herz gelegt hat, daß ohne die individuelle Nachempfindung der Nachgeborenen die Erinnerung, die Erinnerung nicht gelingt. Jetzt kurze Diskussion. Bernd Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ja, ich finde zunächst mal den Vorschlag von Herrn Henke außerordentlich plausibel, sich in der Arbeit nicht nur auf die Stalinismusphase zu beschränken, sondern auch auf diese spätere Phase. Vielleicht können Sie noch ein paar Sätze sagen, wie man sich das vorstellen kann. Man müßte also in der Normannenstraße die Arbeitsweise der Stasi dokumentieren, aber man müßte doch wohl zugleich auch versuchen, die Perspektive aus der Sicht der Bevölkerung, der Betroffenen, der Opfer darzustellen. Das heißt, man bräuchte da dann auch erhebliche Anstrengungen, um diese eben doch sehr viel kompliziertere Phase tatsächlich visualisieren zu können. Wobei manches vielleicht auch gar nicht zu visualisieren ist, man bräuchte also auch andere Formen der Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit.

Herr Reichel, ich wollte nur noch mal nachfragen. Sie wollen den 9. November zum Staatsfeiertag erklären. Wären damit alle anderen Gedenktage erledigt? Vielleicht klären Sie das. Sagen Sie es noch mal klar, wie Ihr Vorschlag präzise in der Frage des Feiertags, des Nationalfeiertags aussieht, ob Sie mehrere Gedenktage haben und einen dann besonders rausheben wollen, und welchen präzisen Stellenwert dann der 9. November bei Ihnen hat. Das ist mir jedenfalls nicht so ganz hundertprozentig klar geworden.

Herr Overesch, Sie wollen die Tradition des demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie von Buchenwald stärker akzentuiert haben in einer Ausstellung. Ich werde mir daraufhin auch noch mal die Ausstellung ansehen, die gegenwärtig da ist, inwieweit dies tatsächlich so nicht hinreichend vorkommt. Aber habe ich Sie richtig verstanden? Sie wollen dies stärker akzentuiert wissen, aber selbstverständlich ist das nur eine Komponente neben anderen, die Sie dann darstellen wollen? Und es ist ja geplant in Buchenwald eine Ausstellung zu schaffen über den Umgang mit dieser Vergangenheit, dies ist in Arbeit. Dort könnte zumindest die Verfälschung oder der problematische Umgang, den Sie angesprochen haben, thematisiert werden. Jedenfalls habe ich Dr. Knigge so verstanden und auch Ministerpräsident Vogel, daß dieses geplant ist.

Schließlich Herr Fischer: Sie haben natürlich jetzt aus sehr persönlicher Erinnerung darüber gesprochen, aber Sie haben gesagt: dann habe ich dieses als Heuchelei empfunden. Würden Sie sagen, daß dieses etwas war, das Sie, zunächst mal Sie und die Personengruppe, die Sie näher kennen, gefühlt haben, daß dies eine vergleichsweise kleine Gruppe war oder gab es das doch bei größeren Teilen der Bevölkerung? Oder handelte es sich dabei teilweise auch um ein generationelles Problem? Ist dies eine absolut einzelne Aussage nur für Sie persönlich oder glauben Sie, daß Sie diese Aussage etwas verallgemeinern können und dann vielleicht sagen, für wen eine ähnliche Aussage zutrifft?

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich habe eine Frage an Herrn Henke. Vielleicht bin ich ja irgendwie nicht genügend in der Diskussion drin. Aber Sie haben ja, wenn ich Sie richtig verstanden habe, den Vorschlag gemacht, daß in der Normannenstraße eine zentrale Gedenkstätte entstehen müsse. Nun weiß ich nur, daß es da einmal die sogenannte Gauck-Behörde und andererseits den Verein gibt, der dort ja auch eine Gedenkstätte unterhält. Gibt es da schon weitergehende Überlegungen, wie man sich dann das Zusammenspiel vorstellt? Oder ist das eine allererste Anregung, eine solche Perspektive für die Normannenstraße zu entwickeln? Weiter muß ich sagen, ich habe bei Herrn Fischer genau zugehört, weil da in seinem sehr persönlichen Votum doch einiges von dem wieder zusammengebracht worden ist, was heute zum Teil auch ein Stück auseinandergelaufen war. Auf der einen Seite der emotionale Zugang, die Emotionalisierung des Gedenkens, die notwendig ist, auf der anderen Seite dann aber eben auch politische Bildung und Aufklärung. Sie haben es sehr genau anhand der Jugendbegegnungsstätte Auschwitz beschrieben. Auf der einen Seite wird jeder, der einmal durch Birkenau gegangen ist, sich, wenn er auch nur eine schlichteste Ahnung davon hat, was an diesem Ort passiert ist, einer Emotionalisierung nicht entziehen können. Ich selber würde auch sagen: Als eine der bedrückendsten Erinnerungen an einen Besuch, den ich da völlig allein gemacht habe zu einer Zeit, wo man noch ganz alleine durch dieses Areal gehen konnte, habe ich dies, daß ich damals keine Möglichkeiten hatte, irgendwie im Gespräch zu bewegen, was ich da empfand und wie ich damit umging. Ich mußte erstmal eine längere Reise bis Krakau absolvieren, bis ich dann auf Menschen traf, mit denen ich im Prinzip hätte sprechen können, wo ich dann allerdings die Erfahrung machte, das waren nun gerade Leute, die darüber eigentlich überhaupt nicht sprechen wollten. Wir sollten uns also überlegen, inwieweit müssen auch solche Gedenkstätten die Emotionalisierung mit im Blick haben und z. B. eben solche Räume auch vorrätig halten, wo auch eine Schulklasse dann sich mal zusammensetzen kann und mit einem Lehrer oder einem Zeitzeugen usw. vor Ort noch die Dinge ein Stück weiter bearbeiten und aufarbeiten kann. Da käme manches wieder zusammen, was heute zum Teil auseinandergelaufen ist. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herzlichen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und würde jetzt unserem Podium die Gelegenheit geben zu einem Schlußwort und dabei auch auf die gestellten Fragen einzugehen. Beginnen wir mit Ihnen, Herr Henke.

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke: Vielen Dank, Herr Wilke. Der Vorschlag, den ich gemacht habe, hat nicht irgendwelche Hintergründe oder bereits fertige Modelle im Kopf, sondern bei der Lektüre zur Vorbereitung dieser Anhörung hier, als ich noch einmal die Protokolle der Enquete-Kommission gelesen habe und mir die Gedenkstätten-Debatte ein bißchen vor Augen führen konnte, ist mir aufgefallen, daß aus ganz natürlichen und nachvollziehbaren Gründen, wie ich sie dargestellt habe, die Konzentration auf die Lager, auf die U-Haft, auf die harten Formen dieses Hitler'schen und Stalin'schen Terrors im Vordergrund gestanden ist. Die meiste Zeit haben die DDR-Bürger aber in einem, ja, wohlanständig wirkenden Als-Ob-Staat verbracht, der hinter seiner Kulisse alle diese Dinge ja doch nun angerichtet hat, die nur deutlich geworden sind, durch die Leistung, diese Akten der Geheimpolizei aufzumachen. Und erst dadurch, um an Bärbel Bohley zu erinnern, die ungefähr gesagt hat: „Ich hatte bis zum Schluß die Illusion der Reformierbarkeit der DDR, erst die Einsicht in meine Akten hat mir diese Illusion geraubt“, kam es zu diesem Aha-Effekt. Dieser Aha-Effekt ist von der Wissenschaft in den letzten Jahren, sei es nun in der Gauck-Behörde, sei es an den Universitäten immer deutlicher verstärkt worden in dem Sinne, daß wir es hier mit einer neuen Herrschaftsform – ich nenne das „avancierten Totalitarismus“ – zu tun haben, der ganz anders funktioniert als andere totalitäre Herrschaften, von denen wir meistens sprechen. Weil uns diese Zeit so nahe steht, weil es viele Menschen gibt, die sozusagen diesen altersmilden Staatssozialismus jetzt herauskehren, wenn wir aber Tausende von OV's und OPK's haben, wenn wir wissen, daß in der Ära Honecker jedes Jahr 3.500 neue politische Verurteilungen passierten, wenn wir sehen, wie das Wirken von Staats- und Parteimechanismen sozusagen Hand in Hand ging mit dieser konspirativen Hintergrundstruktur, dann treffen wir hier auf ein Modell, was eben nur hier in der DDR studierbar ist; was aber ganz gewiß für die späte Sowjetunion genauso zutreffen wird. Wir haben nur keine Gelegenheit, in die Lubljanka hineinzugehen und uns das anzusehen. Das ist die internationale Dimension meines Vorschlages. Das „Modell Gauck“, ich sage das jetzt mal so etwas salopp, Herr Gauck ist ja nicht mehr da, hat ja auch Schule gemacht in anderen Ländern. Man versucht, sich dieser Besonderheit des Spätsozialismus anzunehmen. Ich denke, wir sollten diesen Ort hier in Deutschland haben, wir sollten ihn hier in Berlin haben, und wir sollten ihn als eine Art Pendant zur „Topographie des Terrors“ haben, bei allen Unterschieden der beiden Diktaturen – ich brauche vor diesem Forum nicht noch einmal darauf einzugehen: eine Art „Topographie der zweiten Diktatur“, das Wort fiel heute morgen, ich dachte an „Anatomie des SED-Sozialismus“. Ich glaube, es ist notwendig. Wer jemals draußen war in der Normannenstraße, in dem Haus 1, in Mielkes Hauptquartier, sieht, daß die ASTAK hier sehr gut arbeitet. Wir haben hier auch noch andere Opferverbände. Ich habe keine blasse Ahnung, wer diese Lern- und Gedenkstätte machen soll. Ich weiß nur, daß die ASTAK schwierige Zeiten hatte, auch rein finanziell. Ich habe das miterlebt in meiner Zeit als Leiter der Abteilung Bildung und Forschung. Ich weiß, daß diese Mielke-Suite nun wirklich ein authentischer Ort ist, wo man sich so gruseln kann, wie sonst selten über dieses DDR-Biedermeier. Und es ist eben ein au-

thentischer Ort, und es ist ein Ort der Täter. Und an diesem Ort der Täter müssen die Mechanismen ausgebreitet werden. Jetzt fragen Sie mich, Herr Faulenbach, wie sollen wir das machen? Ich glaube, das weiß Herr Schäfer besser, aber daß wir es dort machen müssen, das weiß ich ganz bestimmt. Das Unspektakuläre und das Lautlose ist nun einmal schwieriger darzustellen, aber es ist viel moderner als dieser krude Stalinismus. Und ich meine, daß es doch zu bewerkstelligen sein wird. Ich glaube nicht, daß die „Anatomie des SED-Sozialismus“ eine Suite sein kann mit Flachware, sondern gerade hier müssen diese Räume wirken, Diskussionsmöglichkeiten müssen gegeben sein, die Opfergruppen müssen dort sein, es muß vielfältig sein. Aber ich habe ehrlich gesagt keine Vorstellung als Historiker, wie man das am besten macht, aber ich glaube, es wäre machbar. Schönen Dank.

Gesprächsleiter Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke Ihnen. Herr Reichel.

Prof. Dr. Peter Reichel: Der 9. November, Herr Faulenbach, nicht als Feiertag, als eine Mixtur aus Feier- und Gedenktag mit wenigstens zwei positiv in die Vergangenheit zurückblickenden Bezügen auf 1918 und 1989; 1923 tritt ganz in den Hintergrund und 1938 wird betont gegenüber dem uns nicht zustehenden 27. Januar als Auftakt für den organisierten Genozid. Und ich denke, das, was heute sehr stark betont wurde, die Notwendigkeit der Dezentralisierung, der Pluralisierung der Gedenk- und Erinnerungskultur, mit ihr ist immer auch die Gefahr der Unübersichtlichkeit, der gegenseitigen Relativierung von Vergangenheitsbezügen verbunden. Und ich denke der 9. November böte die Chance, die Zusammenhänge und Widersprüche der Geschichte der Deutschen in diesem Jahrhundert öffentlich zu verdeutlichen; durchaus kontrovers einmal im Jahr öffentlich Rechenschaft abzulegen, und uns nicht jeweils die konsensfähigen Häppchen und Teile der Geschichte herauszusuchen und dann zur Tagesordnung überzugehen. Also, so viel Umbequemlichkeit, denke ich, könnten wir uns auch mit der Erzeugung eigener Institutionen durchaus leisten.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Haben Sie herzlichen Dank, Herr Reichel. Und ich glaube, Ihr Appell, uns der Brüche zu stellen, der ist bei uns rübergekommen. Und ich möchte zuletzt Herrn Fischer das Wort geben. Oh, Entschuldigung, zuerst noch Herr Professor Overesch.

Prof. Dr. Manfred Overesch: Aber ich kann es ganz kurz machen und eine Präzisierung nachtragen, auf die Ihre Frage zuläuft. Ich möchte deutlich unterscheiden. In der jetzigen Ausstellung gehört eine Komponente dazu, und davon ist zu unterscheiden eine spätere andere Ausstellung, die die Ausstellung der Verfälschung sein könnte. Die Komponente, die hinzugehört, ist die von mir vorgetragene des Buchenwalder Manifestes. Das ist deswegen in meinen Augen sehr einsichtig, weil dieses Dokument als einziges mir bekanntes Dokument des deutschen Widerstandes genau jene politischen Vorgaben enthält, bis in die Formulierung hinein, die in der deutschen Politik ab 1945, 1949 und heute realisiert worden sind. Wo sonst im deutschen Widerstand finden Sie sozusagen den programmatischen Vorlauf für die innen- und außenpolitische Realität. Und wenn wir Kontinuitäten suchen in die deutsche Geschichte hin-

ein, 1848 und was heute morgen alles genannt worden ist, warum gehen wir dann an Buchenwald vorbei? Das wäre nicht verständlich.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Die Erinnerung war mehr als notwendig, Herr Fischer.

Dr. Peter Fischer: Ich will es auch ganz kurz sagen. Heuchelei wird immer als Widerspruch zwischen Schein und Sein, als extremer Widerspruch empfunden. Dies trifft natürlich allgemein auf die Gesellschaft zu, sie hat aber immer auch was höchst Individuelles. Und so trifft dies in diesem Sinne nicht auf jeden Menschen und auf jeden Bürger in der DDR zu, da sehr viele natürlich sich auch dieser Verhältnisse bewußt wurden, sich arrangierten, wobei das auch mit, ja sicherlich nicht ganz so leichten Dingen zu tun hat. Wir sprechen hier heute, wenn den ganzen Tag so darüber gesprochen wird, über höchst Anspruchsvolles, und wir unterbreiten in den Gedenkstätten zum Beispiel, was ich beurteilen kann, den Menschen auch jetzt inzwischen etwas höchst Anspruchsvolles. Die Ausstellungen fangen ja nicht mehr alle mit dem Dimitrow-Zitat an. Es geht ja heute anders zu. Und wenn wir die Komponente entstehender Heuchelei verhindern wollen, müssen wir einfach prospektiv eben an die Auseinandersetzungsräume denken. Dort wird sozusagen das Medium geschaffen, in dem ja das ganze Konzept nur funktioniert. Und ich glaube, gerade hier hat das ganze politische System der DDR versagt und gewissermaßen tödend, nicht nur gegenüber denjenigen, die was postuliert haben und sich sozusagen legitimatorisch mit der Geschichte ihres eigenen Verhaltens in der Nazizeit ausgestattet hatten, als Heuchelei gewirkt. Also ich glaube, da die Dinge nunmal höchst komplex sind, und selbst so ambitionierte Menschen wie die, die hier heute ausgehalten haben, die sich an der Diskussion beteiligen und auch ihren Tag brauchen, ja, erst recht für Menschen gilt, die so gute Ausstellungen anschauen – ich denke jetzt z. B. an die neue Buchenwald-Ausstellung – die unglaublich viel anregen und ganz viel erforderlich machen. Und deshalb nochmal, wenn wir so anspruchsvolle Angebote haben, dann müssen wir auch die entsprechenden Räume schaffen, damit die Angebote sich auch wirklich ausleben und zu den richtigen Erkenntnissen auch herausbilden lassen.

Gesprächsleiter Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich denke, wir haben allen Grund, unseren vier Referenten zu danken für die vielen, vielfältigen Einsichten und vor allen Dingen immer auch den Rückbezug, daß es darum gehen muß, daß der einzelne Mensch, und zwar die hinter uns Kommenden vor allen Dingen, verstehen lernen, und wie wir das zu bewerkstelligen haben. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Liebe Kollegen von der Enquete-Kommission, meine Damen und Herren. Wir sind am Ende eines anspruchsvollen Tages. Ich möchte, bevor ich eine abschließende Bemerkung mache, nur noch eine Sachinformation geben. Der Vorsitzende der Kommission und ich, wir werden zu dieser Frage, Herr Professor Maser, die Sie gestellt haben, sowohl mit Herrn Gauck als auch mit Herrn Drieselmann und seinen Mitstreitern Anfang

Dezember noch mal in Berlin zusammenkommen, um auch in diesem Bereich, den Herr Professor Henke uns eben dargestellt hat, nach einem Weg zu suchen, daß an diesem authentischen Ort (Stasi-Zentrale) auch die vom Gesetz aufgegebenene zentrale Dokumentation untergebracht werden kann. Ich hoffe, daß wir mit einem guten Ergebnis in die Kommission wieder zurückkommen können. Soviel noch als Sachinformation.

Die Enquete-Kommission ist hier heute als Teil der demokratischen Erinnerungskultur definiert worden. Ich glaube, dies ist ein Satz gewesen, der noch mal deutlich gemacht hat, daß wir tatsächlich an einer Arbeitsstelle sind, als Abgeordnete und als Sachverständige, die nicht als Sonntagsarbeit erledigt werden kann. Dies, glaube ich, spüren alle, die in dieser Arbeit tätig sind. Und daß das hier heute so bestätigt wurde mit dieser Formulierung, habe ich natürlich mit besonderer Dankbarkeit entgegengenommen, denn oft ist man ja an dem Thema, das wirklich so sperrig ist, so schwer ist, geneigt zu sagen, dies sollen andere nach mir tun. Aber ich glaube, wenn wir als Enquete-Kommission dieses Thema nicht zu Ende führen und mit Ende dieser Wahlperiode des Deutschen Bundestages mit keinem Ergebnis kommen, dann ist wertvolle Zeit verstrichen. Dann wird auch vorerst wohl auf der politischen Ebene dieses Thema nicht mehr in voller Breite angenommen.

Ich glaube, heute ist auch deutlich geworden, daß die Erinnerungsarbeit oder der Umgang mit unserer Geschichte, zumal mit der Geschichte zweier Diktaturen, keine Angelegenheit von Verordnungen der Ministerialverwaltungen sein kann und sein darf, sondern Teil des Selbstverständnisses unserer Republik und unserer Nation. Dies muß noch wesentlich breiter öffentlich im ganzen Land diskutiert werden, und an diesen Diskussionen muß sich der Deutsche Bundestag als demokratische Repräsentanz des Volkes auch beteiligen. Ich glaube, dies ist heute sehr deutlich geworden in der Anhörung, und ich hoffe, daß wir mit unserer weiteren Arbeit, die jetzt nicht mehr in der Öffentlichkeit stattfinden wird, zu einem Ergebnis kommen, das wir dann dem Deutschen Bundestag vorlegen können und das dann der öffentlichen Diskussion übergeben ist.

Herzlichen Dank bei allen, die heute beteiligt waren. Herzlichen Dank bei allen, die sich an der heutigen Diskussion und an der heutigen Arbeit beteiligt haben.

Die nächste Sitzung der Kommission findet in einer Woche in Berlin wiederum statt, aber dann für zwei Tage. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und kommen Sie gut nach Bonn oder wo auch immer hin, und daß die Maschine nicht, wie es dem Herrn Ministerpräsidenten heute morgen passiert ist, auf dem Boden stehen bleibt.

Ende der Sitzung: 18.05 Uhr